

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

**AKTE 867**

**ANFANG**

G 1

G 1

Geschäftsverteilung, Arbeitszeit der Beamten  
Dienstinstruktionen

G 1

G 1

Geschäftsverteilung, Arbeitszeit der Beamten  
Dienstinstruktionen

Band 2

1936 - 1944



Abdruck übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung.  
Überdrucke sind beigelegt.

In Vertretung des Staatssekretärs

*Ermann*

Akt. 10. 10. 1943

Ne 3335/17

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z I b 274 (a)

Berlin W 8, den 12. Mai 1944  
Postfach

Abdruck übersende ich unter Bezugnahme auf meinen Runderlaß  
vom 18. März 1943 - Z I b 332 - zur Kenntnis und gleichzeitigen  
Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im BULWBLV veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zechintzsch

Registrierung

Angestellte



- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen  
der Länder (außer Preußen),
  - b) die Herren Vorsteher der nach-  
geordneten Reichs- und  
Preussischen Dienststellen.

H. Präs. d. Akad. d. Künste

*h.  
Joh.  
Berlin, 12. Mai 1944  
11. 12. 1944  
H.  
G.*



Der Reichsminister des Innern

III a 5050/44 II

6322

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Berlin den 31. März 1944  
NW 7, Unter den Linden 72  
Fernsprecher: Ortsanruf 1200 - Fernanruf 1200  
Fernschreiber: Ortsverkehr 517 - Fernverkehr K 1 517  
Drahtanschrift: Reichsinnenminister  
Postcheckkonto: Berlin, 14328 - Büroasse des Reichs- und Preuß.  
Reichsbankgirokonto: Berlin, 14351 - Ministerium d. Innern, Berlin NW 7

Akademie der Künste

Ne 0353 \* 16. April 1944

An

die Reichsstatthalter,  
die Landesregierungen,  
die Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Gau selbstverwaltungen;  
in Wien und Hamburg: Gemeindeverwaltung),  
die unmittelbar nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen,  
die Oberpräsidenten sowie den Stadtpräsidenten der Reichshaupt-  
stadt Berlin,  
die Oberpräsidenten (Verwaltung der Provinzial- und Bezirksverbände)  
die Regierungspräsidenten sowie den Präsidenten der Preuß. Bau-  
und Finanzdirektion in Berlin,  
den Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin.

**Betrifft: Nachrufe.**

Im Anschluß an den nichtveröffentlichten Runderlass  
vom 7.3.1942 - II 5082/41 - 6322 -.

Runderlass  
zugleich im Namen sämtlicher Reichsminister, des  
Preußischen Ministerpräsidenten und des Preußischen  
Finanzministers.

Nach einer Anordnung des Präsidenten der Reichspresse-  
kammer vom 14.12.1943 können Traueranzeigen in Zeitungen und Zeit-  
schriften vom 1. Januar 1944 ab nicht mehr mit Zusätzen von Be-  
hörden und sonstigen Dienststellen veröffentlicht werden. Von Auf-  
trägen zur Aufnahme solcher Zusätze für gefallene oder verstorbene  
Behördenangehörige ist daher vorerst abzusehen.

Der nichtveröffentlichte Runderlass über Nachrufe vom  
7.3.1942 - II 5082/41 - 6322 - wird insoweit geändert.

Ich bitte, diesen Erlass den nachgeordneten und den Ihrer  
Aufsicht unterstehenden Dienststellen (Gemeinden, Gemeindeverbän-  
den und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts) in ge-  
eigneter Weise bekanntzugeben, von einer öffentlichen Bekanntgabe  
oder einer Erörterung des Erlasses in den Amtsblättern oder in  
der Presse aber abzusehen.

Abdruck

An

die Obersten Reichsbehörden,  
den Herrn Preuß. Ministerpräsidenten,  
den Herrn Preuß. Finanzminister,  
das Reichsbankdirektorium.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z III a 667/44

Abschrift.

Der Reichsarbeitsminister  
VIII b 548/44 A

Der Reichsminister des Innern  
B I 500/44-7410

Berlin W 8, den 29 April 1944  
Postfach  
Akademie der Künste

Ne 0354 \* 16. April 1944

Berlin SW 11, den 4 April 1944  
Saarlandstr. 96

An die nachgeordneten Behörden.  
Nachrichtlich (durch Abdruck) an die obersten Reichsbehörden,  
die Landesregierungen und die Reichsstat-  
thalter in den Reichsgauen.

Betrifft: Ausweise zur bevorzugten Abfertigung vor Amtsstellen

(1) Die Bestimmungen über den Ausweis zur bevorzugten Abfer-  
tigung vor Amtsstellen vom 19. Januar 1944 sind im Reichsversor-  
gungsblatt 1944 Nr. 1 S. 12 veröffentlicht. Die Inhaber der Aus-  
weise haben bei Erledigung der nachstehend im Abs. 4 bezeichneten  
Angelegenheiten Anspruch auf bevorzugte Abfertigung. Wir ersuchen,  
entsprechend zu verfahren.

(2) Der Ausweis zur bevorzugten Abfertigung vor Amtsstel-  
len ist auf braunem Papier hergestellt. Die neuen Ausweise gelten  
vom 1. April 1944 an; die alten roten Ausweise von Ausweisinha-  
bern, die noch keinen neuen Ausweis erhalten haben, bleiben bis  
zum 30. Juni 1944 gültig.

(3) Außer dem neuen braunen Ausweis berechtigen auch die  
neu eingeführten Schwerkriegsbeschädigtenausweise Muster A (gelb),  
B (rau) und C (orangefarbig) zur bevorzugten Abfertigung vor  
Amtsstellen.

(4) Der Anspruch auf bevorzugte Abfertigung auf Grund der  
genannten Ausweise besteht nur bei Erledigung eigener Angelegen-  
heiten oder dienstlicher Aufträge, und zwar nur bei Amtsstellen  
sowie bei Dienststellen der Partei, ihren Gliederungen und ange-  
schlossenen Verbänden sowie des NS-Fliegerkorps, dagegen nicht bei  
anderen Stellen, z.B. privatwirtschaftlichen Betrieben, Einzel-  
handelsgeschäften; zum Kauf von Fahrkarten, Platzkarten, Zulas-  
sungskarten und Bettkarten für Eisenbahnfahrten gelten die Aus-  
weise während des Krieges nicht bei dienstlichen Aufträgen, son-  
dern nur beim Kauf von Karten für den eigenen Bedarf. Sonstige  
allgemeine Vergünstigungen, die Schwerbeschädigten und Gleichste-  
henden von Behörden und Dienststellen eingeräumt sind, bleiben  
unberührt.

(5)

An die Herren Vorsteher der unmittelbar  
nachgeordneten Reichs- und Preuß.  
Dienststellen.

Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft  
und Unterricht in der Regierung des General-  
gouvernements in Krakau, Außenring 40.

H.Präs.d.Akad.d.Künste

blasse Schrift



(5) Die Nr. 1/1944 des Reichsversorgungsblatts, in der auch die Bestimmungen über den Schwerkriegsbeschädigtenanweis veröffentlicht sind, kann von der Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W 9, Köthener Straße 28/29, bezogen werden.

Der Reichsminister des Innern  
Im Auftrag  
gez. Ruppert

Der Reichsarbeitsminister  
Im Auftrag  
gez. Dr. Rosenberg

Abschrift übersende ich zur Kenntnis  
Dieser Erlaß wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Kohlbach



Beglaubigt:  
Angestellte

*Handwritten:*  
G.  
Joh.  
Berlin, d. 4. Mai 1944  
v. Prof. Dr.  
F. h.  
Auer

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z III a 650 (a)

Berlin W 8, den 27. April 1944  
Postfach

Abschrift.

Der Reichsminister und Chef  
der Reichskanzlei  
Rk. 2699 E

Berlin W 8, den 9. April 1944  
Voßstr. 6  
Z. Zt. Feldquartier

An  
die Obersten Reichsbehörden.

Betrifft: Bezeichnung "Der Führer"

Die Bezeichnung Adolf Hitler's als "Führer" hat sich zu einem der ganzen Welt bekannten, fest umrissenen geschichtlichen Begriff entwickelt, der seine Stellung als Führer der NSDAP., als Staatsoberhaupt des Großdeutschen Reiches, als Regierungschef (Reichskanzler) und als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht durch ein Wort zum Ausdruck bringt. Dies findet seinen Niederschlag in der deutschen Sprache darin, daß bei Gesetzen, Erlassen und Verordnungen, im formellen Verkehr mit dem Ausland sowie in der Anrede ausschließlich die Bezeichnung "Führer" verwandt wird (vgl. mein Rundschreiben vom 26. Juni 1943 - Rk. 7669 E -).

Diese Entwicklung bringt es auf der anderen Seite mit sich, daß mit der Benutzung des Wortes "Führer" in anderem Sinne, entweder allein oder in Zusammensetzungen gebraucht, Zurückhaltung geübt werden muß. Der Führer wünscht daher, daß zwar auf die anderweitige Verwendung des Wortes "Führer" im täglichen Sprachgebrauch derzeit kein Einfluß genommen werden soll, daß hingegen im zivilen staatlichen Bereich in Zukunft neue Berufs- und Rangbezeichnungen nicht geschaffen werden sollen, in denen das Wort "Führer", sei es allein, sei es in Zusammensetzungen, vorkommt. Auch sonst soll im amtlichen Gebrauch des zivilen staatlichen Bereiches die anderweitige Verwendung des Wortes "Führer" nach Möglichkeit vermieden werden. Ich darf Ihnen von dieser Weisung des Führers Kenntnis geben und um ihre Beachtung bitten.

Der Leiter der Partei-Kanzlei wird die Parteidienststellen entsprechend unterrichten.

gez. Dr. Lammers.

Abschrift übersende ich im Anschluß an meinen Runderlaß vom 13. Juli 1943 - Z III a 1385 - zur Kenntnis und Beachtung.  
Dieser Erlaß wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

gez. R u s t

Beglaubigt:

An  
a) die Unterrichtsverwaltungen  
der Länder (außer Preußen),  
b) die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen.  
Nachrichtlich der Hauptabteilung  
Wissenschaft und Unterricht in der  
Regierung des Generalgouvernements  
in Krakau, Außenring 40.



Beglaubigt:  
Angestellte

*Handwritten:*  
G.  
Joh.  
Berlin, d. 9. Mai 1944  
v. Prof. Dr.  
F. h.  
Auer

27



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 24. Februar 1944  
Postfach

Z III a 215/44 (a)

Akademie d. Künste  
Nr 0172 / 14. 11. 1944

Betrifft: Abkürzungen.

Der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat mit Billigung des Führers den nachstehenden Erlaß für seinen Geschäftsbereich herausgegeben. Ich ersuche, auch in meiner Verwaltung die in ihm niedergelegten Grundsätze zu beachten.

„Im Verlauf des Krieges hat die Unsitte, die deutsche Sprache mit Abkürzungen und Stummelworten zu durchsetzen, ständig zugenommen. Wenn dem nicht energisch entgegengewirkt wird, laufen wir Gefahr, daß weite Kreise unseres Volkes sich auf bestimmten Gebieten oder in gewissen Fragen überhaupt nicht mehr unterhalten können, weil unsere Muttersprache unter dem unheilvollen Einfluß von Worterfindern und Sprachdilettanten in eine Unmenge von Fach- und Spezialdialekten zerfällt, die keinen Anspruch mehr auf Allgemeinverständlichkeit erheben können.“

An  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Provinzialregierungen  
Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der  
Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 10  
H. Präs. d. Akad. d. Künste

21

24. 2. 1944  
H. Präs. d. Akad. d. Künste  
Gru



Dieser Verfahr gegenüber ist in unsere nationale Pflicht, uns mit allen Kräften für die Reinerhaltung unseres kostbarsten Kulturgutes, unserer Muttersprache, einzusetzen. Ich ordne daher allen Dienststellen, die mir unterstehen, folgendes an:

Abkürzungen zu bilden oder bereits bestehende Abkürzungen, die noch nicht in die Umgangssprache übergegangen sind, zu verwenden, wird hiermit untersagt. Jeder hat danach zu streben, neue Namen und Bezeichnungen ebenso sinngemäß wie knapp zu wählen, so daß sie stets unverkürzt gebraucht werden können. Die Pflege unserer Muttersprache ist die höchste Pflicht jedes verantwortungsbewußten Deutschen, zumal in einer Zeit, in der unsere Soldaten neben vielen anderen Werten kultureller und geistiger Art auch vor allem sie gegen eine Welt von Feinden mit den Waffen verteidigen."

Dieser Erlass wird nicht im MBlwEV. veröffentlicht.

gez. R u b t



Befehlshaber:  
*K. H. H. H.*  
Angestellte

unleserlich



Berlin W 8, den 22. Februar 1947  
Postfach

Im Nachgang zu meinem Erlaß vom 8. Dezember 1943 - Z II 1767

Beim Terrorangriff vom 28./29. Januar d.Js. sind die Akten meines Amtes für Volksbildung erneut vernichtet worden. Ich ersuche daher, Anträge, die zum Bereich dieses Amtes gehören und die bisher noch nicht erledigt worden sind, unter Anschluß etwa erforderlicher Abschriften erneut vorzulegen.

Das Amt für Volkshildung befindet sich nunmehr geschlossen in Berlin C 2, Klosterstr. 36.

Im Auftrage  
gez. Hermann

Beglaubigt:

- gez. Hermann
- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder,
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- ✓ c) die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Preuß. Dienststellen.

Verwaltungssekretär

H. Frös. d. Preuss. Akademie d. Wiss.,  
Zerst. f. d. Ministeratellier u. d. Min.  
Minister i. d. Ministerium f. innere  
Verwaltung, Berlin

H.



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Va 1/44

Berlin W 8, den 2. Februar 1944  
Postfach

7

Im Nachgang zu meinem Erlaß vom 8. Dezember 1943 - Z II 1767 -

Beim Terrorangriff vom 28./29. Januar d. Js. sind die Akten meines Amtes für Volksbildung erneut vernichtet worden. Ich er-  
suche daher, Anträge, die zum Bereich dieses Amtes gehören und die  
bisher noch nicht erledigt worden sind, unter Anschluß etwa er-  
forderlicher Abschriften erneut vorzulegen.

Das Amt für Volksbildung befindet sich nunmehr geschlossen  
in Berlin C 2, Klosterstr. 36.

Im Auftrage  
gez. Hermann.

Beglaubigt:

*Kaisert*

Verwaltungssekretär

- An  
a) die Unterrichtsverwaltungen der  
Länder,  
b) die Herren Reichsstatthalter in den  
Reichsgauen,  
c) die Herren Vorsteher der unmittelbar nach-  
geordneten Preuß. Dienststellen.



*H. v. d. Akad. Akademie d. Wissenschaften  
[Villa Massimo] in Rom  
Largo d. Villa Massimo 1*



Ministerium für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
11.12.37

Akademie d. Künste  
Nr 9096 14 FEB 1938

*Handwritten signature and initials*

Vertraulich!

Für jetzt sind untergebracht:

- a) im Gebäude des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 51/53, Fernruf 2 11 11:
    - 1. der Herr Reichsminister und das Ministerium
    - 2. der Herr Staatssekretär und sein Büro
    - 3. die Hausabteilung (Z. II)
    - 4. die Abteilung für Lehrerbildung (B. VII)
    - 5. die Abteilung Landjahr (L)
  - b) im Gebäude Berlin NW 7, Dorstenerstr. 80, Fernruf 10 51 21:  
die Abteilung für berufliches Bildungswesen
  - c) im Gebäude Charlottenstraße 42, Fernruf 15 54 75:  
die Auslandsabteilung
  - d) im Gebäude des Staatlichen Instituts für Deutsche Musikforschung Berlin C 2, Klosterstr. 36, Fernruf 5 25 75:  
das gesamte Amt Volksbildung (V)
  - e) im Gebäude der Elisabeth-Schule in Berlin SW 68, Kochstr. 66, Fernruf: 12 31 01:  
die Abteilung für landwirtschaftliches Ausbildungswesen
  - f) im Gebäude der Staatlichen Gertruden-Schule in Berlin-Dahlem, Im Gehage 6-8, Fernruf 76 51 20:  
Das Amt Wissenschaft und die Organisationsstelle
  - g) in Saarland 41, Potsdam II, Kolonie 2, Fernruf: Rehbaustr. 316:  
Das Amt für körperliche Erziehung (K)
  - h) im Hauptgebäude Berlin W. 8, Unter den Linden 69, Fernruf 11 00:  
Alle anderen bisher nicht genannten Abteilungen, insbesondere:
    - 1. Die Abteilung E I (Allgemeine Angelegenheiten der Schulverwaltung), die Abteilung E II (Volks-, Mittel- und Hauptschulen) und die Abteilung E III (für höhere Schulen)
    - 2. Die nicht in das Deutsche Zentralinstitut verlegerten Abteilungen des Amtes 2
- An:
- 1. die Obersten Reichsbehörden,
  - 2. die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
  - 3. die Unterrichtsverwaltungen der Länder,
  - 4. die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Reichs- und preuss. Dienststellen

91

Akademie d. Künste  
Berlin

unleserlich



- 1) die Abteilung E VII (Reichsprüfungsamt für das Lehramt an höheren Schulen) in Weidenhofen a. d. Thaya N.B., Fernruf 147.
- II) Nach Schluß der Dienststunden ist der Referent vom Dienst unter 11 47 33 zu erreichen. Während Fliegeralarm kann das Ministerium in besonders dringenden Fällen unter 11 47 59 angerufen werden.
- III) Die für das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bestimmte Post ist weiterhin an die Anschrift Berlin W 8, Unter den Linden 69, zu richten.

Im Auftrage  
gez. Kohlbach



Besteubigt:  
Materialregistrator

not. Fr.  
20.2.44

1. Herr Herr ist der Herr für den  
1. Jhr. Berlin, 11. Februar 1944

not. Gew. 14/3.

not. Fr.

not. Fr.  
not. 9. 11. 44/K.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W. 8, den 8. Februar 1944  
Postfach

zu LWA Nr. 168/44

Notiert!

Akademie d. Wiss.  
Nr. 0091-11518

Erinnerung.

Um baldige Erledigung des Erlasses vom 17. Januar 1944  
- LWA 32/44 - betr. Aufsperrungsverzeichnis

wird ersucht.

An  
den Herrn Präsidenten  
der Akademie der Wissenschaften  
in Berlin

Im Auftrage

gez. Köhlberg



Besteubigt  
Mund,  
Bruttinst.

Reg. Vordr. 613

Ar.  
1  
2  
3  
4



1. Brief Nr. 2 II a Nr. 140 ist am 5.2.44  
Nr. 44 abgegangen.

1. J. H. Lohm, R. H. Lohm 1944  
s. Brief Nr. 140  
G. H.

Der Reichminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II Nr. 140

Vertraulich!

Berlin, den 22. Januar 1944  
Akademiedirektor

Nr. 0064 \* 21. FEB 1944

In Abänderung des Abschnitts II Satz 2 meines Schreibens vom  
29. Dezember 1943 - Z II 1716-, betr. Unterbringung des Reichsministeriums  
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, teile ich mit, daß das  
Reichsministerium vom 1. Februar 1944 ab in besonders dringen-  
den Fällen durch den Referenten vom Dienst fernmündlich unter Nummer  
11 47 32 (bisher 16 61 61) zu erreichen ist. Der Referentendienst  
findet statt:

Montags bis Freitags jeweils von 17<sup>30</sup> - 8 Uhr,  
Sonnabends jeweils ab 14 Uhr durchgehend bis Montag früh 8 Uhr.  
Im übrigen ist das Ministerium an den Wochentagen in der Zeit  
von 8 - 17<sup>30</sup> Uhr (Sonnabend bis 14 Uhr) nach wie vor stets unter der  
Fernsprechnummer 21 93 21 zu erreichen.

Im Auftrage  
gez. Kohlbach

- An
1. die Obersten Reichsbehörden,
  2. die Herren Reichsstatthalter  
in den Reichsgauen,
  3. die Unterrichtsverwaltungen  
der Länder,  
die Herren Vorsteher der un-  
mittelbar nachgeordneten Reichs-  
und Preuß. Dienststellen



Beglaubigt:

Ministralregistrator.

H. Präs. d. Akademie d.  
Künste, Berlin

G<sub>1</sub>

Ar  
1  
2  
3  
4



1. der Herr und so bitte zu hoch.  
 2. J. H. L. H. A. 1. Februar 1944  
 Dr. J. H. A. 4  
 1. H.  
 G. H.

An den  
 Herrn Reichsminister für Wissenschaft,  
 Erziehung und Volksbildung  
 Berlin W 8

J. Nr. 44/44  
 Betr.: Anschriftenverzeichnis

Auf den Erlass vom 14. Januar d. Js. - Z III a 32/44  
 - überreichen wir in der Anlage das gewünschte Anschriftenverzeichnis.

Der Präsident  
 Im Auftrage

5. Februar 1944

11

G 1



Zu J. Nr. 44/44

Lfd. Nr.	Behörde Anschrift und Fernsprechanschluss	anderweitig untergebrachte Teile der Behörde Anschrift und Fernsprech- anschluss		Bemerkungen
		mit eigenem Postempfang	ohne eigenen Postempfang	
1	Preussische Akademie der Künste  Berlin C 2 Unter den Linden 3  Tel. 160414	-	-	-



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 14. Januar 1944  
Postfach

Z III a 32/44

Akademie d. Künste  
Nr. 0014

Betrifft: Anschriftenverzeichnis.

Der Herr Reichsminister des Innern beabsichtigt nach Abschluss der zurzeit noch in Fluß befindlichen Ausweichbewegungen verschiedener Berliner Dienststellen ein Anschriftenverzeichnis der Obersten Reichsbehörden und ihrer unmittelbar nachgeordneten Berliner Dienststellen herauszugeben. Zu diesem Zweck ersuche ich, mir die für Ihre Dienststelle gültigen Angaben nach folgendem Muster bis zum 27. Januar 1944 zu übersenden:

Lfd. Nr.	B e h ö r d e (Anschrift und Fernsprechanschluß)	anderweitig untergebrachte Teile der Behörde (Anschrift und Fernsprech- anschluß)		Bemerkungen
		mit eigenem Postempfang	ohne eigenen Postempfang	
1	2	3	4	5

An  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs-  
und Preussischen Dienststellen in Groß-Berlin.

Dieser

*f. Krug, J. Ockert, J. Rumpff*



Dieser Erlaß wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Kohlbach



Beglaubigt:

Angestellte

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II 1716

Berlin, den 23. Dezember 1943  
Unter den Linden 69.

Vertraulich!

Akademie d. Künste  
Nr 0001-11 JAN 44

Betr. Unterbringung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

1. Es befinden sich

a) im Gebäude des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin N 35, Potsdamer Str. 51/53, Fernruf 21 93 21:

1. der Herr Reichsminister und sein Ministeramt
2. der Herr Staatssekretär und sein Büro
3. die Hausabteilung (Z II)
4. die Abteilung für Lehrerbildung (E VI)
5. die Abteilung Landjahr (L):

b) im Gebäude Berlin N 7, Dorotheenstr. 70, Fernruf 16 61 61:

die Abteilung für berufliches Bildungswesen (BW);

c) im Gebäude Charlottenstr. 42, Fernruf 16 54 75:  
die Auslandsabteilung.

d) im Gebäude N 7, Luisenstr. 31 a, Fernruf 42 53 01:  
1. die Abteilung für landwirtschaftliches Bildungswesen (L V)

2. das Amt Volksbildung (mit Ausnahme der Musikabteilung);

e) im Gebäude des Staatl. Instituts für Deutsche Musikforschung, Berlin C 2, Klosterstraße 36, Fernruf 51 24 36:

die Musikabteilung des Amtes Volksbildung (V);

f) im Gebäude der Staatlichen Gertraudenschule in Berlin-Dahlem, Im Gehege 6-8, Fernruf 76 26 71:

das Amt Wissenschaft (I);

- An:
- 1.) die Obersten Reichsbehörden
  - 2.) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen.
  - 3.) die Unterrichtsverwaltungen der Länder
  - 4.) die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen.

Präs. d. Akademie d. Künste Berlin C 2



g) in Saarland über Potsdam II, Kolonie 2.

Telefon: Rehbrücke 315:

das Amt für körperliche Erziehung (K);

h) im Hauptgebäude Berlin W 8, Unter den Linden 69,

Fernruf 11 00 30:

Alle anderen bisher nicht genannten Abteilungen, insbesondere

1.) die Abteilung E I,

die Abteilung E II (Volks-, Mittel- und Hauptschulen) und  
die Abteilung E III (Höheres Schulwesen),

2.) die nicht in das Deutsche Zentralinstitut verlegten Abteilungen des Amtes Z.

1) die Abteilung E VII (Reichsprüfungsamt für das Lehramt an höheren Schulen)

in Heidhofen a.d. Thaya N.D.

Fernruf: 147.

II. Die für das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bestimmte Post ist nach wie vor an die alte Anschrift:

Berlin W 8, Unter den Linden 69,

zu richten.

Fernmündlich ist das Reichserziehungsministerium in der Zeit von 8 - 13 Uhr stets unter 21 93 21, in der Zeit von 13 - 3 Uhr unter der Nummer 16 61 61 zu erreichen.

Der Chef des Amtes Erziehung ist bis auf weiteres auch unter 16 61 61 zu erreichen.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.



not. Kempin  
15.1.44

Beglaubigt  
Hankow  
Angestellte

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z III a 2327/43 (b)

Reichsministerium  
für Volksaufklärung und Propaganda  
Interministerieller Luftkriegsschädensachschuss  
Akt. Z.: 2595/8-12.43/82-13.1.

Berlin W 8, den 22. Dezember 1943  
Postfach Akademie der Künste - Berlin

Sofort!  
Abschrift.

Berlin W 8, den 9. Dezember 1943  
Wilhelmplatz 8-9.

IK-Mitteilung Nr. 70

An alle Gauleiter,  
die Führer aller Gliederungen der NSDAP.,  
die Chefs der Obersten Reichsbehörden,  
den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Betrifft: Wunsch des Reichsmarschalls auf Beseitigung des Wortes  
"Katastrophe".

Das Wort "Katastrophe" hat sich im Zusammenhang mit Luftangriffen und der Beseitigung der Folgen der Luftangriffe insbesondere für den Sondereinsatz der Wehrmacht und der Parteigliederungen eingebürgert.

An  
die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Reichs-  
und Preuß. Dienststellen.  
Nachrichtlich der Hauptabtlg. Wissenschaft und Unterricht in der  
Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 4.  
H. Präs. d. Akademie der Künste, Berlin

b. Weiden



57. Geo.  
91. Poffen  
Garden  
Mass of 5.149  
Hobmann 9. I. 44

2. Anst. d. Akademie  
d. Künste Berlin 92



Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und Beach-  
tung. Dieser Erlaß wird nicht im MBlWEV. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Kohlbach



Beglaubigt:  
*Requers*  
gestellte

*4*  
*Jul.*  
*Berlin, d. 20. November 1943*  
*in freier Hand*  
*L. K.*  
*[Signature]*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z. II

Berlin W 3, den 29. November 1943  
Postfach

Akademie der Künste  
Nr. 1227 \* 0.001

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 26. November 1943 teile ich mit, daß das Reichserziehungsministerium in besonders dringenden Fällen durch den Referenten vom Dienst in der Zeit von 12 Uhr bis 3 Uhr fernmündlich unter Nr. 16 61 61 zu erreichen ist.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau

An  
die Unterrichtsverwaltungen der Länder,  
die Herren Reichsstatthalter,  
die nachgeordneten Reichs- und Preuss.  
Dienststellen.

H.Präs.d. Akad.d. Künste



Beglaubigt:

*W. B. H.*  
Ministerialkanzlei-  
Sekretär.

*G. 1*



S. No. 746

1. Ein Leinwand in der Form und Größe wie die andere

L. J. H. Lark, A. G. Symonds, 1893

✓, Feb. 24

1.4

W. C. C.

Ex. 7.12 43

Fe 7.12.43

not Ev. 9/12

not. 4. 16/12. Gri 7642.43

april 7. 10/12

16/1/18

10/12  
JW, 17.112



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin, den 26. November 1943

№ 1206 \* 2087

Bei dem Terrorangriff auf Berlin hat das Dienstgebäude des Reichserziehungsministeriums, Unter den Linden 69, Schaden erlitten. Einzelne Abteilungen mußten verlegt werden.

Die Postanschrift hat sich zunächst nicht geändert.

Fernmündlich ist das Ministerium bis auf weiteres unter 21 93 21 zu erreichen.

Das Amt Erziehung und die Auslandsabteilung können fernmündlich auch unter 16 61 61, das Amt Volksbildung und die Abteilung E V auch unter 42 53 01 erreicht werden.

In Vertretung: Zschintzsch.

An  
die Unterrichtsverwaltungen der Länder,  
die Herren Reichsstatthalter,  
die Herren Vorsteher der unmittelbar nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z III a 1385 (a)

Der Reichsminister und Chef  
der Reichskanzlei

Rk. 7669 E

Berlin W 8, den 13. Juli 1943  
Postfach

Akademie der Künste Berlin

Abschrift.

№ 0748 \* 23 JUL 1943

Berlin W 8, den 26. Juni 1943  
Voßstr. 6

Betrifft: Bezeichnung "Der Führer".  
Bezeichnung "Großdeutsches Reich".

I. Der Führer wünscht, in Zukunft im innerdeutschen Verkehr durchweg, also auch in Gesetzen, Erlassen und Verordnungen, ausschließlich als "Der Führer" bezeichnet zu werden. Der Führer selbst wird Gesetze, Erlasse und Verordnungen lediglich unter dieser Bezeichnung, nicht, wie dies bisher mehrfach noch üblich war, unter der Bezeichnung "Der Führer und Reichskanzler" vollziehen.

Der Führer hat ferner angeordnet, daß im formellen Verkehr mit dem Ausland in Zukunft die Bezeichnung "Der Führer des Großdeutschen Reichs" verwendet werden soll.

Als Anrede sollen Deutsche ausschließlich die Anrede "Mein Führer", Ausländer die Anrede "Führer" gebrauchen.

II. Sowohl in Staatsverträgen und in anderen für internationale Zwecke bestimmten Urkunden wie in deutschen Gesetzen, Erlassen und Verordnungen und überhaupt im amtlichen Sprachgebrauch ist nach Anordnung des Führers in Zukunft statt der Bezeichnung "Deutsches Reich" die Bezeichnung "Großdeutsches Reich" zu verwenden. Wo in Formularen, auf Marken, Münzen, Stempeln und dergleichen bisher die Bezeichnung "Deutsches Reich" verwandt ist, ist diese Anordnung erst dann zu vollziehen, wenn die Kriegsverhältnisse es gestatten.

gez. Dr. Lammers

An die Obersten Reichsbehörden pp.

Abschrift.

Der Staatsminister und Chef  
der Präsidialkanzlei

Berlin W 8, den 1. Juli 1943  
Voßstr. 4

RP 7470/43

Künftige Bezeichnung der Präsidialkanzlei.

Im Anschluß an das Rundschreiben des Herrn Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei vom 26. Juni 1943 - Rk 7669 E - teile ich mit, daß künftighin meine Amtsbezeichnung lautet:

"Der Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei"  
Kart. not. K. und daß die von mir geleitete Behörde lediglich die Bezeichnung: "Präsidialkanzlei" führen wird. Die zusätzlichen Worte "des Führers und Reichskanzlers" kommen in Fortfall.

Die

An  
a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),  
b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht  
in der Regierung des Generalgouvernements  
in Krakau, Außenring 40.

g, H. Krüf. d. Akad. d. Künste Berlin



X Die Anschriftenverzeichnisse bitte ich hiernach zu berichtigen. Vorhandene Vordrucke, Briefumschläge usw. mit meiner bisherigen Behördenbezeichnung können aufgebraucht werden.

Ferner bitte ich, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, die Bezeichnung "Präsidialkanzlei", die auf Anordnung des Führers ausschließlich der von mir geleiteten Behörde vorbehalten ist, nicht mehr für die bei ihren Präsidialabteilungen eingerichteten Kanzleien zu verwenden. In dem Posteingang meiner Behörde fanden sich häufig Sendungen, die für Geschäftsstellen bestimmt waren, denen die irreführende Bezeichnung "Präsidialkanzlei" beigelegt war.

gez. Dr. Meissner

An die Obersten Reichsbehörden pp.

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und Beachtung. Eine Veröffentlichung dieses Runderlasses in Gesetz- und Verordnungsblättern sowie durch Presse und Rundfunk hat zu unterbleiben.

Dieser Erlass wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

*Prine*

*not. Erw. 12/8.*

*1. J. v. L. in d. Prina-Karte  
2. L. v. L.*

*L. v. L. & L. v. L. 12/8*

*d. L. v. L.  
L. v. L.*

*Gu.*

# Verfügung

Akademie d. Wissenschaften  
Nr. 1050 - 11.0

20

1. Vom Montag, dem 18. Oktober ab übernimmt Herr M a s s e l den Heizerdienst. An seine Stelle tritt für den Nachwachdienst ein Herr R a t h m a n n und Herr S t o l z m a n n und zwar Herr Stolzmann beginnend am Sonntag, dem 17. Oktober 19 Uhr abends. Es wird wöchentlich mit Tag- und Nachtdienst gewechselt. Mittwoch bleibt für jeden Wachhabenden dienstfrei. Es tritt dafür ein Mitglied der Gefolgschaft ein. Die Kommandierung erfolgt laut Wachbuch. - Es wird darauf hingewiesen, dass der Nachwachdienst als Dienstbereitschaft gerechnet und mit dem Lohn, der für 8 Stunden gezahlt wird, abgegolten ist. ( Vergl. RErl.FM. namens des Preussischen Staatsministeriums vom 24.12.32 - Lo 1000 - PrBesBl. 1932 S. 256 - ). Die Zeit der Nachwachbereitschaft richtet sich nach den von der Luftschutzpolizei festgesetzten Zeiten, zur Zeit von 19 Uhr bis 6 Uhr.
2. Den Beteiligten und den männlichen Gefolgschaftsmitgliedern zur Kenntnisnahme vorzulegen.
3. Z. d. A.

Der Präsident

Im Auftrage

*W. v. L.*

*Stobmann 16. 8. 43.  
Freising 16. 8. 43  
Walt. 16. 10.  
Dammberg 16. 10.  
Marsel 16. 10.  
H. v. L. 18. 10. 43  
H. v. L. 18. 10. 43*

*Fischer 18. 10. 43  
Rathmann 11. 10. 43  
Wilfert*

*1*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z I b 909 (b)

Berlin W 8, den 21. August 1943  
Postfach

Akademie d. Künste Berlin

Nr 0861 \* 28. AUG 1943

Abschrift.

Der Reichsminister des Innern  
II a 1470/43  
6450

Berlin, den 13. August 1943  
NW 7, Unter den Linden 72

Betrifft: Arbeitszeit.

In der durch Ziffer 5 der Arbeitszeitanordnung vom 10.3.1943 (RGL.I S.142) ausdrücklich aufrecht erhaltenen Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten vom 13.5.1938 (RGL.I S.593) ist die Frage der durchgehenden oder geteilten Arbeitszeit auf die Größe des Arbeitsortes, nicht auf die Art der Behörde abgestellt. Daraus folgt, daß bei Verlegung von Teilen von Berliner Behörden, auch von Zentralbehörden, nach Orten mit geteilter Arbeitszeit die verlegten Behördenteile sich dieser Arbeitszeit anschließen müssen.  
pp.

In Vertretung  
gez. Pfundtner

An die Obersten Reichsbehörden pp.

An  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preussischen Dienststellen  
in Groß-Berlin.

Abschrift

*g.*  
F. Prof. v. Went. v. Kämpfe



Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und gegebenenfalls zur Beachtung.  
Dieser Erlaß wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch



Beglaubigt:

*Wegener.*  
Angestellte.

*g.  
Zsh.  
Luther, A. W. Haupt LEV  
H. F. A. - 4  
G.  
Am*

An den  
Herrn Reichsminister für Wissenschaft,  
Erziehung und Volksbildung  
Berlin W 8

J. Nr. 641

Betr.: Vereinheitlichung und Verein-  
fischung des Ausweiswesens

Auf den Erlaß vom 16. Juni 1943 - Z III a 1211 -  
berichten wir, dass die in dem anliegenden Verzeichnis  
angegebenen Ausweise im Dienstbereich der Akademie zur  
Ausgabe gelangen. Für die Beamten sind Ausweise nach dem  
im Runderlass vom 7. August 1939 - Z II a 14542 - mitge-  
teilten Muster ausgestellt.

J e 5 Vordrucke der in der Anlage verzeichneten  
Ausweise sind beigelegt.

Der Präsident  
Im Auftrage

*Am.*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z III a 1211

Berlin W 8, den 16. Juni 1943. 23  
Postfach

Akademie d. Künste - Berlin  
№ 0641 \* 18 JUN 1943

*h. R. Am. i.*  
**Schnellbrief**

**Betrifft: Vereinheitlichung und Vereinfachung  
des Ausweiswesens.**

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ist an mich wegen der Durchführung von Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung des Ausweiswesens herangetreten.

*umst.*  
*(w)*  
*Meister*  
*Offizier*  
*Kolonel*

Zur Gewinnung der notwendigen Unterlagen für die sachgemäße Inangriffnahme dieses Vorhabens und zur Vorbereitung der später zu treffenden grundsätzlichen Maßnahmen ersuche ich, mir alsbald, spätestens jedoch bis zum 10. Juli 1943 unter Verwendung des angeschlossenen Musters ein vollständiges Verzeichnis sämtlicher im dortigen Dienstbereich zur Ausgabe gelangenden amtlichen Ausweise jeder Art zu übermitteln und dem Verzeichnis je 5 der zur Zeit (Stichtag 1. Juli 1943) verwendeten Vordrucke der einzelnen Ausweise beizufügen.

Falls ausschließlich Ausweise nach dem mit Runderlaß vom 7. August 1939 - Z II a 14543 (MBLWEV.S.449) - mitgeteilten Muster ausgestellt werden, ist dies ohne Ausfüllung des anliegenden Verzeichnisses und ohne Beifügung von Mustern nur kurz zu berichten.

Wegen der einzelnen in das Verzeichnis einzutragenden Angaben verweise ich auf das erwähnte Muster. Unter Bezugnahme auf Spalte 4 des Verzeichnisses ersuche ich, die Vorschriften, durch die der betreffende amtliche Ausweis eingeführt worden ist, im Abdruck zu übermitteln, soweit sie nicht im Reichsgesetzblatt oder im Ministerialblatt für die innere Verwaltung veröffentlicht worden sind.

Weitere Vordrucke für das Verzeichnis können im Bedarfsfalle beim Reichssicherheitshauptamt Registratur II B 3 (Fernruf 120040 App.169) angefordert werden.

Ab sofort ist vor der Herausgabe neuer amtlicher Ausweise dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern durch meine Hand Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Dieser Erlaß wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Dr. Brenner

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen.



Beglaubigt:

*Karl*

Angestellte.

Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 40.

H.Präs.d.Akad.d.Künste



.....  
(Bezeichnung der Obersten Reichsbehörde)

# Verzeichnis

der im hiesigen Dienstbereich zur Ausgabe gelangenden amtlichen Ausweise (Stichtag: 1. Juli 1943)

1	2	3	4 +)	5	6	7	8	9
Lfd. Nr.	Bezeichnung des Ausweises	Zweckbestimmung, falls nicht ohne weiteres aus dem Ausweisinhalt erkennbar	Angabe der Vorschrift, durch die der Ausweis eingeführt ist	Ausstellungsbehörden	a) Geltungsdauer b) Ausweisempfänger (Inländer? Ausländer?)	Fälschungsschutz	a) Druck (und Verlag) b) Bezieher	Bemerkungen
1	Beispiel: Kennkarte	Allgemeiner polizeilicher Inlandsausweis	Vdg. über Kennkarten vom 22.7. 1938 (RGBl. I S. 913) - § 5	Paßbehörden, bestimmte Ortspolizeibehörden	a) 5 Jahre b) Nur deutsche Staatsangehörige	Besonderer Unterdruck, Fingerabdrücke, Ausfüllung mit fälschungssicherer Tinte und Stempelfarbe	a) Reichsdruckerei b) die sog. Beschaffungsstellen (Grund- sätzlich: die höheren Verwaltungsbehörden)	Neuer Vordruck mit erhöhtem Fälschungsschutz ist in Vorbereitung

+) Falls die Vorschrift nicht im RGBl. oder MBliv. veröffentlicht ist, wird Abdruck erbeten.

## Preussische Akademie der Künste

Zu J. Nr. 641

Berlin C 2, Unter den Linden 3

## Verzeichnis

der im hiesigen Dienstbereich zur Ausgabe gelangenden amtlichen Ausweise (Stichtag: 1. Juli 1943)

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Lfd. Nr.	Bezeichnung des Ausweises	Zweckbestimmung, falls nicht ohne weiteres aus dem Ausweisinhalt erkennbar	Angabe der Vorschrift, durch die der Ausweis eingeführt ist	Ausstellungsbehörden	a) Geltungsdauer b) Ausweisempfänger (Inländer? Ausländer?)	Fälschungsschutz	a) Druck (und Verlag) b) Bezieher	Bemerkungen
1	Ausweiskarte für die Mitglieder der Akademie	Bescheinigung über die Mitgliedschaft zur Akademie	-	Preussische Akademie der Künste	a) dauernd	Lichtbild und Unterschrift	-	-
2	Ausweiskarte für die Meister Schüler der Akademie	Nachweis der Immatrikulation der Studierenden	-	Preussische Akademie der Künste	a) wird für jedes Studienhalbjahr durch Stempel gültig gemacht	Lichtbild und Unterschrift	-	-



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z I b 656/43.(a)

25  
Berlin W 8, den 30. Juni 1943  
Postfach

Streng vertraulich!

Abschrift.

Der Reichsminister  
für Volksaufklärung und Propaganda

Berlin W 8, den 8. Juni 1943  
Wilhelmplatz 8/9

Pro VS 2426A/14.4.43/331-12.8.

An  
die Obersten Reichsbehörden.

Betrifft: Richtlinien für bevorzugte Betreuung.

Der in allen Kreisen der Bevölkerung stark beachtete Erlaß des Reichsmarschalls Göring vom 9. November 1939 über das Verhalten der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst sowie die Höflichkeits-Propaganda-Aktionen im vorigen Jahr lenkten immer wieder die Aufmerksamkeit der Volksgenossen auf ein Problem, das für die Stimmungsbildung im Alltag als ein grundlegender Faktor zu werten ist.

In diesem Jahre rückte neben die Forderung nach höflichem und zuvorkommendem Umgang die Frage einer Bevorzugung bei der Abfertigung. Hierbei entwickelten sich Bräuche, die, obwohl aus einer gut gemeinten Grundhaltung stammend, wegen ihrer propagandistischen Auswirkung auf die Dauer nicht gutgeheissen werden können.

Ausgangspunkt und Richtschnur für eine bevorzugte Betreuung kann nach nationalsozialistischen Maßstäben allein Umfang der Notlage und Größe des Leides sein.

Wenn es z.B. neuerdings, wie auch zahlreiche Anschläge ausweisen, üblich wurde, Angehörige von Ritterkreuzträgern auf den Dienststellen bei der Betreuung bevorzugt zu behandeln, so ist dieses mit dem obigen Grundsatz nicht in Einklang zu bringen. Eine kinderreiche Kriegerwitwe, deren Mann als einfacher Soldat das EK II erhalten hat, wird nie verstehen können, warum sie trotz vielleicht größerer Sorgen nur geschäftsmäßig abgefertigt wird, während Angehörige von Ritterkreuzträgern vom Behördenleiter empfangen und besonders beraten werden.

Für die Behandlung von Angehörigen von Frontsoldaten dürfen daher Zahl und Höhe der Auszeichnungen kein Maßstab sein; maßgebend allein sind dagegen größere Kinderzahl, soziale Notlage, schwierige häusliche Verhältnisse usw. In erster Linie verdienen also Kriegerwitwen mit vielen Kindern oder in besonders

drückender

An  
✓ die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs-  
und Preuß. Dienststellen.

Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft und  
Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements  
in Krakau, Außenring 40.

An den  
Herrn Präsident der Akademie der Künste  
in  
Berlin C 2,

Unter den Linden 3

91



drückender Notlage eine zusätzliche Fürsorge durch die Behörden, wie z.B. besonderen Empfang durch den Behördenchef.

Diese Anregungen, die von Seiten der Wehrmacht an das Propagandaministerium herangetragen worden sind, stehen in keinem Widerspruch zu solchen Verordnungen, die, wie z.B. die Vorschriften zur Wohnraumlenkung, bei Entscheidungen eine Bevorrechtigung oder Begünstigung von Trägern hoher Auszeichnungen vorsehen; die soeben entwickelten Gedankengänge beziehen sich auf die Grundsätze einer propagandistisch vertretbaren Behandlung der zu betreuenden Volksgenossen.

Es wird gebeten, die Leiter der zum dortigen Bereich gehörenden Dienststellen, die insbesondere durch ihre Betreuungsarbeit in dauernder Verbindung mit den rat- und hilfesuchenden Volksgenossen stehen, in geeigneter Form auf diese Probleme aufmerksam zu machen und sie anzuweisen, fortan bemüht zu sein, bei der Abfertigung der Volksgenossen in taktvoller Weise allein den Leitsatz gelten zu lassen: Je größer die Not und je schwerer das Leid, desto sorgsamer die Betreuung.

gez. Dr. Goebbels.

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und Beachtung. Dieser Erlaß wird nicht im MBlWEV. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.



Beglaubigt:

*Printz*

Angestellte.

*Dr. H. J. L. v. L.*  
*Prof. Dr. J. G.*  
*Dr. H. J. L. v. L.*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
Z III a 1013, WT

Berlin W 8, den 9. Juni 1943

Postfach  
Akademie d. Künste Berlin  
No 629 \* 12 JUN 1943

Abschrift

Der Reichsminister und Chef der  
Reichskanzlei  
Rk. 13326 A

Berlin W 8, den 28. September 1942

Betr. Verkehr innerdeutscher Behörden mit ausländischen Persönlichkeiten und Behörden.

Anbei übersende ich Abschrift eines Schreibens des Auswärtigen Amts vom 21. September 1942 mit der Bitte um Kenntnisnahme und gebührende Beachtung.

gez. Dr. Lammers.

An die Obersten Reichsbehörden und  
die dem Führer unmittelbar unterstehenden Dienststellen.

=====

Auswärtiges Amt  
Pers.Gen.: 535/42

Berlin W 8, den 21. September 1942

In der letzten Zeit haben sich wiederholt Unzuträglichkeiten dadurch ergeben, daß innere Behörden Verbindung mit ausländischen Persönlichkeiten oder Behörden zum Zwecke von Verhandlungen, Einladungen zu Veranstaltungen u.a.m. aufgenommen haben, ohne sich vorher der Zustimmung des Auswärtigen Amts zu vergewissern.

Es erscheint daher notwendig, darauf hinzuweisen, daß

1. jede Verbindung und jeder Schriftwechsel innerer Behörden mit ausländischen Behörden und Amtsstellen,
2. jedes Herantreten innerer Behörden an die in Deutschland bestehenden ausländischen diplomatischen Vertretungen, ihre Leiter und Mitglieder,
3. jede Fühlungnahme innerer Behörden mit führenden Persönlichkeiten des Auslands,
4. jede Verbindungsaufnahme zwecks Einladung ausländischer Persönlichkeiten nach Deutschland oder wegen Reisen deutscher Persönlichkeiten ins Ausland grundsätzlich nur über das Auswärtige Amt erfolgen darf.

Der Ausdruck "Behörde" umfaßt die Leiter und die Angehörigen von in- und ausländischen staatlichen oder kommunalen Behörden.

Diese Regelung bezieht sich natürlich nicht auf Verbindungen rein privater Art. Ebensowenig soll an dem unmittelbaren Verkehr zwischen in- und ausländischen Behörden, soweit diese Form der Geschäftsbehandlung

schäftsbehandlung

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preuß. Dienststellen mit Ausnahme der Wissenschaftsverwaltung.

Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau.

*G. Akademie d. Künste, Berlin*



schäftsbehandlung in internationalen Vereinbarungen ausdrücklich vorgesehen ist oder sich durch die technische Abwicklung des Grenzverkehrs ergibt, etwas geändert werden.

In Vertretung  
gez. Weizsäcker.

An den Herrn Reichsminister und Chef der Reichskanzlei.

=====

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und ersuche im Hinblick auf die bestehenden Kriegsverhältnisse um sorgfältige Beachtung dieser Grundsätze.

Ich weise darauf hin, daß der Verkehr mit dem Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete nicht unter das vorstehende Schreiben des Auswärtigen Amtes fällt. Mit dem Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete ist vielmehr unmittelbar und nicht über das Auswärtige Amt zu verkehren.

Dieser Erlass wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

Zusatz für die Unterrichtsverwaltungen der Länder:

Für den Bereich der Wissenschaftsverwaltung tritt eine Änderung in dem bisherigen Verfahren nicht ein.

Im Auftrage

gez. Dr. Brenner.



Beglaubigt

*[Signature]*  
Ministerialkanzlei-  
obersekretär.

*[Handwritten notes in a triangle:]*  
Joh.  
Berlin, 18. Juni 1943  
v. Prof. Dr. h.  
J. h.  
Alm

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II 511 II/43

Berlin, den 7. Juni 1943

Akademie d. Künste Berlin

№ 0611 \* 10. JUN 1943

In dringenden Fällen, die keinen Aufschub erdulden, ist das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin W 8, Unter den Linden 69, in der Zeit von 20 bis 8 Uhr unter der Rufnummer 11 4733 (Referent vom Dienst) zu erreichen.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch

An

1. die Obersten Reichsbehörden,
2. den Herrn Preussischen Ministerpräsidenten,
3. den Herrn Preussischen Finanzminister,
4. die Herren Reichsstatthalter,
5. die Unterrichtsverwaltungen der Länder,
6. die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

*[Handwritten:]* Kreis d. Hochsch. d. Künste  
Berlin



Beglaubigt:

*[Signature]*  
als Verwaltungssekretär

*[Handwritten notes:]*  
Berlin, 18. Juni 1943  
v. Prof. Dr. h.  
Alm



V a 600

Akademie d. Künste

No 0294-2940

Am

Die nachgeordneten Dienststellen der Verwaltung für Volksbildung haben bisher in zahlreichen Fällen, in denen sie selbst hätten entscheiden können, meine Entscheidung erbeten. Ich ersuche deshalb, Entscheidungen im Einzelfall nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften sowie der von mir gegebenen Richtlinien und Anordnungen mehr als bisher in eigener Verantwortung zu treffen.

Soweit

1.a) die Herren Vorsteher der Preuß. Dienststellen  
im Geschäftsbereich des Amtes V,  
b) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),  
c) die Herren Reichsstatthalter in Wien, Graz und Salzburg,

2. den Herrn Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen  
in Prag  
-d.d.Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren-  
-Deutsche Dienstpost Böhmen-Mähren-  
(mit 4 Überdrucken).

Zu 2: Abschrift mit dem Ersuchen um alsbaldige Unterrichtung der Leiter der Hochschulinstitute für Musik und für bildende Künste in Prag.

Prinzipiell: D. Riemann, zugeh. f. d. Hauptprobleme f. d. Zahlentheorie u. d. Math. f. d. ungelösten Probleme



Soweit über Angelegenheiten eine ministerielle Entscheidung und damit eine Vorlage an mich unbedingt notwendig wird, erwarte ich in jedem Falle einen möglichst kurzen, alles Wesentliche enthaltenden Sachbericht und eine sachliche Stellungnahme. Berichte, die diese Anordnung unberücksichtigt lassen, werde ich künftig ohne sachliche Bearbeitung zurückgeben.

Im übrigen bitte ich dringend, darauf zu achten, daß in Zukunft der Schriftverkehr nur auf die kriegswichtigen Angelegenheiten beschränkt wird.

Im Auftrage  
gez. Hermann

Beglaubigt:

*Kursakowski*  
Angestellte.



*Handwritten notes and signatures:*  
G.  
Joh.  
L. v. M.  
v. Prof. Dr.  
A. u.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 24. März 1943  
Postfach

V a 600

Betrifft: Vereinfachung der Verwaltung auf dem Gebiete  
der Kunsthochschulen, Museen usw.

Zur Vereinfachung der Verwaltung bestimme ich mit sofortiger Wirkung das Folgende:

Die nachgeordneten Dienststellen der Verwaltung für Volksbildung haben bisher in zahlreichen Fällen, in denen sie selbst hätten entscheiden können, meine Entscheidung erbeten. Ich ersuche deshalb, Entscheidungen im Einzelfall nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften sowie der von mir gegebenen Richtlinien und Anordnungen mehr als bisher in eigener Verantwortung zu treffen.

Soweit

An

- 1.a) die Herren Vorsteher der Preuß. Dienststellen  
im Geschäftsbereich des Amtes V,
- b) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- c) die Herren Reichsstatthalter in Wien, Graz und Salzburg,
2. den Herrn Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen  
in Prag  
-d.d.Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren-  
-Deutsche Dienstpost Böhmen-Mähren-  
(mit 4 Überdrucken).

Zu 2: Abschrift mit dem Ersuchen um alsbaldige Unterrichtung der Leiter der Hochschulinstitute für Musik und für bildende Künste in Prag.



Soweit über Angelegenheiten eine ministerielle Entscheidung und damit eine Vorlage an mich unbedingt notwendig wird, erwarte ich in jedem Falle einen möglichst kurzen, alles Wesentliche enthaltenden Sachbericht und eine sachliche Stellungnahme. Berichte, die diese Anordnung unberücksichtigt lassen, werde ich künftig ohne sachliche Bearbeitung zurückgeben.

Im übrigen bitte ich dringend, darauf zu achten, daß in Zukunft der Schriftverkehr nur auf die kriegswichtigen Angelegenheiten beschränkt wird.

Im Auftrage  
gez. Hermann



Beglaubigt:

*Kursakowski*

Angestellte.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

V a 600

Berlin W 8, den 24. März 1943  
Postfach

Betrifft: Vereinfachung der Verwaltung auf dem Gebiete  
der Kunsthochschulen, Museen usw.

Zur Vereinfachung der Verwaltung bestimme ich mit sofortiger Wirkung das Folgende:

Die nachgeordneten Dienststellen der Verwaltung für Volksbildung haben bisher in zahlreichen Fällen, in denen sie selbst hätten entscheiden können, meine Entscheidung erbeten. Ich ersuche deshalb, Entscheidungen im Einzelfall nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften sowie der von mir gegebenen Richtlinien und Anordnungen mehr als bisher in eigener Verantwortung zu treffen.

Soweit

An

1. a) die Herren Vorsteher der Preuß. Dienststellen  
im Geschäftsbereich des Amtes V,  
b) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),  
c) die Herren Reichsstatthalter in Wien, Graz und Salzburg,
2. den Herrn Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen  
in Prag  
-d.d. Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren-  
-Deutsche Dienstpost Böhmen-Mähren-  
(mit 4 Überdrucken).

Zu 2: Abschrift mit dem Ersuchen um alsbaldige Unterrichtung der Leiter der Hochschulinstitute für Musik und für bildende Künste in Prag.



Soweit über Angelegenheiten eine ministerielle Entscheidung und damit eine Vorlage an mich unbedingt notwendig wird, erwarte ich in jedem Falle einen möglichst kurzen, alles Wesentliche enthaltenden Sachbericht und eine sachliche Stellungnahme. Berichte, die diese Anordnung unberücksichtigt lassen, werde ich künftig ohne sachliche Bearbeitung zurückgeben.

Im übrigen bitte ich dringend, darauf zu achten, daß in Zukunft der Schriftverkehr nur auf die kriegswichtigen Angelegenheiten beschränkt wird.

Im Auftrage  
gez. Hermann



Beglaubigt:

*Kursakowski*

Angestellte.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z I b 1402

Der Staatsminister und Chef  
der Präsidialkanzlei des  
Führers und Reichskanzlers

RP 12996/42

Betrifft: Einschränkung von Kranzspenden bei Staatsbegräbnissen.

Es hat sich in letzter Zeit gezeigt, daß die Kranzspenden bei Staatsbegräbnissen einen während des Krieges nicht vertretbaren Umfang angenommen haben. Um die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Kränzen für Begräbnisse nicht über das an sich schon gegebene Maß

hinaus

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen.

Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht  
in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 40.

*J. Prof. Dr. Wlad. v. Süssner*  
*Lhn.*

Berlin W 8., den 6. November 1942.  
- Postfach -

Akademie d. Künste

№ 1002 \* 17.10.42

Abschrift!

Berlin W 8., den 30. Oktober 1942  
Voßstr. 4.



hinaus noch weiter zu erschweren, wird gebeten, Ihre nachgeordneten Dienststellen anzuweisen, daß Behörden sich nur dann mit Kranzspenden beteiligen sollen, wenn sie zu dem durch das Staatsbegräbnis geehrten Toten in näherer Beziehung gestanden haben.

gez. Dr. Meissner

An die Obersten Reichsbehörden.

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und Beachtung.  
Dieser Erlass wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. Bergholter



Beglaubigt:  
Angestellter

*Berlin, d. 11. November 1942*

*Dr. Meissner*

*[Signature]*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z I b 1398 (b)

Berlin W 8., den 11. November 1942.32  
- Postfach -

Akademie der Wissenschaften

Ne 9997 - 16. NOV 1942

## Schnellbrief

Abschrift!

Der Reichsminister des Innern

Berlin NW 7., den 30. Oktober 1942  
Unter den Linden 72

II a 3036/42  
6450

Abschrift!

Betrifft: Arbeitszeit für den öffentlichen Dienst.

- - -

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung, Reichsmarschall Göring, hat folgende Anordnung über die Arbeitszeit für den öffentlichen Dienst erlassen:

### Anordnung

#### Über die Dienstzeitregelung für den öffentlichen Dienst.

Die dringend gebotene Einsparung von Kohle und Strom läßt eine schematische Durchführung der Anordnung über die Mindestarbeitszeit für den öffentlichen Dienst während des Krieges vom 10. April 1942 nicht mehr zu. Ihre Anwendung wird daher bis auf weiteres ausgesetzt.

Die Leiter der Behörden und Betriebe sind voll dafür verantwortlich, daß die von ihren Dienststellen anfallenden Arbeiten wie bisher ordnungsgemäß erledigt werden. Sie werden zu diesem Zwecke ermächtigt, je nach den dienstlichen Notwendigkeiten im Bedarfsfall für ihre Dienststelle eine längere Arbeitszeit festzusetzen, als in dem § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten vom 13. Mai 1938 - RGBI. I S. 593 - vorgeschrieben ist. Die übergeordneten Stellen bzw. Aufsichtsbehörden können nähere Weisungen erteilen.

Am Sonnabendnachmittag und Sonntag wird eine Dienstleistung nur noch insoweit gefordert, als kriegswichtige Aufgaben zu erfüllen sind. Jeder Behörden- und Betriebsleiter ist persönlich dafür verantwortlich, daß durch diese Erleichterung keinerlei Stockung in der Erledigung bzw. Bearbeitung kriegswichtiger oder sonstiger dringlicher Aufgaben eintritt. Sofern einzelne Dienststellen Sonnabendnachmittag oder Sonntag nicht besetzt sind, muß Gewähr für eine jederzeitige Erreichbarkeit des Leiters oder eines Vertreters gegeben sein.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. November 1942 in Kraft. Sie ist für alle öffentlichen Verwaltungen und Betriebe verbindlich.

Berlin, den 23. Oktober 1942.

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung

gez. Göring.

Zu

An  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und  
Preuß. Dienststellen.

Nachrichtlich der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der  
Regierung des Generalgouvernements in Krakau, Außenring 40.

*9105. Pres. d. Akad. d. Wiss. 62*



Zu der darin den Leitern der Behörden und Betriebe erteilten Ermächtigung, eine längere Arbeitszeit festzusetzen, bemerke ich folgendes:

Nach Ziffer 4 der Anordnung vom 10. April 1942 (MBIIV. S. 765) konnte angenommen werden, daß die Leiter der Behörden und Betriebe den Dienst beweglich gestalten und den besonderen Verhältnissen des Krieges anpassen würden. Leider ist von dieser Möglichkeit nicht überall der notwendige Gebrauch gemacht worden.

Ich darf nunmehr erwarten, daß bei der jetzt möglichen Neuregelung der Arbeitszeit dem Umstand Rechnung getragen wird, daß es zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit für eine längere Kriegsdauer vor allem darauf ankommt, die Arbeitskraft pfleglich zu behandeln und zweckmäßig anzusetzen.

Damit hängt auch die Frage der durchgehenden Arbeitszeit zusammen. Im allgemeinen gewährleistet die geteilte Arbeitszeit den größten Arbeitserfolg. Wenn trotzdem von dem Grundsatz der geteilten Arbeitszeit in Einzelfällen abgewichen wurde, so geschah das nur, weil die Größe dieser Städte eine andere Lösung nicht zuließ. Es wird deshalb auch in Zukunft Anträgen auf Zulassung der durchgehenden Arbeitszeit nur in besonders gelagerten Einzelfällen zu entsprechen sein. Um dabei den örtlichen Verhältnissen besonders gerecht zu werden, ermächtige ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen die Reichsstatthalter, in Preußen die Oberpräsidenten, bis auf weiteres nach Maßgabe des § 4 der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten vom 13. Mai 1938 (RGBl. I S. 593) unter Beachtung der vorstehenden Ausführungen durchgehende Arbeitszeit festzusetzen.

Sowohl bei der Neuregelung der Arbeitszeit nach der vorstehenden Anordnung als auch bei einer etwaigen Einführung der durchgehenden Arbeitszeit ist anzustreben, daß der Dienst bei allen Dienststellen an demselben Ort gleichmäßig festgelegt wird.

Ich ersuche, diesen Erlaß den nachgeordneten und den Ihrer Aufsicht unterstehenden Dienststellen (Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts) in geeigneter Weise alsbald bekanntzugeben, von einer öffentlichen Bekanntgabe oder einer Erörterung des Erlasses in den Amtsblättern oder in der Presse jedoch abzusehen. Überdrucke für die Landräte und Oberbürgermeister sind beigelegt.

An die Herren Reichsstatthalter, die Landesregierungen, die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Gau selbstverwaltungen), die unmittelbar nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen, die Herren Oberpräsidenten in Preußen, die Herren Oberpräsidenten in Preußen (Verwaltung der Provinzial- und Bezirksverbände), die Herren Regierungspräsidenten, den Herrn Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin.

Abdruck übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung für Ihren Geschäftsbereich.

In Vertretung: gez. Pfundtner.  
An die Obersten Reichsbehörden, den Herrn Preuß. Ministerpräsidenten, den Herrn Preuß. Finanzminister, das Reichsbankdirektorium.

Abschrift übersende ich unter Bezugnahme auf meinen Runderlaß vom 13. Mai 1942 - Z I b 604/42 - (MBIWEV. S. 168) zur Kenntnisnahme und Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im MBIWEV. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschantzsch.

Beglaubigt:

Angestellte.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z III a 1966

Berlin W 8, den 3. August 1942  
-Postfach-

Abschrift

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 20. Juli 1942

VI d 296/42

4300

Betr. Stenografie.

Der Führer hat angeordnet, daß in Zukunft nicht mehr die Bezeichnung "Kurzschrift", sondern lediglich die Bezeichnung "Stenografie" Verwendung finden soll.

Ich ersuche Vorsorge zu treffen, daß auch das deutsche Schrifttum bei Neudrucken dem Rechnung trägt.

In allen in Bezug auf die Stenografie ergangenen Erlassen usw. ist das Wort "Kurzschrift" durch das Wort "Stenografie" zu ersetzen. Dies gilt im besonderen für die mit meinem Runderlaß vom 4.3.1936 - VI A 3371/4310 - (RMBIIV. S. 299) für verbindlich erklärte "Urkunde der deutschen Kurzschrift", die hinfort "Urkunde der deutschen Stenografie" heißt, für meinen Runderlaß vom 13.4.1937 - VI A 3820/4310-,  
betreffend

An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preuß. Dienststellen.

*g. v. d. L. H. H. H.*



betreffend Kurzschriftprüfung bei Behörden (RMBliV.S.606), und  
für hierzu ergangene Ergänzungen und Vorschriften.

In Vertretung  
gez. Pfundtner.

An den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung, Berlin.

=====  
Abschrift übersende ich zur Kenntnissnahme und gleichmäßi-  
gen Beachtung.

Dieser Erlass wird nicht im MBLWEV. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Dr. Brenner.



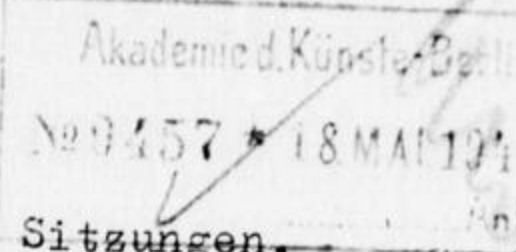
Beglaubigt

Angestellter

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

ZIIIa 1060

Berlin W 8., den 8. Mai 1942.  
- Postfach -



Betrifft: Kontrollmaßnahmen bei vertraulichen Sitzungen.

Abschrift!

Der Reichsminister für  
Volksaufklärung und Propaganda  
R 1418/24.4.42/119-1.14.

Berlin W 8., den 28. April 1942.  
Wilhelmplatz 8/9

An die Obersten Reichsbehörden.

Betrifft: Kontrollmaßnahmen bei vertraulichen Sitzungen.

Ein Einzelfall gibt mir Veranlassung, Sie zu bitten, in  
Ihrem Geschäftsbereich für strengste Durchführung einer Kon-  
trolle bei der Abhaltung von vertraulichen Sitzungen zu sor-  
gen. Vor einigen Tagen hat sich der seltsame Vorfall zugetragen,  
daß Angehörige einer meiner nachgeordneten Dienststellen ledig-  
lich aus Versehen an einer Besprechung in einem Hotel teilneh-  
men konnten, die sie gar nicht besuchen wollten; sie beabsich-  
tigten, an einer anderen Veranstaltung in diesem Hotel teilzu-  
nehmen, und wurden in die falsche Versammlung gewiesen. Es hat  
sich gezeigt, daß in dieser Versammlung kriegswichtige Maßnahmen  
von geheimem Charakter zur Erörterung kamen. Für eine Kontrolle

An die

Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und  
Preussischen Dienststellen.

am

51 g. Präsid. v. Akad. d. Künste, 62  
51



am Saaleingang war nicht gesorgt, die beiden Teilnehmer wurden weder nach ihrer Persönlichkeit noch nach einem Ausweis gefragt. Sie bemerkten, daß es ebensogut wie ihnen etwa zwei feindlichen Agenten hätte gelingen können, in dieser Weise an einer geheimen Besprechung teilzunehmen. Es muß unbedingt verhindert werden, daß geheimzuhaltende Dinge in so leichtfertiger Weise der zufälligen Kenntnisnahme durch unberufene Elemente preisgegeben werden.

Heil Hitler!  
In Vertretung  
gez. Gutterer.

Abschrift zur Kenntnis und entsprechenden weiteren Veranlassung.

Dieser Erlass wird nicht im Amtsblatt DeutschWissErziehVolks - bildg. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt:

*Stojewski*

Angestellte.

*h.  
Stk.  
Berlin, 1. 5. Mai 1942  
1. 1. 1. 1.  
L. G.  
Lun*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z III a 591

Berlin W 8., den 1. Mai 1942.  
- Postfach -

Akademie d. Künste  
Nr. 130 \* W 12 M 11 1942

Niederschlagung von Ansprüchen des Landes Preußen.

(1) Mit Zustimmung des Preussischen Finanzministers übertrage ich Ihnen für den Bereich meiner Verwaltung für die Dauer des Krieges die Befugnis, Ansprüche des Landes Preußen bis zum Betrag von 500 RM im einzelnen Falle beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 66 der Durchf.-Best. des Preussischen Finanzministers zu §§ 50 bis 54 RHO. vom 8. September 1934 (Pr. Bes. Bl. S. 310) und der Vollzugsbestimmungen hierzu vom 31. Oktober 1935 - Z II a 3175 - (DeutschWissErziehVolksbildg. 1935 S. 487) ganz oder teilweise selbständig niederzuschlagen. Die Vorschrift des § 104 Satz 2 RHO wird hierdurch nicht berührt.

(2) Diese Niederschlagungsbefugnis erstreckt sich nicht auf Ansprüche des Landes Preußen, die durch eine vorsätzliche strafbare Handlung des Schuldners entstanden sind. Insoweit ist in jedem Fall meine Entschliebung einzuholen.

Dieser

in die

nachgeordneten preussischen  
Dienststellen.

*cf. Pres. d. Akad. d. Künste, Berl.*

*91*



Dieser Erlass wird nicht im Amtsblatt "DeutschWissErziehg. - Volksbildg." veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt:

Ange stellte.

*Handwritten:*  
Joh.  
Berlin, d. 11. Mai 1942  
Dr. Lammers  
A. L.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z I b 116, II (a)

Berlin W 8, den 11. Februar 1942  
-Postfach-

Akademie d. Künste Berlin

№ 0157 • 20 FEB 1942

Abschrift  
Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei  
Rk. 1078 B  
Berlin, den 27. Januar 1942  
z. Zt. Führer-Hauptquartier

Betr. Teilnahme an Staatsbegräbnissen.

Dem Führer ist berichtet worden, daß bei dem Staatsakt für den verstorbenen Reichsminister Kerrl weiblichen Gefolgschaftsangehörigen die Teilnahme nicht gestattet worden sei. Der Führer wünscht, daß in solchen Fällen auch weibliche Gefolgschaftsangehörige zugelassen werden.

gez. Dr. Lammers.

An die Obersten Reichsbehörden.

An

- =====
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
  - b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
  - c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preußischen Dienststellen.

*Handwritten:*  
G. P. Dr. J. Mead. J. Künste

Betr.

*Handwritten:*  
Joh.  
Berlin, d. 15. Februar 1942  
Dr. Lammers  
A. L.



Betr.: Teilnahme an Staatsbegräbnissen.

Abschrift übersende ich zur Kenntnismahme und Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im Amtsblatt DeutschWissErziehVolksg. veröffentlicht.

*Prüf*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z I b 514 (a)

Berlin W 8, den 18. April 1942  
-Postfach-

Schnellbrief

Abschrift

Anordnung für den Dienst am 20. April 1942  
Vom 13. April 1942

Auf Grund des Erlasses des Führers zur personalrechtlichen Vereinfachung vom 9. März 1942 (RGBl. I S. 120) bestimme ich, daß mit Rücksicht auf die Kriegsnotwendigkeiten bei den staatlichen Behörden, den Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts am 20. April 1942 in gleichem Umfange Dienst zu leisten ist wie an anderen Werktagen.

Berlin, den 13. April 1942  
Der Reichsminister des Innern  
In Vertretung  
gez. Pfundtner.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung.  
Dieser Erlaß wird nicht im Amtsblatt "Deutsch WissErzieh Volksg." veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch



Beglaubigt

Angehörige

An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preussischen Dienststellen

*Präs. I. H. G. I. Künste*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z I b 338, Z I a

Berlin W 8, den 18. März 1942  
Postfach

Akademie d. Künste

№ 0275 \* 30. März 1942

Abdruck des Runderlasses des Reichsministers des Innern vom  
7. März 1942 - II 5082/41 - übersende ich zur Kenntnisnahme und  
gleichmäßigen Beachtung.

Die Kosten für notwendig werdende Zusätze oder für die Un-  
terschrift können im Rahmen der Kosten für Nachrufe (vgl. den  
im Amtsbl. DeutschWissErziehVolksg. Heft 7 zur Veröffent-  
lichung kommenden Runderlaß vom 18. März 1942 - Z I b 354/42 -)  
von den Behörden usw. übernommen werden.

Von einer öffentlichen Bekanntgabe oder einer Erörterung des  
Erlasses in den Amtsblättern oder in der Presse ist abzusehen.  
Dieser Erlass wird nicht im Amtsblatt "DeutschWissErzieh.-  
Volksg." veröffentlicht.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen  
der Länder (außer Preußen)
- b) die Herren Vorsteher der nach-  
geordneten Reichs- und  
Preussischen Dienststellen.

H. Präs. d. Akad. d. Künste

Im Auftrage  
gez. Kohlbach

Beglaubigt:



*[Signature]*  
Angestellte.

G 1



Der Reichsminister des Innern

II 5082/41  
6322

Es wird gebeten, dieses Reichstagselichen und den  
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

An

- a) die Reichsstatthalter in den Reichsgauen  
(Landesregierungen),
- b) die Vorstände der unmittelbar nachgeordneten Reichs-  
und preußischen Dienststellen,
- c) die Oberpräsidenten in Preußen,
- d) die Regierungspräsidenten.

----

Zur Veröffentlichung nicht geeignet.

Runderlaß zugleich im Namen sämtlicher Reichsmini-  
ster, des Preußischen Ministerpräsidenten und des  
Preußischen Finanzministers.

-----

Nach einer Anordnung des Präsidenten der Reichspresse-  
kammer vom 17.7.1941 dürfen Anzeigen für Gefallene oder  
an den Folgen einer Verwundung Gestorbene nur einmal in  
den Zeitungen erscheinen. Diese Anzeigen sind den Angehöri-  
gen vorbehalten.

Der Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger hat  
darüber hinaus den Zeitungen folgende Anordnung zugeleitet:

" Für die Dauer der unter dem 17. Juli mitgeteilten  
Regelung (für Gefallene nur eine Traueranzeige von  
privater Seite) darf, gleichgültig ob es sich um  
einen Gefallenen oder einen in der Heimat Verstorbe-  
nen handelt, jeweils in einer Zeitung nur eine Trau-  
eranzeige erscheinen. Traueranzeigen dürfen nur von  
privater Seite aufgegeben werden, in aller Regel von  
den Angehörigen. Anzeigen von anderen Stellen, gleich-  
gültig ob von Partei, Staat, Wehrmacht, Verbänden,  
Vereinen, Firmen usw. für Trauerfälle jeder Art sind  
verboten. Es bestehen sowohl bei Traueranzeigen für  
Gefallene wie auch bei sonstigen Traueranzeigen kei-  
ne Bedenken, daß die von privater Seite aufgegebenen  
Anzeigen von dem Betrieb, dem der Gefallene oder Ver-  
storbene angehört hat, mit unterschrieben werden.

Eine

Berlin, den 7. März 1942.  
NW 7, Unter den Eichen 72  
Fernsprecher: Ortsanruf 12 00 84  
Fernanruf 12 00 87  
Fernschreiber: Ortsverfehr 517  
Fernverfehr K 1 517  
Druckerschrift: Reichsinnenminister.



Eine Ausnahme von der Regelung, nach der es auch für einen in der Heimat Verstorbenen nur eine von privater Seite ausgehende Anzeige gibt, wäre nur zulässig bei Sammelanzeigen aus Anlaß von Bergwerkskatastrophen, sofern derartige Anzeigen bei dem betreffenden Werk früher schon üblich gewesen sind, und bei Sammelanzeigen für Todesopfer durch Fliegerangriffe, die vom Gauleiter oder von der Stadt oder Gemeinde ausgehen. "

Es wird daher angeordnet, daß bis auf weiteres Nachrufe in den Tageszeitungen nicht veröffentlicht werden, und zwar weder für gefallene, noch sonst als Soldaten oder in der Heimat verstorbene Behördenangehörige. Es ist jedoch nichts dagegen einzuwenden, daß für die Dauer des Verbots selbständiger Nachrufe die Behördenleiter die von den Angehörigen aufgegebenen Nachrufe mit unterzeichnen, soweit sich dies im Einverständnis mit den Angehörigen rechtzeitig ermöglichen läßt und im Einzelfalle angemessen ist. Dabei ist selbstverständlich, daß die Unterschrift der Angehörigen die erste (rechte) Stelle einnimmt. Das Erforderliche wäre von dem Behördenleiter oder seinem Beauftragten zu veranlassen.

Die Kosten für notwendig werdende Zusätze oder für die Unterschrift können im Rahmen der Kosten für Nachrufe (vgl. RdErl. vom 7. März 1942 - II 4781/41 - MBliV.Nr. 10) von den Behörden usw. übernommen werden.

Ich ersuche, den Erlaß den nachgeordneten und den Ihrer Aufsicht unterstehenden Dienststellen (Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts) in geeigneter Weise bekanntzugeben, von einer öffentlichen Bekanntgabe oder einer Erörterung des Erlasses in den Amtsblättern oder in der Presse aber abzu-  
sehen.

In Vertretung

*Künster*

Preussische Akademie der Künste Berlin, den 28. März 1942

Nach der Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrates für die Reichsverteidigung ist am Tage vor Ostern (Sonntag, dem 4. April) Dienst zu tun wie an den anderen Sonntagen. Schluss 1/2 2 Uhr.  
- RGBL. Nr. 28 S. 146 -

U m l a u f bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern

Amersdorffer	<i>pl. Am. 31. III.</i>
von Wolfurt	<i>Wolfurt</i>
Körber	<i>Körber</i>
Streiter	<i>Streiter</i>
Hedderich	<i>Hedderich 31.3.42</i>
Fischer	<i>Fischer 31.3.42</i>
Kempin	<i>Kempin 31.3.42</i>
Ewerlien	<i>Ewerlien 1/4</i>
Danneberg	<i>Danneberg 1/4</i>
Walter	<i>Walter 31. III.</i>
Freitag	<i>Freitag 31.3.42</i>
Stolzmann	<i>Stolzmann 31.3.42</i>
Rathmann	<i>Rathmann 31.3.42</i>
Gerdau	<i>Gerdau</i>
Ulrich	<i>Ulrich 1/4 42</i>
Döbel	<i>Döbel 1/4 42</i>
Drawitz	<i>Drawitz</i>
Gerdau	<i>Gerdau</i>

Zurück zur Registratur.

G1



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 3171 (a)

41  
Berlin W 8, den 10. Dezember 1941

-Postfach-

Akademie der Künste

№ 1128 18 DEZ 1941

*Wahrung von Dienstgeheimnissen.*

*Wahrung von Dienstgeheimnissen.*  
Der Führer und Reichskanzler hat für die Beamten, Angestellten und Arbeiter unter dem 25. September 1941 einen grundsätzlichen Befehl über die Weitergabe geheimzuhaltender Angelegenheiten erlassen, der in den Diensträumen der Behördenangehörigen sämtlicher Verwaltungen, die mit Geheimsachen zu tun haben, an bevorzugter Stelle zum Aushang gebracht werden soll. Die Reichsdruckerei hat den Auftrag erhalten, diesen Befehl in Plakatform herzustellen. Die erforderlichen Druckstücke des Führerbefehls sind als Sammelbestellung von der Reichsdruckerei, Berlin SW 68, Oranienstr. 90/94, zu beziehen.

Der

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

*Gräfin S. Kat. S. Lünke*



Der Preis für 100 Stück beträgt 3 RM ausschließlich Versandkosten. Die Kosten sind bei den für derartige Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln zu buchen. Ich ersuche, für den dortigen Geschäftsbereich das Erforderliche umgehend zu veranlassen.

Dieser Erlass wird nicht im Amtsblatt DeutschWissErziehVolksg. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.



Beglaubigt

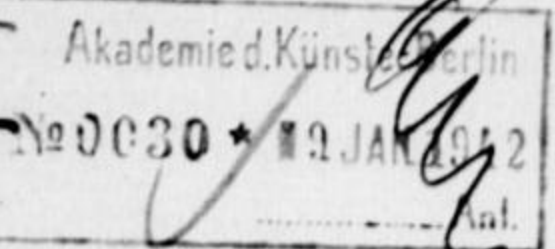
*[Handwritten signature]*  
Angestellte

*1. der Preis für 100 Stück beträgt 3 RM ausschließlich Versandkosten. Die Kosten sind bei den für derartige Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln zu buchen. Ich ersuche, für den dortigen Geschäftsbereich das Erforderliche umgehend zu veranlassen.*  
*2. Dieser Erlass wird nicht im Amtsblatt DeutschWissErziehVolksg. veröffentlicht.*  
*3. In Vertretung*  
*4. gez. Zschintzsch.*  
*5. Beglaubigt*  
*6. Angestellte*  
*7. [Handwritten signature]*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 3289/41, W, E, V.

Berlin W 8, den 8. Januar 1942  
Postfach

Schnellbrief



Betrifft: Umstellung auf Antiquaschrift.

Unter Bezugnahme auf meinen Runderlaß vom 22. März 1941 - Z II a 507/41 - gebe ich bekannt:

Es bestehen keine Bedenken dagegen, daß das gesamte Schrifttum auf Normalschrift umgestellt wird, sobald und soweit dies ohne erweiterten Einsatz von Arbeitskräften und Rohstoffen möglich ist. Vorhandene Formblätter, Briefbogen usw., die Frakturschrift aufweisen, sind jedoch auf jeden Fall zunächst aufzubrauchen.

Von einer Veröffentlichung ist abzusehen.

Dieser Erlass wird nicht im Amtsbl. DeutschWissErziehVolksg. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.

Beglaubigt:



*[Handwritten signature]*  
Angestellte.

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
  - b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen.

*H. Pross, d. Chast. d. Minister,*  
*Berlin*

*1. der Preis für 100 Stück beträgt 3 RM ausschließlich Versandkosten. Die Kosten sind bei den für derartige Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln zu buchen. Ich ersuche, für den dortigen Geschäftsbereich das Erforderliche umgehend zu veranlassen.*  
*2. Dieser Erlass wird nicht im Amtsblatt DeutschWissErziehVolksg. veröffentlicht.*  
*3. In Vertretung*  
*4. gez. Zschintzsch.*  
*5. Beglaubigt*  
*6. Angestellte*  
*7. [Handwritten signature]*



Preussische Akademie der KünsteJ. Nr. 1119

Berlin, den 23. Dezember 1941

Der Dienst in der Akademie der Künste wird für die  
Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wie folgt geregelt:

Am Mittwoch 24. Dezember Dienstschluss 13 Uhr

Sonnabend 27. Dezember dienstfrei

Montag, 29. Dezember } Dienst wie üblich

Dienstag 30. Dezember }  
Mittwoch 31. Dezember Dienstschluss 13 Uhr.

Der Präsident

im Auftrage

*Handwritten signature*

U m l a u f

den Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Kenntnis!

von Wolfurt

*Wolfurt*Stolzmann *St. 24/12.41*

Körber

*Körber*Rathmann *R. 24/12.41*

Streiter

*Streiter*Freitag *Freitag 24/12.41*

Hedderich

*Hedderich*Ulrich *Ulrich*

Fischer

*Fischer*Gerdau *Gerdau*

Poplawski

*Poplawski*Drawitz *Drawitz*

Ewerlien

*Ewerlien*Döbel *Döbel*

Danneberg

*Danneberg*Gerdau *Gerdau*

Walter

*Walter*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 11553

Berlin W 8, den 13. Dezember 1941  
-Postfach-

*An die Akad. d. Künste  
in der Reichshauptstadt  
Berlin, Prof. Dr. G. Schnellbrief  
am 10.12.42  
zu danken! Ell. 16.*

Akademie d. Künste Berlin  
Nr 1119\* 16. DEZ 41

Einschränkung der Heizung und des Dienstes von Weihnachten  
bis Neujahr.

Die Verkehrslage und der durch die Kriegsbedürfnisse erhöhte Kohlenbedarf erfordern eine möglichst weitgehende Herabminderung des Kohlenverbrauchs. Es soll daher auf Anregung des Reichswirtschaftsministers die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr weitgehend zur Einschränkung des Brennstoffverbrauchs benutzt werden.

Aus diesen Gründen ist darauf hinzuwirken, daß bei allen Dienststellen in der Zeit vom 24. Dezember 1941 nachmittags bis 1. Januar 1942 abends eine Beheizung der Diensträume möglichst ganz unterbleibt. Die dadurch entstehende Arbeitsbehinderung der Dienststellen muß in Kauf genommen werden. Es bestehen keine Bedenken, daß der 27. Dezember 1941 allgemein dienstfrei ist, soweit nicht der Dienst unbedingt aufrechterhalten werden muß.

Über die Dienstleistung am 29., 30. und 31. Dezember 1941 entscheiden die Behördenleiter (Gefolgschaftsführer) je nach der Art der Aufgaben und der Arbeitsbelastung der Behörden und Betriebe. Falls der Dienstbetrieb stillgelegt wird, ist, soweit üblich, die Regelung des Sonntagsdienstes zu beachten.

Muß der Dienst unbedingt aufrechterhalten werden und ist eine Beheizung einzelner Diensträume nicht vermeidbar, so ist der Brennstoffverbrauch nach Möglichkeit einzuschränken, z.B. durch Entleerung der Sammelheizungen und behelfsmäßige Beheizung derjenigen Diensträume, die für den eingeschränkten Dienst benötigt werden oder - bei teilbaren Beheizungen - durch Zusammendrängung des aufrecht zu erhaltenden Dienstes in einem getrennt beheizbaren Gebäudeteil. Alle Möglichkeiten, den Brennstoffverbrauch zu verringern, sind auszuschöpfen.

Ich bin damit einverstanden, daß an den Sonn- und Feiertagen und am 27. Dezember 1941 auf eine Dienstleistung verzichtet wird, ohne daß Vor- oder Nacharbeit gefordert wird oder daß eine Anrechnung auf den Erholungsurlaub stattfindet.

An

die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),  
die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen und  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Findet

Präs. d. Akad. d. Künste



Findet eine Dienstleistung vom 29. bis 31. Dezember 1941 nicht statt, so sind die dienstfreien Tage auf den Urlaub für das laufende Urlaubsjahr oder auf Urlaubsreste aus früheren Urlaubsjahren anzurechnen. Eines Urlaubsantrages bedarf es für die Dienstbefreiung an diesen Tagen nicht. Soweit hierdurch die am 29. bis 31. Dezember 1941 ausfallende Arbeitszeit nicht bereits ausgeglichen ist, vermindert sich der Urlaub für das Urlaubsjahr 1942 um höchstens 2 Tage mit der Maßgabe, daß eine Kürzung dieses Urlaubs nicht eintritt, soweit er dadurch unter 10 Tage sinken würde. An den dienstfreien Tagen werden Dienstbezüge wie im Urlaub gewährt. Die in der Zeit vom 24. Dezember bis 31. Dezember 1941 zu zahlenden Dienstbezüge können bereits am 23. Dezember 1941 zur Auszahlung kommen.

Diese Regelung gilt gleichermaßen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes. Der Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst hat vorstehender Regelung zugestimmt.

Im Hinblick auf die auf das äußerste angespannte Belastung der Reichsbahn haben die Behörden- und Dienststellenleiter sämtliche Dienstkräfte anzuhalten, unnötige Reisen zu Weihnachten und Neujahr zu unterlassen.

Die Regelung des Dienstbetriebs zwischen Weihnachten und Neujahr eignet sich nicht zur Erörterung in der Tagespresse. Mitteilungen darüber in den Tageszeitungen haben daher zu unterbleiben.

Dieser Erlass wird nicht im Amtsblatt DeutschWissErziehg Volksbildg. veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt

*K. Rantzau*

Angestellte

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 2509/41, E II a

Berlin W 8, den 23. September 1941  
Postfach

Akademie d. Künste Berlin

№ 0850 \* 12 OKT 1941

Betrifft: Umstellung auf Normalschrift.

Im Nachgang zu meinen Runderlassen vom 22. März 1941 - Z II a 507 - und vom 10. Juni 1941 - Z II a 1556 - teile ich mit, daß der Führer die Beibehaltung des "ß" in der Normalschrift angeordnet hat. Bei der Verwendung großer Buchstaben soll das "ß" jedoch als "SS" geschrieben werden. Von einer Veröffentlichung ist abzusehen.

Dieser Erlass wird nicht im Amtsbl. DeutschWissErziehg. Volksbildg. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Dr. Brenner.

Beglaubigt:



An  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen.

*J. Präsid. d. Akademie  
d. Künste, Berlin*

Angestellte

*L. Brenner*  
1. 10. 41  
*Dr. Brenner*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 2530

Berlin W 8, den 23. September 1947  
-Postfach. Akademied. Künste Berlin

No 0820 \* 29 SEP 1947

Betrifft: Behandlung von Fundsachen.

Fundsachen in Form von Schrift- oder Drucksachen, Zeichnungen, Karten, Plänen, Lichtbildern, Telegramme und sonstige Gegenstände, die mit der Bezeichnung

"Nur für den Dienstgebrauch" (NfD.),  
"Geheim", "Geheime Reichssache", "Geheime Kommandosache"  
oder einem ähnlichen Hinweis versehen sind oder deren Inhalt  
vermuten läßt, daß sie vor der Einsichtnahme Unbefugter ge-  
schützt werden müssen, sind unverzüglich der nächsten Dienst-  
stelle der Geheimen Staatspolizei mit der Bitte um weitere Ver-  
anlassung zu übersenden.

An

Der

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
(außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs-  
und Preußischen Dienststellen.

*Präs. d. Akad. d. Künste*  
*Bz*



Berlin, den 14. August 1941  
Postfach Akademied.Künste Berlin  
No 0720 \* 22 AUG 1941  
Estrach

Ab schrift.

Berlin W 8, den 24. Juli 1941  
Voßstr. 6.  
z.Zt.Führer-Hauptquartier

Betrifft: Protektorat Böhmen und Mähren.

Verwaltungssekretär

*Tenkov* given W. 1/10.41  
*1-ten* Qr. 1.10.41  
 9/10.41 Fr. 1.10.41  
 1.10.41 Ten. 1.10.41  
 1.10.41 Dr. 1.10.41  
 Fr 1.10.41 P. 1.10.41

Im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren bitte ich Sie, innerhalb Ihres Geschäftsbereichs dafür

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preuß. Dienststellen.

H. Pro's d. Akademie d. Künste  
Berlin



Sorge zu tragen, daß bei der Anordnung von Dienstreisen leitender Beamter ins Protektorat ein strenger Maßstab angelegt wird. Ich bitte ferner, dafür zu sorgen, daß Bereisungen des Protektorats und Besichtigungen von Betrieben und Einrichtungen innerhalb des Protektorats durch solche Beamte nur im Einvernehmen mit dem Reichsprotektor vorgenommen werden. Auch hat der Reichsprotektor aus wohlwogenen und durchaus berechtigten Gründen darum gebeten, daß alle bei derartigen Gelegenheiten abzugebenden offiziellen oder offiziösen Erklärungen mit ihm abgestimmt werden.

gez. Dr. Lammers.

Abschrift übersende ich im Nachgang zu meinem Rd.-Erlaß vom 24. Juli 1941 - Z III 1248/41 - zur Beachtung.

Im Auftrage  
gez. Dr. Brenner.



Beglaubigt:

*Lammers*  
Angestellter.

*Joh.*  
*Berlin, d. 3. August 1941*  
*dr. Frick*  
*J. G.*  
*[Signature]*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 2201

Betrifft: Schutz nationaler Symbole;  
hier Fanfare bei Sondermeldungen.

Abschrift.

Der Reichsminister  
für Volksaufklärung  
und Propaganda  
R 1422/8.8.41/673-4/11.

Berlin W 8, den 18. August 1941.  
Postfach



Berlin W 8, den 11. August 1941.  
Wilhelmplatz 8/9

Die bei der Verkündung von Sondermeldungen üblichen Fanfa-  
ren sind Kennzeichen deutscher Waffensiege und damit zu nationa-  
len Symbolen geworden. Auf Anweisung des Führers soll verhindert  
werden

An

- die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

H.Präs.d.Akad.d.Künste

*91*



werden, daß diese Fanfaren bei anderen Gelegenheiten gespielt oder sonstwie verwendet werden. Ich habe davon abgesehen, eine entsprechende Schutzbestimmung etwa im Wege einer Verordnung ähnlich der Verordnung zum Schutz des Badenweiler Marsches vom 15. Juli 1939 (RGBl. I S. 921) zu erlassen, möchte Sie aber bitten, in Ihrem Bereich dafür zu sorgen, daß eine Verwendung der Fanfaren bei anderen Gelegenheiten als der Verkündung von Sondermeldungen unterbleibt.

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und Beachtung. Dieser Erlaß wird nicht im Amtsblatt "DeutschWissErzieh-Volksbildg." veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Dr. Brenner



Beglaubigt:

*Jellbom*  
Angestellte.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z III 1248 (b)

Berlin, W 8, den 24. Juli 1941

-Postfach-

Akademie d. Künste Berlin

№ 0644 31. Juli 1941

Betr. Dienstreisen und Reisen zu Forschungs-, Studien-, Vortrags- und ähnlichen Zwecken in das Protektorat Böhmen und Mähren.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern hat für die polizeitechnische Regelung des Verkehrs mit dem Protektorat Böhmen und Mähren neue Richtlinien erlassen. Danach gilt in meinem Geschäftsbereich nunmehr folgendes:

I.

Über Anträge von Angehörigen meines Geschäftsbereichs, die aus persönlichen Gründen (z.B. Besuch von Verwandten usw.) in das Protektorat Böhmen und Mähren einreisen wollen, entscheiden ausschließlich die jeweils örtlich zuständigen Kreispolizeibehörden.

II.

Auf Anträge von Angehörigen meines Geschäftsbereichs, die aus dienstlichen Gründen in das Protektorat Böhmen und Mähren reisen, erteilen die zuständigen Kreispolizeibehörden den Durchlaßschein, wenn ihnen nachgewiesen wird, daß die Reise auf Veranlassung des zuständigen Behördenleiters erfolgt. Meine vorherige Genehmigung ist in diesen Fällen nicht mehr erforderlich.

Dies gilt insbesondere auch für Reisen von Angehörigen der Wissenschaftsverwaltung, die zu Forschungs-, Studien-, Vortrags- und ähnlichen in Zusammenhang mit ihrem dienstlichen Wirkungskreis stehenden Zwecken eine Reise in das Protektorat Böhmen und Mähren beabsichtigen. An Hochschulen mit Kuratorial-Verwaltung entscheidet über die Einreise-Anträge der Universitätskurator im Benehmen mit dem Rektor der Hochschule.

III.

Meiner vorherigen Genehmigung bedarf es in Zukunft nur noch, wenn die Einreise zu Vorträgen politischen, insbesondere siedlungs-, bevölkerungs- oder kulturpolitischen Inhalts oder

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Präs. d. Akad. d. Künste, Berlin

21



oder allgemein zu Vorträgen vor einem ausschließlich oder doch vorwiegend tschechischen Kreise erfolgen soll.

Desgleichen ist meine vorherige Genehmigung erforderlich für Studienfahrten, Gesellschaftsreisen und Lehrausflüge mit Studierenden aus dem Reich in das Protektorat. Da ich mich in diesen Fällen mit dem Herrn Reichsprotektor in Böhmen und Mähren ins Benehmen setzen werde, ersuche ich, derartige Anträge spätestens sechs Wochen vor dem gewünschten Einreisetermin bei mir vorzulegen.

#### IV.

Bei der Erteilung der Einreisegenehmigung ist den Angehörigen meines Geschäftsbereichs aufzugeben, bei einem Aufenthalt in Prag bei dem Leiter der Gruppe Hochschulen bei dem Herrn Reichsprotektor in Prag, Czernin-Palais, bei einem Aufenthalt in Brünn bei dem Leiter der Dienststelle Mähren des Herrn Reichsprotektors in Brünn und bei einem Aufenthalt am Sitze eines Oberlandrates jeweils bei diesem alsbald nach dem Eintreffen am Orte nach Anruf vorzusprechen.

Meinen Erlaß vom 27. April 1940 - Z III 646/40 - hebe ich hiermit auf. Meine im Erlasse vom 1. August 1940 - Z III 1447/40 - getroffenen Bestimmungen über Einreisen in das Generalgouvernement bleiben hiervon unberührt; auf ihre genaue Beachtung weise ich bei dieser Gelegenheit nochmals besonders hin.

Ich ersuche, danach zu verfahren und die in Betracht kommenden Angehörigen meines Geschäftsbereichs entsprechend zu verständigen.

Dieser Erlaß wird nicht im Reichsministerialamtsblatt DeutschWissErziehVolksg. veröffentlicht.

In Vertretung

gez. Zschintzsch.



Beglaubigt

*Albrunh*  
Angestellte

*Handwritten notes:*  
Joh.  
Berlin, d. 14. August 1941  
v. Zschintzsch  
S. G.  
Albrunh

50

17. Juli 1941

*Handwritten:* Wb 15.7.41

Wir ersuchen um Ausstellung einer Genehmigung zur Aufgabe von Telegrammen ins Ausland.

Der Präsident  
Im Auftrage

An die  
Industrie- und Handelskammer  
Berlin C 2  
Klosterstr. 41

*Handwritten:* G 1

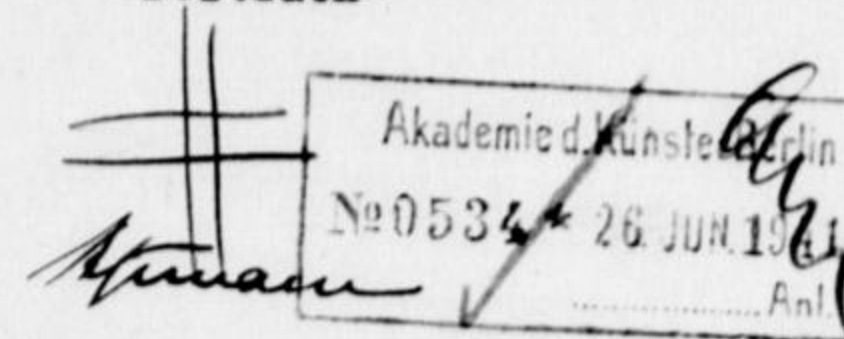


Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 1597 (b)

Betr. Wortabkürzungen.

Berlin W 8, den 16. Juni 1941  
-Postfach-



Abschrift

Der Chef des Wehrmachtsführungsstabes  
im Oberkommando der Wehrmacht

Führer-Hauptquartier,  
den 10. März 1941

L II Org 762/41

Die Abkürzungsbezeichnungen für Einrichtungen und Geräte der Wehrmacht sowie die Bildung von Stummelwörtern (Wifo, Wam, Stalag, Rekodeis, Etra, Stukas usw.) haben in Wort und Schrift zu einem unerhörten Mißbrauch geführt.

Auch die Sprache ist ein Zeichen der Kultur eines Volkes. Je primitiver ein Volk, um so primitiver auch seine Sprache. Das deutsche Volk hat eine besonders reiche und lebendige Sprache.

Ich muß es daher als eine Barbarei bezeichnen, wenn sich Büroerfindungen schlimmster Art allmählich in der militärischen Sprache, von da aus in der Presse und dann im ganzen deutschen Volk breit machen. Man sollte sich doch darüber klar sein, daß diese Methode, Stummelwörter zu bilden, kaufmännisch-jüdischer Herkunft ist.

Es scheint aber Menschen zu geben, die ihre mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache dadurch zu verdecken suchen, daß sie eine Bürosprache erfinden, die Leute außerhalb dieser Bürogemeinschaft nicht verstehen. Sie kommen sich dann wichtig, interessant und gebildet vor.

Gemeinverständliche Abkürzungen dienen zur Vereinfachung des Schriftverkehrs. Dort allein gehören sie hin, Stummelwörter zu erfinden, die - da sie sprachbar sind - auch in die Sprache übergehen, ist ein grober Unfug.

gez. J o d l.

Die vorstehende Anordnung, die der Auffassung des Führers entspricht, ist innerhalb meines Geschäftsbereichs genauestens zu beachten.

Dieser Erlaß wird nicht in DeutschWissErziehVolksgbildg. veröffentlicht. Von einer Veröffentlichung ist auch sonst abzu-  
sehen.

In Vertretung

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen und
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

g. Präo. d. Akad. d. Wiss.

*Kunze*  
Joh.  
Berlin, d. 17. Juni 1941  
H. J. J. J.  
Ant



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 1556/41

Berlin W 8, den 10. Juni 1941.

- Postfach  
Akademie d. Künste Berlin  
№ 0516 \* 20. JUN 1941

Betrifft: Umstellung der Amtsschilder und der Dienstsiegel auf  
Normalschrift.

Nach meinem Runderlaß vom 22. März 1941 - Z II a 507/41, W, E I - hat die Neuherstellung von Schildern in jedem Falle in Normalschrift zu erfolgen. Es ist daher auch auf neu zu beschaffenden Amtsschildern die Dienststellenbezeichnung nur noch in Normalschrift herzustellen. Dazu bedarf es zunächst einer Umstellung der dem Erlaß über die Amtsschilder vom 2. Februar 1939 (RGBl. I S. 126) beiliegenden Muster. Entwürfe einer für Amtsschilder geeigneten Normalschrift sind nach einer Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern in Vorbereitung, ihre Fertigstellung ist aber erst in einigen Wochen zu erwarten. Bis zur Bekanntgabe der anzuwendenden Normalschrift müssen Neubestellungen von Amtsschildern unterbleiben. Aber auch nach Bekanntgabe der neuen Schriftmuster kommt eine Beschaffung neuer Amtsschilder einstweilen nur zum Ersatz unbrauchbar gewordener alter Amtsschilder oder für Dienststellen in Betracht, die bisher nicht mit einem Amtsschild versehen sind. Soweit noch brauchbare Amtsschilder älterer Art an den Gebäuden vorhanden sind, sollen sie nach Abs. 2 des Runderlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 22. September 1939, mitgeteilt durch Rd. Erl. vom 3. Oktober 1939 - Z II a 3126/39 - (RMinAmtsblDeutschWissErziehVolksbildg. S. 513); bis auf weiteres nicht ausgetauscht werden.

Von einer Umstellung der Dienstsiegel auf Normalschrift wird vorläufig Abstand genommen, weil die Neuherstellung des Schriftmaterials, das die Firmen nach § 5 des Erlasses über die Reichssiegel vom 16. März 1937 (RGBl. I S. 307) von der Reichsdruckerei zu beziehen hätten, einen - zur Zeit nicht vertretbaren - erheblichen Mehraufwand an Arbeitskräften und Material erfordern würde. Für die Anfertigung von Dienstsiegeln bleiben also bis auf weiteres die dem Erlaß über die Reichssiegel beigegebenen Siegelmuster auch hinsichtlich der Schriftart maßgebend. Eine Umstellung der Siegel auf Normalschrift wird voraussichtlich erst nach Kriegsende erfolgen.

Dieser Erlaß wird nicht in DeutschWissErziehVolksbildg. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.

An die  
Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preussischen Dienststellen.



Beglaubigt:  
*[Signature]*  
Angestellte.

*cf. Pres. d. Akad. d. Künste, BR*

*10. Juni 1941*  
*[Signature]*  
*[Signature]*

*27*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 832

Dringende Staatsgespräche.

Die Überlastung des öffentlichen Fernsprechnetzes und die sich daraus ergebenden Verzögerungen in der Abwicklung der Ferngespräche, auf die der Herr Reichspostminister in seinem Schreiben vom 26. August 1939 - II 4114.0 - hingewiesen hat (vgl. meinen Runderlaß vom 4. September 1939 - Z II a 2867 -), hat bisher nicht nachgelassen. Nach wie vor bestehen im Ferndienst Schwierigkeiten, deren Behebung dringend erforderlich ist. Ich spreche daher nochmals die Erwartung aus, daß dringende Staatsgespräche nur in wirklich wichtigen und eiligen Fällen geführt werden; in allen anderen Fällen ist die Erledigung auf schriftlichem Wege vorzunehmen. Ferner ersuche ich erneut, sich in der Anmeldung und der Dauer dringender Staatsgespräche äußerste Beschränkung

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen  
der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter  
in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preußischen Dienststellen.

H. Präs. d. Akad. d. Künste

Berlin W 8, den 7. April 1941.  
Postfach

Akademie d. Künste Berlin

№ 9342 22 APR 1941

53



Beschränkung aufzuerlegen und derartige Gespräche nach Möglichkeit außerhalb der Zeit von 10 bis 14 Uhr abzuwickeln.  
Dieser Erlaß wird nicht in DeutschWissErziehVolksgbildg. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau



Beglaubigt:

*Albrunp*

Angestellte.

*10.*  
*Zell.*  
*Berlin 22. April 1941*  
*so persönlich*  
*im Auftrag*  
*Ull*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 698 (b)

Veranstaltung von Sammlungen durch Behördenleiter und Beamte.

Mehrere Einzelfälle haben dem Herrn Reichsminister des Innern Veranlassung gegeben, seine Runderlasse vom 12. September 1936 - V W 6000 a/1.8.36 - und vom 10. Dezember 1936 - V W 6000 a/21.10.36 -, die ich mit Runderlaß vom 28. September 1936 - Z II a 3103 - und vom 21. Dezember 1936 - Z II a 4139 - zur gleichmäßigen Beachtung mitgeteilt habe, in Erinnerung zu bringen.

Ich erwarte von jedem Beamten die peinlichste Beachtung dieser Weisungen und werde bei Verstößen die schuldigen Beamten zur Verantwortung ziehen.

Dieser Erlaß wird nicht in DeutschWissErziehVolksgbildg. veröffentlicht.

An

die Herren Vorsteher der  
nachgeordneten Reichs- und  
Preußischen Dienststellen.  
H.Präs.d.Akad.d.Künste

Berlin W 8, den 27. März 1941.  
Postfach  
Akademie der Künste Berlin

№ 0297 - 13. APR 1941

In Vertretung  
gez. Zschintzsch



Beglaubigt:

*Kunkel*  
Verwaltungssekretär.

*no. anders!*

*27*



10.  
Zsh.  
Berlin 16. 4. 1941  
An Prof. Dr.  
Für Anfrage  
M

Preussische Akademie der Künste Berlin, den 10. April 41  
Nach Mitteilung des Ministeriums wird am Ostersonnabend  
in diesem Jahre der übliche Dienst bis 13 Uhr getan.

U m l a u f :

den Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Kenntnis!

Amersdorffer

von Wolfurt

Körber

Wahn

Streiter

Hedderich

Meilinger

Fischer

Poplawski

Ewerlien

Danneberg

Rubin

Walter

Rathmann

Freitag

Ulrich

Gerdau

Döbel

Drawitz

Gerdau ( Frau )

Holzmann, Holzmann

*Am*

*10. 14.*

*10/4 41*

*Fischer 10. 4. 41*

*Poplawski 10/4*

*Ewerlien 10/4*

*Danneberg 10/4*

*Walter 10/4*

*Rathmann*

*Freitag 10/4 41*

*u.*

*Gerdau*

*Döbel*

*Drawitz*

*M. Gerdau*



Preußische Akademie der Künste  
-----

W. F. F. P.  
Berlin C 2, den 10. April 1941  
Unter den Linden 3

Ausweis  
-----

Der Jnhaber dieses Ausweises Professor Dr. Alexander  
A m e r s d o r f f e r , Berlin-Zehlendorf-West, Kleist-  
str. 19/21 ist als Beamter bei der Preußischen Akademie der  
Künste, Berlin C 2, Unter den Linden 3 , ehemaliges Kron-  
prinzen-Palais beschäftigt. Es wird gebeten ihn im Falle von  
Absperrungen die Straße Unter den Linden oder die zu ihr  
führenden Seitenstraßen zum Akademiegebäude passieren zu  
lassen .

Der Präsident

Jn Vertretung



*Johannes Rittmann*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

10. April 1941

*M. G. P.*

Ausweis

Der Inhaber dieses Ausweises

Professor Dr. Georg Schumann

Berlin-Lichterfelde, Bismarckstr. 8 ist als Stellvertre-  
tender Präsident bei der Preussischen Akademie der Künste,  
Berlin C 2, Unter den Linden 3, ehemaliges Kronprinzen-  
Palais beschäftigt. Es wird gebeten ihn im Falle von Ab-  
sperrungen die Straße Unter den Linden oder die zu ihr  
führenden Seitenstraßen zum Akademiegebäude passieren zu  
lassen.

Der Präsident

Im Auftrage



*Am*

- a) die Unterrichtsverwaltungen  
der Länder (außer Preußen),
- b) die Herrn Reichsstatthalter  
in den Reichsgauen,
- c) die Herren Vorsteher der hoch-  
geachteten Reichs- u. Preuss.  
Dienststellen

*31 47*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 22. März 1941  
Postfach

Z II a 507/41, W, E I, E II a, E IIIa(b).

Schnellbrief

Akademie der Künste Berlin  
Nr 0255 24. MRZ 1941

*Herrmann*

Umstellung auf die Normalschrift (sogen. Antiqua-  
schrift).

Der Führer hat entschieden, daß sämtliche Zeitungen und Zeitschriften allmählich auf die Normalschrift (sogen. Antiqua-schrift) umgestellt und daß Urkunden des Staates, Anschläge und Veröffentlichungen von Behörden usw. künftig nur in Normalschrift geschrieben oder gedruckt werden. Der Führer geht davon aus, daß die Verwendung der fälschlicherweise als go-tische Schrift bezeichneten Schriftzeichen den deutschen In-teressen im In- und Auslande schade, weil Ausländer, die die deutsche Sprache beherrschen, diese Schrift meist nicht lesen können.

Zunächst wird dasjenige Schrifttum auf Normalschrift umgestellt, das unmittelbar auf das Ausland einwirken soll (periodische Druckschriften, Bücher). Die hierfür erforder-lichen näheren Anweisungen trifft der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Da mit dieser Umstellung die verfügbaren Arbeitskräfte und Rohstoffe bis auf weiteres voll in Anspruch genommen sein werden, soll von der Umstellung des Inlandsschrifttums solange abgesehen werden, bis hierzu eine besondere Anweisung erfolgt.

Jedoch ist, abgesehen von Druckerzeugnissen, die Umstel-lung auf Normalschrift durchzuführen, soweit das ohne zusätz-liche Arbeitskräfte und zusätzliche Rohstoffe möglich ist. Die Neuherstellung von Schildern und Aufschriften hat in jedem Fal-le in Normalschrift zu erfolgen.

Für die Neugestaltung der Ernennungs- usw. Urkunden für Beamte und für die Umschriftung der Dienstsiegel erfolgt be-sondere Regelung.

Wegen der Einführung der Normalschrift in den Schulen ergehen ebenfalls noch besondere Anordnungen.

Dieser Erlass wird nicht in DeutschWissErziehgVolksbildg. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.

Beglaubigt:  
*[Signature]*  
Angestellte.

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
  - b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen,
  - c) die Herren Vorsteher der nach-geordneten Reichs- u. Preuß. Dienststellen.



*21. 3. 41*  
*Der Präsident*  
*der Akademie*

*Prof. Dr. P. v. der O. v. der K. v. der K.*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 389, Z I

59  
Berlin W 8, den 17. Februar 1941.  
Postfach

S o f o r t !

Abschrift.

Der Reichsminister des Innern  
Pol. S I A (b) 6. 252/41-453-26

Berlin, den 10. Februar 1941.

Schnellbrief!

An  
die Obersten Reichsbehörden.

Akademie d. Künste - Berlin  
Nr 0146 21. FEB 1941

Betrifft: Paßtechnische Regelung des Verkehrs zwischen dem Alt-  
reich und Elsaß, Lothringen und Luxemburg.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern hat im Benehmen mit den beteiligten Dienststellen die aus dem angeschlossenen Erlaß an die Kreispolizeibehörden vom 31. Januar 1941 - S I A (b) 6 -250/41-453-26 - ersichtliche paßtechnische Regelung des Verkehrs mit Elsaß, Lothringen und Luxemburg getroffen. Danach ist der Verkehr mit diesen Gebieten auch weiterhin nur in beschränktem Umfange zugelassen und grundsätzlich nur Personen gestattet, die eine besondere Erlaubnis in Form des Durchlaßscheins nach dem vorgeschriebenen Muster besitzen sowie das im Durchlaßschein bezeichnete Ausweispapier beim Grenzübertritt vorlegen (vergl. Nr. I und II des beiliegenden Erlasses).

Durchlaßscheine werden vom 20. Februar 1941 ab in der Regel von den Kreispolizeibehörden ausgestellt. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Erlaß.

Was die paßtechnische Regelung von dienstlichen Reisen der Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts im Rahmen des hier geregelten Verkehrs anlangt, darf ich besonders auf folgendes hinweisen:

1. Die Kreispolizeibehörden stellen an die vorerwähnten Beamten usw., die aus dienstlichen Gründen in das Elsaß, nach Lothringen oder Luxemburg reisen, Durchlaßscheine aus, wenn nachgewiesen wird, daß die Reise auf Veranlassung oder mit Zustimmung des zuständigen Reichsministeriums oder des örtlich zuständigen Chefs der Zivilverwaltung erfolgt (vergl. Nr. III 5 c des Erlasses).

2.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen und in Hamburg,
- c) den Herrn Reichskommissar für die Saarpfalz,
- d) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

G.  
L. Prof. Dr. Oswald. Dr. Rumpfen



2. Die Kreispolizeibehörden können Durchlaßscheine an Beamten usw. auch für wiederholte Reisen mit einer Geltungsdauer bis zu 6 Monaten ausstellen, wenn die in Betracht kommende Dienststelle, d.h. z.B. das zuständige Reichsministerium die Notwendigkeit einer derartigen Maßnahme ausdrücklich bestätigt (vergl. Nr. III 8 des Erlasses).

Im Auftrage  
gez. Dr. Nockemann.

Der Reichsführer-SS  
und Chef der Deutschen Polizei  
im Reichsministerium des Innern  
S I A (b) 6. 250/41 - 453 - 26.

Berlin, den 31. Januar 1941.

Nicht zur Veröffentlichung  
geeignet!

S o f o r t ! Fristsache!

An  
alle Kreispolizeibehörden,  
im Protektorat Böhmen und Mähren  
an alle Oberlandräte.

Betrifft: Paßtechnische Regelung des Verkehrs zwischen dem  
Altreich und Elsaß, Lothringen und Luxemburg.

Auf Grund der Verordnung über die Beschränkung des Reiseverkehrs mit Gebietsteilen des Großdeutschen Reichs und mit dem Generalgouvernement vom 20. Juli 1940 - Reichsgesetzblatt I, S. 1008 - bestimme ich im Einvernehmen mit den Chefs der Zivilverwaltungen im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg mit Wirkung vom 20. Februar 1941 folgendes:

- I. Das Betreten und Verlassen der Gebiete von Elsaß, Lothringen und Luxemburg ist bis auf weiteres nur in beschränktem Umfange zugelassen.
- II. Wer die Grenze zwischen dem Altreich und Elsaß, Lothringen und Luxemburg überschreitet, bedarf einer besonderen Erlaubnis in Form des Durchlaßscheins nach vorgeschriebenem Muster, soweit nicht besondere Anordnungen für bestimmte Personengruppen eine andere Regelung vorsehen.
- III. Die Kreispolizeibehörden (Oberlandräte) stellen Durchlaßscheine nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus:
  1. Örtlich zuständig für die Ausstellung eines Durchlaßscheins ist die Behörde (Kreispolizeibehörde, Oberlandrat), in deren Bezirk der Durchlaßscheinsbewerber seinen Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat.
  2. Durchlaßscheine dürfen nur an völlig einwandfreie Personen ausgestellt werden. Juden sind allgemein als nicht einwandfrei anzusehen.  
Von den Kreispolizeibehörden (Oberlandräten) ist vor Ausstellung eines Durchlaßscheins die für ihren Bezirk zuständige Staatspolizei(leit)stelle zu hören.
  3. Durchlaßscheine dürfen nur an Personen ausgestellt werden, die eines der nachstehend bezeichneten Ausweispapiere vorlegen, und zwar
    - a) deutsche Staatsangehörige einen Reisepaß, einen Kinderausweis, eine Kennkarte oder einen amtlichen Lichtbildausweis;

b)

- b) Elsässer, Lothringer und Luxemburger einen Paß oder amtlichen Lichtbildausweis;

- c) nichtreichsangehörige Personen einen Paß oder einen nach den allgemeinen deutschen Paßvorschriften gültigen Paßersatz.

Aus Elsaß, Lothringen oder Luxemburg stammende Personen, die sich z.Zt. im Altreich befinden und keinen amtlichen Lichtbildausweis besitzen, ist der Durchlaßschein bis auf Weiteres ausnahmsweise auch ohne Vorlage eines solchen amtlichen Lichtbildausweises zu erteilen, wenn sie einen vor dem 20. Februar 1941 von einer Kreispolizeibehörde im Elsaß, in Lothringen oder in Luxemburg (Landkommissar, Landrat, Polizeipräsident) ausgestellten Grenzübertrittsausweis vorlegen und sich über ihre Person in sonstiger Weise einwandfrei ausweisen können. In diesen Fällen ist im Durchlaßschein unter Streichung der Worte "Passees - Paßersatzes - Kinderausweises - der Kennkarte - des amtlichen Lichtbildausweises" der Grenzübertrittsausweis zu nennen.

4. Falls die Voraussetzungen oben unter Nr. 2 und 3 erfüllt sind, ist vor Ausstellung eines Durchlaßscheins zur Einreise nach dem Elsaß, nach Lothringen oder nach Luxemburg (und gegebenenfalls zur Wiederausreise) grundsätzlich die Zustimmung des zuständigen Chefs der Zivilverwaltung einzuholen, und zwar ist zurückzufragen

- a) bei Reisen nach dem Elsaß: beim Chef der Zivilverwaltung im Elsaß in Karlsruhe, Erbprinzenstraße 15;
- b) bei Reisen nach Lothringen: beim Chef der Zivilverwaltung in Lothringen in Saarbrücken, Hindenburgstraße 15;
- c) bei Reisen nach Luxemburg: beim Chef der Zivilverwaltung, Ein- und Ausreisestelle, in Luxemburg, Arsenalstraße 17.

Dies gilt insbesondere bei Reisen aus wirtschaftlichen Gründen und ausnahmslos bei allen Ausländern.

Die Rückfrage, die auf Kosten des Durchlaßscheinsbewerbers auch drahtlich erfolgen kann, muß folgende Angaben enthalten:

- a) Vornamen (Rufname unterstreichen), Zuname (bei Frauen auch den Mädchennamen), Beruf, Staatsangehörigkeit, Anschrift, Geburtsort und -tag des Durchlaßscheinsbewerbers;
- b) den Grund der Reise. Insbesondere bei Reisen aus wirtschaftlichen Gründen müssen die Angaben erschöpfend sein (also z.B. will zur Bestellung von Wein bei den Firmen X und Y in Straßburg für eine Woche nach dem Elsaß einreisen oder will das Grundstück Metz, ... Straße Nr. 40 zwecks Ankaufs besichtigen).

Der Durchlaßschein ist zu versagen, wenn der zuständige Chef der Zivilverwaltung seine Zustimmung versagt.

5. Die Rückfrage bei dem zuständigen Chef der Zivilverwaltung (Nr. 4) ist, falls die Voraussetzungen oben unter Nr. 2 und 3 erfüllt sind, nicht erforderlich, wenn es sich um die Ausstellung von Durchlaßscheinen an solche deutschen Staatsangehörigen oder Elsässer, Lothringer und Luxemburger handelt, die
- a) durch Vorlage einer Wohnsitzbescheinigung der zuständigen Kreispolizeibehörde im Elsaß, in Lothringen oder in Luxemburg nachweisen, daß sie in dem betreffenden Gebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben und dorthin zurückkehren wollen;
  - b) nachweislich wegen des Todes oder schwerer Erkrankung naher Verwandter im Elsaß, in Lothringen oder in Luxemburg dorthin zu reisen beabsichtigen.

Als nahe Verwandte sind in diesem Zusammenhang anzusehen Ehegatten, Eltern und Kinder, Großeltern und Enkel, Schwiegereltern und Schwiegerkinder, Geschwister, Geschwister der Eltern sowie Personen, die nachweislich öffentlich verlobt sind;

c)



- c) als Beamte oder Angestellte des Reichs, der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Körperschaften des öffentlichen Rechts aus dienstlichen Gründen nach dem Elsaß, nach Lothringen oder nach Luxemburg reisen müssen, wenn nachgewiesen wird, daß die Reise auf Veranlassung oder mit Zustimmung des zuständigen Reichsministeriums oder des örtlich zuständigen Chefs der Zivilverwaltung erfolgt;
- d) als Angehörige der Partei, deren Gliederungen oder angeschlossenen Verbände im parteiamtlichen Auftrag nach dem Elsaß, nach Lothringen oder nach Luxemburg reisen müssen, wenn dieser Auftrag durch eine entsprechende Bescheinigung der Dienststelle des Stellvertreters des Führers nachgewiesen wird.

In den Gaue Baden (für Elsaß), Westmark (für Lothringen) und Koblenz-Trier (für Luxemburg) genügt eine entsprechende Bescheinigung, die der zuständige Gauleiter oder sein ständiger Vertreter persönlich unterzeichnet hat;

- e) als Beauftragte der NSV. nach dem Elsaß, nach Lothringen oder nach Luxemburg reisen müssen, wenn sie den Auftrag durch eine entsprechende Bescheinigung des Leiters des Hauptamts für Volkswohlfahrt nachweisen.

In den Gaue Baden (für Elsaß), Westmark (für Lothringen) und Koblenz-Trier (für Luxemburg) genügt eine entsprechende Bescheinigung, die der zuständige NSV-Gauamtsleiter oder sein ständiger Vertreter persönlich unterzeichnet hat;

- f) ihre im Elsaß, in Lothringen oder in Luxemburg aus dienstlichen Gründen ansässigen oder dorthin für längere Zeit beordneten nahen Verwandten (vgl. oben Buchstabe b - Absatz 2) besuchen wollen, wenn sie eine Bescheinigung der Dienststelle, bei der in dem betreffenden Gebiet der zu besuchende Verwandte eingesetzt ist, darüber vorlegen, daß gegen die Einreise zum Zwecke des Besuchs keine Bedenken bestehen.

Das gleiche gilt für den Besuch von Wehrmachtangehörigen, wenn eine entsprechende Bescheinigung des Truppenteils vorgelegt wird;

- g) als Fahrer und Beifahrer von Lastzügen des Reichskraftwagen-Betriebsverbandes nach dem Elsaß, nach Lothringen oder nach Luxemburg fahren, wenn die Ausstellung des Durchlaßscheins durch die zuständigen Betriebsbeauftragten des Reichskraftwagen-Betriebsverbandes schriftlich befürwortet wird;
- h) als Fahrer und Beifahrer von Unternehmerlastzügen im Auftrage der Reichsbahn nach dem Elsaß, nach Lothringen oder nach Luxemburg fahren, wenn die Ausstellung des Durchlaßscheins durch die zuständige Reichsbahndirektion schriftlich befürwortet wird.

Zu a) bis h):

Die Kreispolizeibehörden (Oberlandräte) haben in anderen als den vorausgeführten Fällen etwaige Anträge auf Ausstellung eines Durchlaßscheins von sich aus abzulehnen.

Würde die Ablehnung nach Lage des Falles eine unbillige Härte bedeuten, so kann die Ausstellung des Durchlaßscheins ausnahmsweise erfolgen, wenn der zuständige Chef der Zivilverwaltung auf Rückfrage ausdrücklich zustimmt.

6. Die zu verwendenden Durchlaßscheine, die auf graugrünem Karton hergestellt werden, enthalten insofern eine Neuerung, als in dem vorgedruckten Wortlaut das Gebiet, für das sie gelten, nicht mehr angegeben ist.

Das Gebiet, für das der Durchlaßschein im Einzelfall bestimmt ist, ist vielmehr jeweils im Kopf des Durchlaßscheins und ferner in der dafür vorgesehenen Spalte mit roter Tinte oder durch Aufdruck in roter Farbe anzugeben. Dabei ist tunlichst unzerstörbare Tinte oder unzerstörbare Stempelfarbe zu verwenden. Um ferner

eigenmächtige

eigenmächtige Erweiterungen des Geltungsbereichs durch den Durchlaßscheininhaber zu verhindern, sind etwa freibleibende Stellen vor und hinter der Bezeichnung des betreffenden Gebiets durch Querstriche auszufüllen, also z.B. "---Elsaß---".

Wird die Einreise zugleich für mehrere Gebiete (z.B. für das Elsaß und Lothringen oder für Lothringen und Luxemburg oder Elsaß und Lothringen und Luxemburg) zugelassen, so ist entsprechend zu verfahren.

7. Die neuen graugrünen Vordrucke für Durchlaßscheine sind ausschließlich für den hier geregelten Verkehr zwischen dem Altreich und Elsaß, Lothringen und Luxemburg zu verwenden.
8. Die Geltungsdauer der regelmäßig nur für eine Einreise ("einmal") oder für eine Ein- und Wiederausreise ("einmal und zurück") auszustellenden Durchlaßscheine ist den Umständen des Einzelfalles anzupassen; sie soll grundsätzlich einen Monat nicht übersteigen.

Durchlaßscheine für wiederholte Reisen können ausgestellt werden, und zwar gegebenenfalls mit einer Geltungsdauer bis zu 6 Monaten, wenn die Notwendigkeit hierfür nachgewiesen, insbesondere wenn die Notwendigkeit von der etwa in Betracht kommenden Dienststelle des Durchlaßscheinsbewerbers in der von ihr auszufertigenden Bescheinigung ausdrücklich bestätigt wird.

9. Die Verlängerung der Durchlaßscheine ist unzulässig; erforderlichenfalls ist ein neuer Durchlaßschein auszustellen.
10. Die Durchlaßscheine sind gebührenfrei auszustellen.
11. Über die ausgestellten Durchlaßscheine sind von den ausstellenden Behörden besondere Listen zu führen, die enthalten müssen:
- Nr. des Durchlaßscheins,
  - Vornamen (Rufname unterstrichen), Zuname (bei Frauen auch den Mädchennamen), Beruf, Staatsangehörigkeit, Anschrift des Inhabers des Durchlaßscheins,
  - die Bezeichnung des Ausweispapiers, das vorgelegen hat,
  - die Geltungsdauer des Durchlaßscheins und den Tag seiner Ausstellung, sowie das Gebiet oder die Gebiete, für die der Durchlaßschein ausgestellt ist,
  - die Angabe des Grundes, aus dem der Durchlaßschein ausgestellt ist, sowie gegebenenfalls die Angabe, daß und wann der zuständige Chef der Zivilverwaltung zugestimmt hat.

Die von dem Durchlaßscheinsbewerber vorgelegten Bescheinigungen sind zu den Durchlaßscheinsakten zu nehmen.

Abschließend wird noch auf folgendes hingewiesen:

Aus besonderen Gründen muß auf eine geregelte Steuerung des Verkehrs zwischen dem Altreich und Elsaß, Lothringen und Luxemburg ausschlaggebender Wert gelegt werden. Die Kreispolizeibehörden (Oberlandräte) sind daher gehalten, die in diesem Erlaß enthaltenen Bestimmungen genauestens zu beachten. Die mit der Ausstellung der Durchlaßscheine beauftragten Beamten haben sich unverzüglich mit dem Inhalt des Erlasses weitgehend vertraut zu machen.

Als erster Bedarf werden den Kreispolizeibehörden (Oberlandräten) von den Beschaffungsstellen je 1 000 Stück graugrüne Vordrucke für Durchlaßscheine, die unter der Bezeichnung A 88 bei der Reichsdruckerei in Berlin vorrätig gehalten werden, zugehen. Der künftige Bedarf an diesen Durchlaßscheinen ist jeweils bei der Beschaffungsstelle anzufordern, die die ersten Vordrucke übersandt hat.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Nockemann.

Abschrift



Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung.  
Dieser Erlass wird nicht in DeutschWissErziehVolksgbildg.  
veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt:

*Amatvrr.*

Verwaltungssekretär.

*Exh.*  
*Falsch, d. 14. Februar 1941*

*Dr. Prof. Dr. K.*

*D. G.*

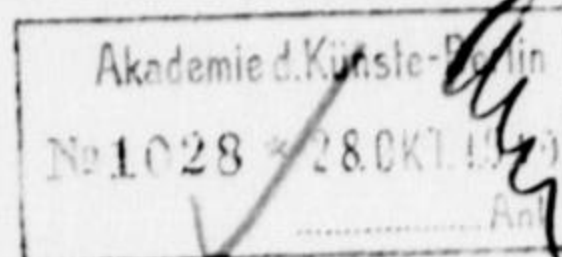
*[Signature]*

*B. G.*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 2463 (b)

Berlin W 8, den 23. Oktober 1940  
-Postfach-



Abschrift

Der Generalbevollmächtigte  
für die Reichsverwaltung  
Der Stabsleiter

Berlin, den 10. Oktober 1940

GBV. 788/40

2014

Betr. Vereinfachung der Verwaltungsarbeiten.

Die Obersten Reichsbehörden haben bereits in den ersten Kriegsmonaten durch eine Reihe von Einzelanordnungen bestimmte Verwaltungsarbeiten einstellen lassen, deren Vornahme während des Krieges entbehrlich ist. Unabhängig davon sind alle Dienststellen des Reichs, der Länder, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften gemäß Ziffer II des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Vereinfachung der Verwaltung vom 28. August 1939 (RGBl. I S. 1535) verpflichtet, Verwaltungsarbeiten, die nicht mit der Reichsverteidigung zusammenhängen, nur nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte fortzuführen, beim Fehlen ausreichender Kräfte aber einzustellen.

Der Einschränkung der Verwaltungsarbeit, die auf diesen Wegen erzielt worden ist, steht vielfach eine außerordentlich starke Mehrbelastung namentlich der unteren Verwaltungsbehörden durch neue kriegsbedingte Aufgaben gegenüber, so daß bei dem starken Abzug eingearbeiteten Personals selbst die mit der Reichsverteidigung zusammenhängenden Aufgaben nicht immer mit der gebotenen Schnelligkeit und Sorgfalt erledigt werden. Es muß auch heute noch damit gerechnet werden, daß im weiteren Verlauf des Krieges die kriegsbedingten Verwaltungsarbeiten noch an Umfang und Bedeutung zunehmen werden und daß noch weiteres Personal für Sonderaufgaben, namentlich in den besetzten Westgebieten, zur Verfügung gestellt werden muß. Es wird daher immer mehr notwendig werden, den Gang der Verwaltung möglichst einfach zu gestalten, soweit das ohne organisatorische Änderungen im Behördenaufbau, die während des Krieges grundsätzlich nicht vorgenommen werden können, möglich ist.

Zugleich im Namen des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft ordne ich daher an:

1. Sämtliche Behörden und Dienststellen haben ständig selbst zu prüfen, welche Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit von ihnen selbst getroffen werden können, insbesondere welche entbehrliche Verwaltungsarbeit eingestellt werden kann. Im Rahmen der Zuständigkeit der einzelnen Behörden sind alle zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit möglichen Maßnahmen unverzüglich von dem Behördenchef unmittelbar zu treffen. Dabei setze ich voraus, daß dies aus der allgemeinen Kenntnis der

An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen

*Prof. Dr. Akademie d. Künste, Berlin*

*G. 1*



der Verwaltungsvorgänge ohne die nachgeordneten Behörden zusätzlich belastende besondere Erhebungen und Umfragen möglich sein wird.

2. Besonderes Augenmerk ist auf die Ausschaltung von Doppelarbeit mehrerer Behörden, Dienststellen oder Organisationen auf gleichem oder verwandtem Aufgabengebiet zu richten. Dienststellen und Organisationen aller Art sind immer noch geneigt, sich bei behördlichen Entscheidungen weitergehend einzuschalten, als es die von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben sachlich unbedingt erheischen. Es ist Aufgabe jedes Behörden- und Dienststellenleiters, dafür zu sorgen, daß andere Dienststellen oder die zuständigen Organisationen nur in dem sachlich gebotenen Maß an behördlichen Entscheidungen beteiligt werden, daß aber eine darüber hinausgehende Einschaltung Dritter unterbleibt. Wenn Dienststellen oder Organisationen entsprechenden Vorstellungen unterer Verwaltungsbehörden nicht Folge leisten, haben die höheren Verwaltungsbehörden, die gemeinsam dienstvorgesetzte oder Aufsichtsbehörde über die Beteiligten sind, eventl. die Reichsstatthalter oder Oberpräsidenten notfalls die Reichsverteidigungskommissare das Erforderliche zu veranlassen.

Stehen der Durchführung von Jhnen für erforderlich gehaltenen Vereinfachungsmaßnahmen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften entgegen, so ersuche ich um kurzen Bericht mit entsprechenden Vorschlägen; soweit auch der Geschäftsbereich des Beauftragten für den Vierjahresplan oder des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft berührt wird, ist der Bericht gleichzeitig auch dorthin zu erstatten.

gez. Dr. Stuckart.

An die Reichsstatthalter,  
die Landesregierungen (außer Preußen),  
die Preußischen Ober- u. Regierungspräsidenten.  
Nachrichtlich  
die Obersten Reichsbehörden.

=====

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme und gleichmäßigen Beachtung.

Ich ersuche, bei der Durchführung von Vereinfachungsmaßnahmen Jhr besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die sorgfältige und fristgemäße Erledigung von kriegswichtigen und kriegsbedingten Verwaltungsmaßnahmen auf jeden Fall sichergestellt wird.

Dieser Erlass wird nicht in DeutschWissErziehVolksgbildg. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.



Beglaubigt

*[Signature]*  
Angestellte

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 2272

Berlin W 8, den 26. September 1940.  
Postfach

Betrifft Elsaß, Luxemburg und Lothringen.

Auf Anregung des Herrn Reichsministers des Innern ersuche ich, in Zukunft grundsätzlich nur noch die Bezeichnungen „Elsaß“, „Luxemburg“ und „Lothringen“ zu gebrauchen und die Bezeichnung „Elsaß-Lothringen“ nicht mehr zu verwenden.

Dieser Erlass wird nicht in DeutschWissErziehVolksgbildg. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Kühnhold.

Beglaubigt:

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen  
der Länder (außer Preußen),  
b) die Herren Reichsstatthalter  
in den Reichsgauen  
und in Hamburg,  
c) den Herrn Reichskommissar für die  
Saarpfalz,  
d) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preußischen Dienststellen.



*[Signature]*  
Angestellte.

H. Präs. d. Akad. d. Künste



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z III 1447/40 (b).

Berlin W 8, den 1. August 1940  
Postfach

№ 0791 1. AUG 1940

Betrifft: Reisen zur Forschungs-, Studien-, Vortrags- und  
ähnlichen Zwecken in das Generalgouvernement.

Nach dem Erlaß des Reichsführers SS. und Chefs der  
Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 4. Januar  
1940 - S I V 6 - 25/40 - 485 - bedarf es zum Überschreiten der  
Grenzen des Generalgouvernements eines besonderen Passierschei-  
nes. Der Passierschein darf an Beamte oder Angestellte des

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
(außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter in den Reichsgauen  
und in Hamburg,
- c) den Herrn Reichskommissar für die Saarpfalz,
- d) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs-  
und Preußischen Dienststellen.

Reiches

*H. Pörs. d. Akademie d. Wissenschaften  
Berlin  
München*

27



Reiches, der Länder, der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Körperschaften des öffentlichen Rechts nur erteilt werden, wenn diese aus dienstlichen Gründen in das Generalgouvernement reisen und dabei nachgewiesen wird, daß die Reise auf Veranlassung oder mit Zustimmung des zuständigen Reichsministeriums erfolgt.

Ich ersuche dafür Sorge zu tragen, daß die Bestimmungen zur Einreise in das Generalgouvernement innerhalb Ihres Geschäftsbereiches genau beachtet werden. Alle Beamten und Angestellten haben vor ihrer Einreise in das Generalgouvernement meine Genehmigung einzuholen.

Dieser Erlaß wird nicht im Amtsblatt "DeutschWissErzieh.-Volksbildg." veröffentlicht.

In Vertretung des Staatssekretärs

*Brinmuel*

*4.  
J.H.  
Berlin, d. 9. August 1940  
L. G. J. P. K.  
H.G.  
Ch*

65

2. August 1940

*August 1940*

B e s c h e i n i g u n g

Der Heizer August Gerdau ist berechtigt, Briefe an das Ausland für die Preussische Akademie der Künste - Berlin C 2, Unter den Linden 3 - zur Post zu geben.

Der Präsident

Im Auftrage

*[Signature]*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 69 g (b)

Berlin W 8, den 5. Juli 1940. 66  
Postfach

G e h e i m !

**Schnellbrief**

Akademie d. Künste Berlin  
No 0711 \* - 6. Juli 1940  
A. 11

Aus besonderem Anlaß sind die Beamten, Angestellten und  
Arbeiter sämtlicher Dienststellen in Berlin für  
Sonnabend, den 6. Juli 1940,  
für die Zeit von 12 Uhr bis 17.30 Uhr, soweit irgend möglich,  
vom Dienst zu befreien.

An diesem Tage sind alle öffentlichen Gebäude in der  
Reichshauptstadt zu beflaggen.

Ich ersuche umgehend, das Erforderliche zu veranlassen.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.



Beglaubigt:

*Blicksberg*  
Angestellte

An  
die Berliner Reichs- und Preußischen  
Dienststellen.

31



67  
21. Juni 1940

B e s c h e i n i g u n g

Der Hilfsdiener Berthold Freitag ist berech-  
tigt Briefe an das Ausland für die Preussische Akademie  
der Künste - Berlin <sup>C</sup> 2, Unter den Linden 3 - zur Post  
zu geben.

Der Präsident  
Im Auftrage



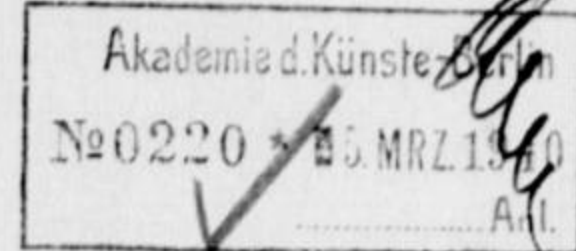
91



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 207

Berlin W 8, den 24. Februar 1940  
-Postfach-



Abschrift

Reichsministerium für Volks-  
aufklärung und Propaganda  
DP 4054/11.12.39/551-5

Berlin, den 14. Dezember 1939

Einige nachgeordnete Behörden sowie Dienststellen und Organisationen usw. haben in letzter Zeit den Zeitschriftenbezug mit der Begründung der Sparnotwendigkeit gekündigt. Derartige Maßnahmen schmälern die in der Kriegszeit an sich schon knappe wirtschaftliche Basis der Fachzeitschriften. Es ist aber gerade jetzt sehr notwendig, daß die Fachzeitschriften als Mittler zur in- und ausländischen Leserschaft ihre Arbeit im Dienste des Staates und der fachlichen Aufklärung planmäßig fortsetzen können. Die Zeitschriften sind außerdem ein wichtiges Bindeglied zwischen den einzelnen Behörden und Dienststellen der berufsständischen Selbstverwaltung und der Bevölkerung.

Aus diesem Grunde bitte ich, Ihre nachgeordneten Dienststellen sowie die Ihnen unterstellten Organisationen und berufsständischen Gruppen davon in Kenntnis zu setzen, daß die Kündigung des Fachzeitschriftenbezuges nicht im öffentlichen Interesse liegt.

Jm Auftrag  
gez. Fritzsche.

An alle obersten Reichsbehörden.

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme.  
Ich ersuche um Beachtung, soweit es die finanziellen Rücksichten zulassen.

Fachzeitschriften durften auch vor dem Kriege nur im Rahmen der dienstlichen Notwendigkeit bezogen werden. Mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren ständig geforderte Einschränkung der Ausgaben für Geschäftsbedürfnisse nehme ich daher an, daß aus Anlaß der jetzt in der Kriegszeit allgemein durchgeführten Kürzung der sächlichen Ausgabefonds eine Kündigung des Fachzeitschriftenbezugs nur in verhältnismäßig geringem Umfang notwendig geworden ist.

An

Der

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Reichsstatthalter der Reichsgaue,
- c) den Herrn Reichskommissar für das Saarland,
- d) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen

Präsident des Akademie d. Künste, Berlin

Gy,



Der Bezug wissenschaftlicher Zeitschriften durch die  
wissenschaftlichen Bibliotheken ist durch meinen Runderlaß  
vom 6. Januar 1940 - W E 3935/39 - besonders geregelt.  
Dieser Erlaß wird nicht in DeutschWissErziehVolksg. bildg.  
veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt

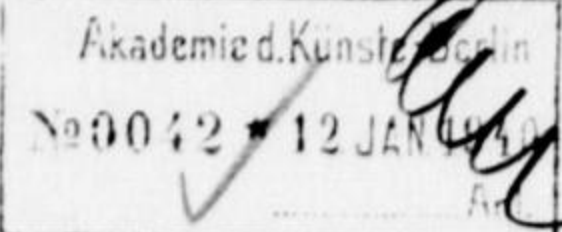
*Q. Bruch*  
Angestellte

*2*  
*1. h.*  
*Berlin, den 6. März 1940*  
*Dr. Frick*  
*h. h.*  
*Alte*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 3974/39

Berlin W 8, den 4. Januar 1940.  
Postfach



A b s c h r i f t .

Reichsministerium  
für Volksaufklärung  
und Propaganda

Berlin W 8, den 27. Dezember 1939  
Wilhelmplatz 8/9

DP 4094/2.9.39/37-45, 12.

An  
alle Obersten Reichsbehörden.

Es besteht Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß kei-

## Preussische Staatsbibliothek Berlin

Benutzung der Staatsbibliothek durch Behörden und Dienststellen der NSDAP

Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sowie Dienststellen der NSDAP erhalten zur Benutzung der Staatsbibliothek, sofern es sich um Entleihung von Büchern zu dienstlichem Gebrauch handelt, eine gebührenfreie Leihkarte.

Die Leihkarte wird vom laufenden Monat an auf ein halbes oder ganzes Jahr ausgestellt.

Der Antrag auf Ausstellung einer Leihkarte hat die eigenhändigen Unterschriften der zeichnungsberechtigten Personen, deren Höchstzahl drei beträgt, und den Stempel der Behörde oder Dienststelle zu enthalten. Die Leihkarte ist mit dem gleichen Stempel und den gleichen Unterschriften zu versehen. Leihkarte und Bestellscheine müssen in Stempelung und einer Unterschrift übereinstimmen. Auf den Bestellscheinen ist außerdem an den bezeichneten Stellen die Nummer der Leihkarte anzugeben, da die Ausgabe und Rückgabe der Bücher nach der Nummer der Leihkarte erfolgen.

Neben der Leihkarte können auf den Namen einzelner Personen Lesesaalkarten ausgestellt werden.



Verwaltungsassistent.

An  
die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
(außer Preußen),  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preussischen Dienststellen.  
H. Präs.d.Akad. d. Künste

*Witten*  
*Verwaltungsassistent.*  
*Dr. H. Janow*  
*H. Lipp*  
*Alu*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 9. Dezember 1939  
-Postfach-

Z II a 3736 (a)

Betrifft Neujahrsglückwünsche.

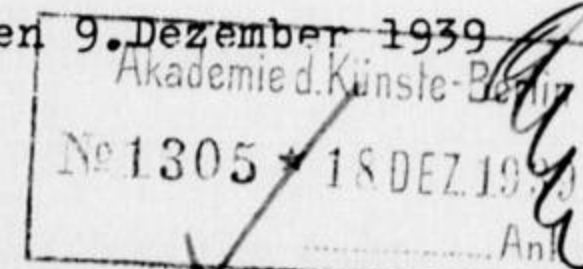
Der Führer hat laut Mitteilung des Herrn Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei nach Vortrag angeordnet, daß in diesem Jahr der Austausch aller Glückwünsche zu Weihnachten und Neujahr, die lediglich auf dienstliche Beziehungen zurückgehen, zu unterbleiben habe. Die mit den Massenglückwünschen zu Weihnachten und Neujahr verbundene Belastung der leitenden Persönlichkeiten in Partei und Staat, ihrer Büros und Kanzleien und die Aufwendung nicht unerheblicher Mittel dafür ist in dieser Zeit nicht zu verantworten. Die dafür sonst aufgewandten

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen

H. Prof. Dr. Meiering & Kumpke  
Berlin

921



Dr. H. Meiering  
Berlin, den 11. Dezember 1939  
H. Prof. Dr.  
Kumpke  
Ant



In Vertretung

Sam Taylor

Im Auftrage

Jm Aufrage

Fräulein Ewerlien

n *Eno. 19/12*

John Geo. Ford bought all 29 H. '18  
myself - 1-19

47



Preussische Akademie der Künste

*Geheimer*

Änderung in der Verteilung  
der Arbeitspensen

Die Bearbeitung der Angelegenheiten der akademi-  
schen Meisterateliers und Meisterschulen wird hiermit von  
dem Arbeitspensum des Akademie-Inspektors Wahn vorläufig  
auf das des Akademie-Oberinspektors Körber übertragen.

Berlin, den 14. Dezember 1939

Der Präsident

Im Auftrage

*Alte*

Zur Kenntnisnahme vorzulegen:

*Gm v. Woyt*  
Herrn Oberinsp. Körber

*G. J. A. Kump*

" Jnsp. Wahn

Frl. Ewerlien



ab 12 X  
am 16. 12. 39 P.

Preußische Akademie der Künste

Berlin C 2, den 14. Dezember 1939  
Unter den Linden 3

An  
die Vorsteher der Meisterateliers  
und Meisterschulen

Sehr verehrter Herr Professor ,

aus dienstlichen Gründen hat der Unterzeichnete angeordnet, daß die Bearbeitung der Angelegenheiten der akademischen Meisterateliers und Meisterschulen im Büro unserer Akademie nicht mehr von dem Akademie-Jnspektor Wahn vorgenommen wird. Sie ist vorläufig dem Akademie-Oberinspektor K ö r b e r übertragen worden .

Heil Hitler !

Der Präsident

Im Auftrage

*Allen*

gesehen  
*Kampff*

G 1



Preußische Akademie der Künste

Berlin C 2, den 20. November 1939  
Unter den Linden

U m l a u f

bei allen Beamten  
Angestellten  
und Lohnempfängern

Laut Anordnung des Führers ist unter den derzeitigen  
Verhältnissen

der Bußtag, 22. November  
auf Sonntag, den 26. November verlegt worden.  
Der Dienstbetrieb findet am Mittwoch, den 22. November  
wie an den bisherigen Wochentagen statt.

Kenntnis genommen :

*Quintapp 20.11.*

<i>H. 21.11.</i>	<i>Dübel</i>	<i>Poplowski 21.11.</i>
<i>M. 21.11.39.</i>	<i>Leusch</i>	<i>Rubin 21.11.</i>
<i>M. 21.11.39.</i>	<i>Gerdin</i>	<i>Wolpert 21.11.</i>
<i>M. 21.11.39.</i>	<i>Walter</i>	
<i>Fi 21.11.39.</i>	<i>Reithmann</i>	
<i>21.11.39.</i>	<i>Gerdin</i>	
<i>21.11.39.</i>	<i>Lawalier 21.11.</i>	
<i>21.11.39.</i>	<i>Walter 21.11.</i>	

*Grub*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 2995

76  
Berlin W8, den 18. September 1939  
Postfach

Der Reichsminister für Volks-  
aufklärung und Propaganda  
R 1430/8.9.

Abschrift

Berlin W8, den 11. September 1939

Betrifft: Rundfunkverordnung.

*Auf Vorlage  
Erz. u. Prop.  
Hiro 2/1.*  
Die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1683) sieht in § 3 vor, daß ihre Bestimmungen nicht für Handlungen gelten, die in Ausübung des Dienstes vorgenommen werden. Bei der Bedeutung und Tragweite der Verordnung scheint es mir notwendig, von vornherein jeder Unklarheit darüber vorzubeugen, wann eine in Ausübung des Dienstes vorgenommene Handlung vorliegt. Es muß klar- gestellt werden, daß nur derjenige die Bestimmung des § 3 auf sich beziehen darf, der einen ausdrücklichen Auftrag zum Abhören ausländischer Sender und zur Übermittlung von Mitteilun- gen solcher Sender erhalten hat. Es scheint mir notwendig, alle Dienststellen der Partei, des Staates und der Wehrmacht darüber aufzuklären, und ich wäre dankbar, wenn in Ihrem Ge- schäftsbereich das Erforderliche sofort veranlaßt würde.  
Heil Hitler!

gez. Dr. Goebbels.

An die Obersten Reichsbehörden.

Abschrift zur Kenntnisnahme.  
Dieser Runderlaß wird nicht in DeutschWissErziehVolksbildg.  
veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt:

*K. K. K.*

Verwaltungs-  
assistent.

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
- außer Preußen -,
  - b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Wenden!

*G. J. Gräp. v. K. v. K.*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 2995

Berlin W8, den 18. September 1939  
Postfach

Der Reichsminister für Volks-  
aufklärung und Propaganda  
R 1430/8.9.

Abschrift

Berlin W8, den 11. September 1939

Betrifft: Rundfunkverordnung.

*Auf Vorlage  
Einschreiben  
Hiro 2/1.*

Die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1683) sieht in § 3 vor, daß ihre Bestimmungen nicht für Handlungen gelten, die in Ausübung des Dienstes vorgenommen werden. Bei der Bedeutung und Tragweite der Verordnung scheint es mir notwendig, von vornherein jeder Unklarheit darüber vorzubeugen, wann eine in Ausübung des Dienstes vorgenommene Handlung vorliegt. Es muß klar- gestellt werden, daß nur derjenige die Bestimmung des § 3 auf sich beziehen darf, der einen ausdrücklichen Auftrag zum Abhören ausländischer Sender und zur Übermittlung von Mitteilun- gen solcher Sender erhalten hat. Es scheint mir notwendig, alle Dienststellen der Partei, des Staates und der Wehrmacht darüber aufzuklären, und ich wäre dankbar, wenn in Ihrem Ge- schäftsbereich das Erforderliche sofort veranlaßt würde.

Heil Hitler!

gez. Dr. Goebbels.

An die Obersten Reichsbehörden.

Abschrift zur Kenntnisnahme.  
Dieser Runderlaß wird nicht in DeutschWissErziehVolksbildg.  
veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt:

*Handwritten signature*

Verwaltungs-  
assistent.

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
- außer Preußen -,
  - b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Wenden!

*Gy 1 J. Gräp. O. v. v. Künster*



U m l a u f

1) Zur Kenntnisnahme bei

Körber

Wahn

Streiter

Hedderich

Meilinger

Fischer

Poplawski

Ewerlien

Danneberg

Rubin

Walter

Rathmann

Ulrich

Gerdau

Döbel

Drawitz

Lindenblatt

von Wolfurt

2) Zur Registratur

Berlin, den 3. Oktober

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 2383.

Berlin W 8, den 7. Juli 1939  
Postfach

Die in London erscheinende Zeitschrift "Friends of Europe" (Published by Friends of Europe, 122, St. Stephen's House, Westminster, London, S.W.1; Printed by Nuneaton Newspapers, Ltd., Bond Gate, Nuneaton) ist wegen ihrer deutschfeindlichen und bolschewistischen Einstellung seit dem 4. Januar 1938 für das Reichsgebiet verboten.

In letzter Zeit richtet die Vereinigung "Friends of Europe" Rundschreiben an die verschiedensten Dienststellen im Reich, um mit der typisch englischen Heuchelei deutsche Bücher und Zeitschriften gratis zu bekommen und sie dann zu antideutscher Hetze zu verwerten.

Diese Mitteilung des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda gebe ich allen meinen Dienststellen zur Beachtung und mit dem Ersuchen bekannt, mir gegebenenfalls unverzüglich Meldung zu machen.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. Kühnhold.



Beglaubigt:

Verwaltungssekretär

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

Preis. v. Akad. v. Leipzig  
gen. C 2.

U. Bee. d. U. F. M.  
Joh.  
P. Pr.  
R.  
Auer

Berlin, d. 14. Okt. 1939  
H. Frick  
Auer



----- 31. Juli 1939  
----- 16 0414  
C 2, Unter den Linden 3

ab 1/2

Die unter dem 2. Januar 1934 dem Oberinspektor  
Willy R u l f erteilte Postvollmacht wird hiermit  
widerrufen, da Rulf infolge Versetzung aus dem Büro  
der Akademie ausgeschieden ist. Wir bitten daher das  
Karteiblatt entsprechend zu berichtigen.

(L.f.)

Der Präsident  
Im Auftrage



An das  
Postamt  
B e r l i n C 2



Zum  
Aufkleben  
der  
Stempelmarke

# Vollmacht

Berlin C 2, den 25. Juli 1939

Kraft nachstehender, der Deutschen Reichspost gegenüber abgegebenen Erklärung bevollmächtigt **t** Unterzeichneter hierdurch **Hans Martin**

(Vor- und Zuname,  
Stand, Wohnung der  
Bevollmächtigten)

1. **den Akademieinspektor W a h n**

2. **Berlin-Schöneberg, Wartburgstr. 12**

~~jeden für sich~~

a) ~~für unbefristete Zeitdauer~~ bis auf Widerruf

b) ~~für den Zeitraum von~~ 19

~~bis~~ 19

alle bei der Postanstalt **in** für:

**die Preussische Akademie der Künste mit sämtlichen  
Stiftungen, für den Präsidenten der Akademie sowie  
die Kasse**

in **Berlin C 2, Unter den Linden 3**

eingehenden gewöhnlichen Brieffsendungen jeder Art, Paketkarten zu gewöhnlichen Paketen und die Pakete selbst, Ablieferungsscheine oder Paketkarten zu Einschreibsendungen, Wertbriefen und Wertpaketen, sowie Postanweisungen, Zahlungsanweisungen der Postfachämter und Anlagen der Postaufträge zur Geldeinzahlung und der Postprotestaufträge in Empfang zu nehmen sowie den Empfang der Sendungen selbst und der baren Geldbeträge vollgültig zu bescheinigen.

Die Sendungen usw. sollen an **den** Bevollmächtigten **in der Wohnung** zur Zeit **Berlin C 2, Unter den Linden 3** abgegeben werden.

~~Für den Fall meines Ablebens soll die Vollmacht so lange gelten, bis sie von meinen Erben widerrufen wird.~~

**Preussische Akademie der Künste**

**Der Präsident**

**Im Auftrage**  
Berlin C 2, den 25. Juli 1939

Daß Herr

vorstehende Vollmacht eigenhändig unterschrieben hat, wird unter Beidrückung des Dienststempels beglaubigt.

Die vorstehende Unterschrift des Vollmachtgebers ist dem Unterzeichneten genau bekannt, eine Beglaubigung ist daher nicht nötig.

den 19

Post

Bitte Rückseite beachten.

C 141 zu 2 Din A3, 6c 60  
v. 1. 1. 39

(Vor- und Zuname,  
Stand, Wohnung des  
Vollmachtgebers —  
bei Firmen usw.:  
ordnungsmäßige Zeich-  
nung der Firma und  
Abdruck des Siegels  
oder Firmenstempels)

Seitrand



### Bemerkungen

1. Ob zu den Vollmachten und den Beglaubigungen ein Stempel verwendet werden muß, richtet sich nach den Landesgesetzen.

Im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes (preussisches Staatsgebiet ausschließlich der Hohenzollerischen Lande und der Insel Helgoland) sind die Vollmachten stempelpflichtig. Die Beglaubigung der Unterschrift ist stempelfrei. Der Vollmachtstempel ist im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes durch die Steuerbehörden und Stempelverteiler oder durch die Postanstalten zu entwerfen, wenn der Vollmachtgeber nicht selbst zur Entwertung berechtigt ist. Beglaubigt ein Notar die Unterschrift, so ist auch dieser befugt, den Vollmachtstempel zu verwenden und zu entwerten. Die Verstempelung muß spätestens binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung der Vollmacht erfolgen. Wird diese Frist veräumt, so tritt die gesetzliche Strafe ein (§ 17 des Stempelsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1924, Preussische Gesetzsammlung S. 627).

2. Postvollmacht kann im allgemeinen nur an wirkliche (physische) Personen, nicht aber an Firmen erteilt werden. Werden mehrere Personen gleichzeitig bevollmächtigt, so ist anzugeben, ob sie gemeinschaftlich oder jede für sich zur Empfangnahme usw. berechtigt sein sollen. Die Bevollmächtigung mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen Empfangnahme usw. ist nur dann zulässig, wenn der Empfänger Abholungserklärung hinterlegt hat oder sicherstellt, daß die Bevollmächtigten von den Zustellern in demselben Raume zusammen angetroffen werden.

Im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes wird zu einer Vollmacht, durch die jemand mehrere Personen in der Weise bevollmächtigt, daß jede einzelne für sich zur Empfangnahme von Postsendungen berechtigt sein soll, der Vollmachtstempel so oft erhoben, als einzelne Bevollmächtigte vorhanden sind. Werden gleichzeitig mehrere Personen in der Weise bevollmächtigt, daß je zwei oder mehrere von ihnen gemeinschaftlich zur Empfangnahme von Postsendungen berechtigt sein sollen, so wird der Vollmachtstempel so oft erhoben, als Vollmachtsverhältnisse, jedoch nicht öfter als bevollmächtigte Personen vorhanden sind.

3. Eingetragene Firmen haben als Anschrift den

#### Wortlaut der handelsgerichtlichen Eintragung

der Firma anzugeben.

4. Vollmachten minderjähriger Personen gelten nur, wenn sie von dem Inhaber der elterlichen Gewalt (gegebenenfalls unter Zuziehung des etwa gerichtlich bestellten Beistands) oder von dem Vormund und, falls ein Gegenvormund bestellt ist, auch von diesem vollzogen werden.
5. Die Beglaubigung der Unterschrift muß, wenn sie erforderlich ist, von einem zur Führung eines amtlichen Siegels berechtigten Beamten oder von einer zur Führung eines Siegels berechtigten Handelskammer oder Handwerkskammer unter Beidrückung des Siegels vorgenommen werden. Der Beglaubigungsvermerk einer Handelskammer usw. muß unter ihrem Namen von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter vollzogen sein; als Stellvertreter des Vorsitzenden kann auch der von der Handelskammer bezeichnete geschäftsführende Beamte (Handelskammersekretär) den Beglaubigungsvermerk vollziehen. Postbeamte sind zur Beglaubigung nicht befugt. Handzeichen von Personen, die nicht schreiben können oder durch körperliche Gebrechen verhindert sind, sind gerichtlich oder notariell zu beglaubigen. In der Beglaubigung der Unterschrift sind Vor- und Zuname und Stand der Personen anzugeben, die die Vollmacht unterzeichnet haben; die bloße Wiederholung der Firma genügt nicht.
6. Das Erlöschen einer Postvollmacht ist der Zustellpostanstalt sofort mitzuteilen. Zur Aufhebung einer Vollmacht sind außer dem Vollmachtgeber etwaige Mitinhaber oder Prokuristen der Firma, deren Rechtsnachfolger und im Falle des Todes die Erben des Vollmachtgebers berechtigt.

Die Streichung des Schlusssatzes der Vollmacht »Für den Fall meines Ablebens usw.« ist zulässig, wenn die Vollmacht von einer Gesellschafts-firma, einer Genossenschaft oder einem Verein ausgeht. Ist dagegen der Vollmachtgeber eine Einzelfirma oder Einzelperson, so darf der Schlusssatz nicht gestrichen werden.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 2303

Berlin W 8, den 28. Juni 1939  
-Postfach-

Akademie d. Künste

0666

6. JUL. 1939

Betrifft: Papiereinsparung.

Mit der aus Gründen des Vierjahresplans notwendigen Papierersparung läßt es sich nicht vereinbaren, wenn behördliche Stellen immer noch überflüssige Fest- und Denkschriften oder Erfolgs- und Rechenschaftsberichte versenden, die zu lesen niemand Zeit hat. Ich ersuche, diesem nutzlosen Aufwand an Arbeit und Papier entgegenzutreten und darauf hinzuwirken, daß die Vervielfältigung und Versendung überflüssiger Fest- und Denkschriften usw. unterbleibt.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.

Beglaubigt:



*[Signature]*  
Verwaltungssekretär.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen),
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preussischen Dienststellen.

H. Präs. d. Akad. d. Künste

*[Handwritten mark]*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 50 g

Berlin W 8, den 1. Juni 1939  
-Postfach-

Vertraulich!

Abschrift.

Der Reichsminister des Innern

I Abw. 46/39  
6130

Berlin, den 12. Mai 1939  
NW 40, Königsplatz 6

Akademie der Künste

№ 0572 4-8 JUN 1939

Betrifft: Verschlußsachenverkehr.

Nach Mitteilung des Herrn Reichspostministers ist beobachtet worden, daß bereits verwendete Briefumschläge nochmals zur Versendung von Verschlußsachen benutzt worden sind. Dies ist bei Versendung von Verschlußsachen durch die Post nicht angebracht, weil sich an derartigen Umschlägen Spuren einer etwaigen unbefugten Öffnung schwer oder überhaupt nicht erkennen lassen.

Auch die Verwendung von Klebestreifen, die von einigen Dienststellen über die Verschlußklappenränder der Briefe und Umschläge geklebt werden, ist untunlich, weil hierdurch in einigen Fällen die irrige Vermutung erweckt wurde, daß derartige Briefe unbefugt geöffnet und nachträglich auf diese Weise wieder verschlossen worden sind.

Ich bitte, die in Betracht kommenden Dienststellen Ihres Geschäftsbereichs entsprechend zu verständigen.

Im Auftrag

Unterschrift.

An die Herren Reichsminister.

Abschrift zur Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. K u n i s c h.

An

die Herren Vorsteher der  
nachgeordneten Reichs- und  
Preussischen Dienststellen.

H. Präs. d. Akad. d. Künste



Beglaubigt:

Ministerialkanzlei-  
obersekretär.

*Handwritten notes and signatures:*  
Berlin, 12. Juni 1939  
H. K. K. K.  
K. K. K.  
K. K. K.



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 1691 (b)

Berlin W 8, den 20. Mai 1939  
-Postfach-

Abschrift

Akademie d. Künste

0517 25. MAI 1939

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 26. April 1939

VI c 6346/39 II  
5024

Es besteht noch vielfach Unklarheit darüber, wie die unter Mandatsverwaltung stehenden deutschen Kolonien zu bezeichnen sind. Noch immer werden in amtlichen Schriftstücken, in Kartenwerken, in der Presse und in der kolonialen Literatur Wendungen wie "frühere" oder "ehemalige" deutsche Kolonien oder "früherer (ehemaliger) deutscher Kolonialbesitz", "ehemaliges Deutsch-Südwestafrika" usw. gebraucht. Hierdurch könnte der Eindruck erweckt werden - vor allem, wenn solche Wendungen amtlich oder halbamtlich gebraucht werden - als ob deutscherseits endgültig auf die Kolonien verzichtet worden sei. Ein solcher Eindruck muß aber unbedingt vermieden werden, da er nicht der deutschen Auffassung von der Rechtsnatur des Mandatssystems entspricht.

Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt bitte ich daher, Sorge zu tragen, daß in Zukunft Wendungen wie "frühere" oder "ehemalige" deutsche Kolonien u.ä. nicht mehr gebraucht werden und statt dessen Ausdrücke Verwendung finden, die eindeutig den Standpunkt erkennen lassen, daß Deutschland seine z.Zt. unter Mandatsverwaltung stehenden Kolonien nach wie vor als sein Eigentum betrachtet. In diesem Sinne wäre von "deutschen Kolonien unter Mandatsverwaltung", von "deutschen unter Mandatsverwaltung stehenden Kolonien", von "deutschem Kolonialbesitz unter Mandatsverwaltung" und z.B. von "Deutsch-Südwestafrika unter (südafrikanischer) Mandatsverwaltung", "Deutsch-Ostafrika unter (britischer) Mandatsverwaltung", "Kamerun unter französischer Mandatsverwaltung" usw. zu sprechen und zu schreiben, soweit ein solcher Zusatz nicht überhaupt entbehrlich ist. Letzteres wird allgemein der Fall sein im Schriftwechsel deutscher Behörden und in der kolonialen Literatur.

Bei Kartenwerken wäre darüber hinaus auch im Kolorit nicht das Mandatsverhältnis oder gar ein Zugehörigkeitsverhältnis zu angrenzenden Besitzungen der Mandatare zum Ausdruck zu

bringen.

An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preußischen Dienststellen.

H. Präsidenten d. Akademie d. Künste, Berlin

841



bringen. Es muß vielmehr durch ein als "deutsch" auf der Karte erklärtes oder zu erkennendes Kolorit die oben erwähnte Auffassung von der deutschen Eigentümerschaft unterstrichen werden.

In den Bekanntmachungen im Reichsgesetzblatt wird bereits stets eine Formulierung gebraucht, die erkennen läßt, daß die betreffende Mandatsmacht das Mandatsgebiet nur verwaltet.

In Vertretung  
gez. Pfundtner.

- An a) die Obersten Reichsbehörden,  
b) die Herren Reichsstatthalter,  
c) die Landesregierungen,  
d) die Herren Oberpräsidenten,  
e) die dem Reichsministerium des Innern nachgeordneten Behörden.

=====  
Abschrift übersende ich zur gleichmäßigen Beachtung.  
Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.



Beglaubigt

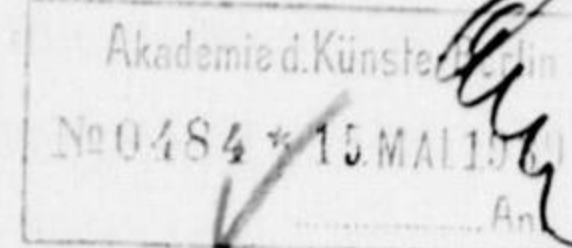
*[Signature]*  
Verwaltungssekretär.

*[Signature]*  
Berlin, den 7. Juni 1939  
H. Präsidat

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 1141

Berlin W 8, den 8. Mai 1939  
-Postfach-



Abschrift

Der Reichsminister für  
Volksaufklärung und Pro-  
paganda  
IC 1410/7.3.

Berlin W 8, den 17. März 1939

Betr. Organisation des deutschen Fremdenverkehrs.

Durch Erlass des Führers vom 27. Januar 1939 ist Staatsminister a.D. Hermann Esser zum Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ernannt worden. Er führt in dieser Eigenschaft seine Aufgaben als Leiter des deutschen Fremdenverkehrs fort. Staatssekretär Esser ist auch weiterhin geschäftsführender Präsident des Reichsausschusses für Fremdenverkehr und Präsident des Reichsfremdenverkehrsverbandes öffentlich-rechtliche Körperschaft des Reichs.

Zur Durchführung seiner Aufgaben in der Leitung und Förderung des deutschen Fremdenverkehrs ist eine neue Abteilung XII Fremdenverkehr in meinem Ministerium gebildet worden. Leiter der Abteilung ist Ministerialrat Dr. Mahlo.

Der Reichsausschuß für Fremdenverkehr als die durch Reichsgesetz vom 23. Juni 1933 gebildete Vereinigung von Vertretern der am Fremdenverkehr interessierten Reichsministerien, Länderregierungen und zentralen Organisationen besteht in der bisherigen Form und Zusammensetzung weiter. Ehrenamtlicher Geschäftsführer bleibt auch fernerhin Ministerialrat Dr. Mahlo. Die Abteilung XII meines Ministeriums hat jedoch die Arbeiten übernommen, die bisher von der Geschäftsstelle des Reichsausschusses für Fremdenverkehr erledigt worden sind. Eine besondere Dienststelle des Reichsausschusses besteht also nicht mehr. Auch die technischen Aufgaben der Vorbereitung von Tagungen usw. werden im Ministerium wahrgenommen.

Es wird gebeten, allen für den Reichsausschuß für Fremdenverkehr bestimmten Schreiben nunmehr folgende Anschrift zu geben:

An den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung  
und Propaganda, Berlin W 8, Wilhelmplatz 8/9.  
Die Diensträume der Abteilung XII befinden sich bis auf  
weiteres Berlin W 8, Behrenstr. 14/16. Fernmündlich ist die Ab-  
teilung

An

die Herren Vorsteher der nachge-  
ordneten Reichs- und preußischen  
Dienststellen.

H. Präsidenten d. Akademie d. Künste, Berlin



teilung unter der Nummer des Ministeriums 11 00 14 zu erreichen.

Die Anschrift des Staatssekretärs Esser lautet: Berlin W 8, Behrenstr. 14/16. Die Anschrift des Präsidenten des Reichsfremdenverkehrsverbandes ist auch fernerhin Berlin W 9, Potsdamer Platz 1.

Ich bitte, von diesen Änderungen Kenntnis zu nehmen und wäre dankbar, wenn die Dienststellen des dortigen Geschäftsbereichs baldigst davon unterrichtet würden. Abdrücke dieses Schreibens stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Jm Auftrag  
Unterschrift.

An die Obersten Reichsbehörden,  
die Landesregierungen.

Abschrift übersende ich zur Beachtung.  
Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Jm Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt

*Amatorr.*  
Verwaltungssekretär.

*1. Zins hky not. P.*  
*2. Jph.*  
*Berlin, d. 11. Mai 1939*  
*H. Präp. hnt*  
*J. h.*  
*Am*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 929

Berlin W8, den 21. April 1939  
Postfach

Akademie der Künste

No 0427 22. Mai 1939

Abschrift

Der Reichsminister des Innern Berlin, den 6. März 1939  
II SB 5482/38 - 6181 a.

Betrifft: Bekanntgabe von Akten an Dienststellen der NSDAP  
und ihrer Gliederungen.

Der Stellvertreter des Führers hat gebeten, ihm alle Fälle einer Aktenanforderung durch Dienststellen der Partei oder ihrer Gliederungen zur Kenntnis- oder Stellungnahme vorzulegen, in denen begründete Zweifel daran bestehen, daß die Akten lediglich für dienstliche Zwecke erbeten werden.

In Vertretung  
gez. Pfundtner.

An die Obersten Reichsbehörden, den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten und den Herrn Preußischen Finanzminister.

Abschrift zur Beachtung.  
Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.

Beglaubigt:



*Verwaltungssekretär.*

- An
- die Unterrichtsverwaltungen der Länder - außer Preußen -,
  - die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen.

*1. Jph.*  
*Berlin d. 9. Mai 1939*  
*H. Präp. hnt*  
*J. h.*  
*Am*

*G-1*

*J. Präp. d. Akten. d. P. hnt*



Preussische Akademie der Künste

Berlin C 2, den 26. April 1939  
Unter den Linden 3

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda findet am F r e i t a g, dem 28. April 1939 in der Zeit von 12 bis 13<sup>30</sup> Uhr Gemeinschaftsempfang der Führerrede im Reichstag statt. Die Gefolgschaftsmitglieder versammeln sich zur Anhörung der Rede in der Bibliothek der Akademie.

Der Gefolgschaft zur Kenntnisnahme:

- |           |                     |             |                    |
|-----------|---------------------|-------------|--------------------|
| Körber    | <i>Körber</i>       | Döbel       | <i>Döbel</i>       |
| Wahn      | <i>Wahn</i>         | Drawitz     |                    |
| Streiter  | <i>Streiter</i>     | Lindenblatt | <i>Lindenblatt</i> |
| Hedderich | <i>gel. 26.4.39</i> | Rathmann    | <i>Rathmann</i>    |
| Fischer   | <i>gel. 26.4.39</i> | Freitag     | <i>Freitag</i>     |
| Meilinger | <i>gel. 26.4.39</i> | Nittritz    |                    |
| Poplawski | <i>gel. 26.4.39</i> | Berendt     | <i>Berendt</i>     |
| Ewerlien  | <i>Ewerlien</i>     | Buchwald    | <i>Buchwald</i>    |
| Danneberg | <i>Danneberg</i>    |             |                    |
| Rubin     | <i>R. 26.4.39</i>   |             |                    |
| Walter    | <i>Walter</i>       |             |                    |
| Stolzmann | <i>St.</i>          |             |                    |
| Ulrich    | <i>Ulrich</i>       |             |                    |
| Gerdau    | <i>Gerdau</i>       |             |                    |
| Wachtel   | <i>E. Wachtel</i>   |             |                    |

*F.A.  
M. Ammerlaan*



Preussische Akademie der Künste

Berlin C 2, den 6. April 1939  
Unter den Linden 3

Auf Grund der Verordnung über die Arbeitszeit der  
Beamten vom 13. Mai 1938 ist der Tag vor Ostern dienst-  
frei.

Zum Umlauf bei:

- Körber *Körber*
- Wahn *Wahn*
- Streiter *Streiter*
- Hedderich *Hedderich*
- Meilinger *Meilinger*
- Fischer *Fischer*
- Poplawski *Poplawski 6.4.*
- Ewerlien *Ewerlien*
- Danneberg *Danneberg*
- Rubin *Rubin*
- Walter *Walter*
- Stolzmann *Stolzmann*
- Ulrich *Ulrich*
- Gerdau *Gerdau*
- Döbel *Döbel*
- Drauzitz *Drauzitz*
- Lindenblatt *Lindenblatt*

*Antf.*

*G 1*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 599. K.E

87  
Berlin W 8, den 24. Februar 1939.  
-Postfach-

Abschrift

Ministerpräsident Generalfeldmarschall  
G ö r i n g  
Beauftragter für den Vierjahresplan.  
St.M.Dev.1240

Berlin, den 13. Februar 1939.

Schnellbrief !

Betr. Sicherstellung von Räumen für Getreidelagerung.

Jch habe im vergangenen Jahr alles daran gesetzt, um durch frühzeitige Einfuhr die Getreidereserven des deutschen Volkes auf die erforderliche Höhe zu bringen. Die hervorragende Ernte des vergangenen Jahres hat diese Bemühungen unterstützt, so daß wir heute Getreidevorräte besitzen, die für absehbare Zeit jeden Mangel ausschließen.

Leider konnten im vergangenen Jahr wegen der bekannten außenpolitisch vordringlichen Arbeiten aber die erforderlichen Speicherräume für das Getreide noch nicht hergestellt werden. Jch habe deshalb durch meine Anordnung vom 10. August 1938 - Deutscher Reichsanzeiger Nr. 186 - die Reichsstelle für Getreide ermächtigt, alle geeigneten Räume ohne Rücksicht auf ihre sonstige Bestimmung für die Lagerung von Getreide in Anspruch zu nehmen. Dadurch ist es gelungen, bis jetzt die Unterbringung befriedigend zu lösen.

Nach Abschluß der Tschechenkrise habe ich als vordringlichste Aufgabe die beschleunigte Fertigstellung von neuem Lagerraum angeordnet. Diese Arbeiten sind im Gange, sie werden jedoch erst von Mitte des Jahres 1939 ab eine fühlbare Entlastung bringen. Es wird infolgedessen einstweilen noch nicht

An

möglich

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (einschl. Österreich),  
den Herrn Reichsstatthalter (Staatsverwaltung) in Hamburg,  
den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,  
den Herrn Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete,
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen.

H.Präs.d.Akademie d.Künste, Berlin

*Handwritten notes and signatures:*  
Jch.  
Berlin, den 14. März 1939  
H. Präsid.  
J. G.  
Gm



möglich sein, die bisherige Beschlagnahme zu lockern. Darüber hinaus werden in den nächsten Monaten noch weitere Lagerräume vorübergehend gebraucht werden, weil es nötig wird, weitere erhebliche Mengen an Inlandgetreide aufzunehmen und damit endgültig der Verfütterung und dem Verderb zu entziehen.

Die Lage erfordert raschestes Handeln. Der Herr Reichsernährungsminister und die ihm unterstehende Reichsstelle für Getreide wird deshalb in nächster Zeit nicht umhin können, auch Räume in Anspruch zu nehmen, die von örtlichen Stellen für andere wichtige Zwecke benutzt werden sollten. Ich würdige die Bedenken, die von den Dienststellen des Staates und der Partei häufig gegen solche Beschlagnahme vorgebracht werden. Die gebotene Eile schließt aber die gewünschte vorherige Herstellung des Einverständnisses aus. Ich bin überzeugt, daß alle Stellen Verständnis dafür haben, daß wir unser kostbarstes Gut, das tägliche Brot, nicht verkommen lassen können, und bitte deshalb, sich für einige Monate mit der geschilderten Sachlage abzufinden und von Einzelvorstellungen bei mir oder bei dem Herrn Ernährungsminister abzusehen.

Ihren unterstellten Dienststellen bitte ich, die maßgebenden Gesichtspunkte mitzuteilen.

gez. G ö r i n g .

- An a) den Stellvertreter des Führers,  
b) die übrigen Herren Reichsminister,  
c) die Gauleiter der NSDAP.,  
d) die Reichsstatthalter,  
e) die Oberpräsidenten,  
f) die Deutsche Arbeitsfront.

Abschrift übersende ich Kenntnis.  
Ich erwarte, daß Räume meiner Verwaltung, sofern sie für die vorläufige Unterbringung der Getreidevorräte benötigt werden, ohne weiteres zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Jm Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt

Verwaltungssekretär.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

V a 418.

Der Reichsminister  
für Volksaufklärung und  
Propaganda

II A 20400/17.11.38-3/9

Berlin W 8, den 25. Februar 1939  
Postfach

Akademie d. Künste  
No 0238 \* - 2 MRZ 1939

Abschrift.

Berlin W 8, den 28. Januar 1939

- Betrifft: 1. Buchhandlung Gustav Fock G.m.b.H. in Leipzig,  
2. Buchhandlung Max Weg in Leipzig,  
3. Akademische Verlagsgesellschaft m.b.H. in Leipzig,  
4. Verlag "Meister der Farbe" (früher Seemann u. Co.) in Leipzig,  
5. Musikverlag C. F. Peters in Leipzig und  
6. Musikverlag Ernst Eulenburg in Leipzig.  
Teilbezug: Dorthies W 5 3478/38 vom 17. November 1938.

Ich nehme Gelegenheit, Sie über die Lage der oben genannten kulturwirtschaftlichen Betriebe zu unterrichten, die sich bis zum 9. November 1938 noch unter jüdischer Leitung befanden und von mir früher die Sondergenehmigung erhalten hatten, auf kulturpolitischem Gebiet tätig zu sein.

Nach Eintritt neuer Verhältnisse habe ich mich veranlaßt gesehen, diese Betriebe, die sämtlich wertvollste kulturelle Substanz verkörpern und auf deren Ausschaltung aus dem deutschen Kulturleben ich nicht glauben verzielen zu können, meiner unmittelbaren Dienstaufsicht zu unterstellen. Am 12. November habe ich den bisherigen Leitern und Inhabern der oben genannten Unternehmen die Sondergenehmigung zur weiteren Betätigung auf kulturellem Gebiet entzogen und gleichzeitig für sämtliche Betriebe meinen Mitarbeiter in der Abteilung II a, SS-Standartenführer Noatzke, mit der Leitung betraut. Der Vorgenannte ist auf meinen Antrag hin im Zuge der Durchführung der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 als Treuhänder bestätigt worden.

Durch diese Maßnahmen sind die bisherigen jüdischen Inhaber aus sämtlichen Besitz- und Betätigungsrechten endgültig ausgeschaltet. Die Betriebe selbst werden unter meiner Mitwirkung durch den Treuhänder bereits in nächster Zeit endgültig in das Eigentum deutscher Erwerber überführt sein. Bereits heute besteht keine Veranlassung mehr, die oben genannten Unternehmen als jüdische Betriebe anzusprechen. Gemäß den Verlautbarungen und dem Entscheid des Herrn Reichswirtschaftsministers sind solche, ehemals jüdische Betriebe, die unter einem Treuhänder "in Arierisierung begriffen" sind, nicht mehr als jüdische Betriebe anzusprechen.

Ich bitte Sie, hiervon Kenntnis zu nehmen und sämtlichen Stellen Ihres Geschäftsbereiches davon Mitteilung zu machen, daß in Hinblick

An  
den Herrn Präsidenten der Preussischen Akademie der Künste,  
zugleich für die Meisterateliers für die bildenden Künste und  
die Meisterschulen für musikalische Komposition  
in

Berlin

unleserlich



Hinblick auf die Zusammenarbeit mit diesen Betrieben bereits  
jetzt keinerlei Anlaß mehr zur Zurückhaltung gegeben ist.

Im Auftrag  
gez. Minkel.

An den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung in Berlin.

Abschrift übersende ich mit dem Kreischen um Kenntnisnahme  
und gleichzeitige Beachtung.

Im Auftrage  
gez. H. F. H. H. H.



Beglaubigt:

Ministerialkanzlei

*Erh. an H. M. H. 1939  
so Leipzig  
F. H.*

*[Handwritten signature]*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 25. Februar 1939  
Postfach

V a 418

Abschrift.

Der Reichsminister  
für Volksaufklärung und  
Propaganda

Berlin W 8, den 28. Januar 1939

II A 20400/17.11.38-3/9

- Betrifft: 1. Buchhandlung Gustav Fock G.m.b.H. in Leipzig,  
2. Buchhandlung Max Weg in Leipzig,  
3. Akademische Verlagsgesellschaft m.b.H. in Leipzig,  
4. Verlag "Meister der Farbe" (früher Seemann u. Co.)  
in Leipzig,  
5. Musikverlag C. F. Peters in Leipzig und  
6. Musikverlag Ernst Eulenburg in Leipzig.  
Teilbezug: Dorsiges W B 3478/38 vom 17. November 1938.

Ich nehme Gelegenheit, Sie über die Lage der oben genannten  
kulturwirtschaftlichen Betriebe zu unterrichten, die sich bis  
zum 9. November 1938 noch unter jüdischer Leitung befanden und  
von mir früher die Sondergenehmigung erhalten hatten, auf kul-  
turpolitischem Gebiet tätig zu sein.

Nach Eintritt neuer Verhältnisse habe ich mich veranlaßt ge-  
sehen, diese Betriebe, die sämtlich wertvollste kulturelle Sub-  
stanz verkörpern und auf deren Ausschaltung aus dem deutschen  
Kulturleben ich nicht glauben wollte verzichten zu können, meiner un-  
mittelbaren Dienstaufsicht zu unterstellen. Am 12. November habe  
ich den bisherigen Leitern und Inhabern der oben genannten Un-  
ternehmen die Sondergenehmigung zur weiteren Betätigung auf kul-  
turellem Gebiet entzogen und gleichzeitig für sämtliche Betriebe  
meinen Mitarbeiter in der Abteilung II a, SS-Standartenführer  
Noatzke, mit der Leitung betraut. Der Vorgenannte ist auf meinen  
Antrag hin im Zuge der Durchführung der Verordnung über den Ein-  
satz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 als Treuhänder  
bestätigt worden.

Durch diese Maßnahmen sind die bisherigen jüdischen Inhaber  
aus sämtlichen Besitz- und Betätigungsrechten endgültig ausge-  
schaltet. Die Betriebe selbst werden unter meiner Mitwirkung durch  
den Treuhänder bereits in nächster Zeit endgültig in das Eigentum  
deutscher Erwerber überführt sein. Bereits heute besteht keine  
Veranlassung mehr, die oben genannten Unternehmen als jüdische  
Betriebe anzusprechen. Gemäß den Verlautbarungen und dem Entschluß  
des Herrn Reichswirtschaftsministers sind solche, ehemals jüdi-  
sche Betriebe, die unter einem Treuhänder "in Arierisierung begriffen"  
sind, nicht mehr als jüdische Betriebe anzusprechen.

Ich bitte Sie, hiervon Kenntnis zu nehmen und sämtlichen Stel-  
len Ihres Geschäftsbereiches davon Mitteilung zu machen, daß im  
Hinblick

An  
den Herrn Präsidenten der Preussischen Akademie der Künste,  
zugleich für die Meisterateliers für die bildenden Künste und  
die Meisterschulen für musikalische Komposition  
in

Berlin

unleserlich



Hinblick auf die Zusammenarbeit mit diesen Betrieben bereits  
jetzt keinerlei Anlaß mehr zur Zurückhaltung gegeben ist.

Im Auftrag  
gez. Winkel.  
An den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung in Berlin.

Abchrift übersende ich mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme  
und gleichmäßige Beachtung.

Im Auftrag  
gez. Hermann.



Befehlshaber:

*Hogner*

Ministerialkanzleisekretär

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 25. Februar 1939  
Postfach

V a 418

Abchrift.

Der Reichsminister  
für Volksaufklärung und  
Propaganda

Berlin W 8, den 28. Januar 1939

II A 20400/17.11.38-3/9

Betrifft: 1. Buchhandlung Gustav Fock G.m.b.H. in Leipzig,  
2. Buchhandlung Max Weg in Leipzig,  
3. Akademische Verlagsgesellschaft m.b.H. in Leipzig,  
4. Verlag "Meister der Farbe" (früher Seemann u. Co.)  
in Leipzig,  
5. Musikverlag G. F. Peters in Leipzig und  
6. Musikverlag Ernst Eulenburg in Leipzig.  
Teilbezug: Dortiges W E 3478/38 vom 17. November 1938.

Ich nehme Gelegenheit, Sie über die Lage der oben genannten  
kulturwirtschaftlichen Betriebe zu unterrichten, die sich bis  
zum 9. November 1938 noch unter jüdischer Leitung befanden und  
von mir früher die Sondergenehmigung erhalten hatten, auf kul-  
turpolitischem Gebiet tätig zu sein.

Nach Eintritt neuer Verhältnisse habe ich mich veranlaßt ge-  
sehen, diese Betriebe, die sämtlich wertvollste kulturelle Sub-  
stanz verkörpern und auf deren Ausschaltung aus dem deutschen  
Kulturleben ich nicht glauben wollte verzichten zu können, meiner un-  
mittelbaren Dienstaufsicht zu unterstellen. Am 12. November habe  
ich den bisherigen Leitern und Inhabern der oben genannten Un-  
ternehmen die Sondergenehmigung zur weiteren Betätigung auf kul-  
turellem Gebiet entzogen und gleichzeitig für sämtliche Betriebe  
meinen Mitarbeiter in der Abteilung II a, SS-Standartenführer  
Noatzke, mit der Leitung betraut. Der Vorgenannte ist auf meinen  
Antrag hin im Zuge der Durchführung der Verordnung über den Ein-  
satz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 als Treuhänder  
bestätigt worden.

Durch diese Maßnahmen sind die bisherigen jüdischen Inhaber  
aus sämtlichen Besitz- und Betätigungsrechten endgültig ausge-  
schaltet. Die Betriebe selbst werden unter meiner Mitwirkung durch  
den Treuhänder bereits in nächster Zeit endgültig in das Eigentum  
deutscher Erwerber überführt sein. Bereits heute besteht keine  
Veranlassung mehr, die oben genannten Unternehmen als jüdische  
Betriebe anzusprechen. Gemäß den Verlautbarungen und den Entscheid  
des Herrn Reichswirtschaftsministers sind solche, ehemals jüdi-  
sche Betriebe, die unter einem Treuhänder "in Arierisierung begriffen"  
sind, nicht mehr als jüdische Betriebe anzusprechen.

Ich bitte Sie, hiervon Kenntnis zu nehmen und sämtlichen Stel-  
len Ihres Geschäftsbereiches davon Mitteilung zu machen, das im  
Hinblick

An  
den Herrn Präsidenten der Preussischen Akademie der Künste,  
zugleich für die Meisterateliers für die bildenden Künste und  
die Meisterschulen für musikalische Komposition  
in  
Berlin



Hinblick auf die Zusammenarbeit mit diesen Betrieben bereits  
jetzt keinerlei Anlaß mehr zur Zurückhaltung gegeben ist.

Im Auftrage  
gez. Hinkel.  
An den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung in Berlin.

Abschrift übersende ich mit dem Botschafter am Konsulat in  
und gleichzeitige Beachtung.

Im Auftrage  
gez. Hermann.



Beglaubigt:

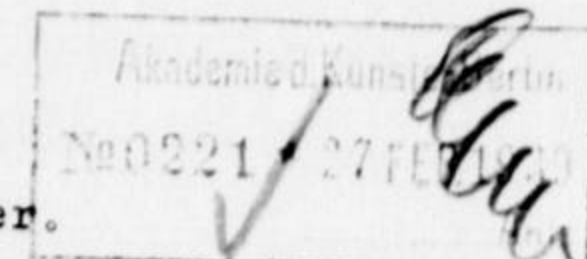
*G. G. G.*

Ministerialkanzlei

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 505

Berlin W8, den 17. Februar 1939  
Postfach



Fürsorgepflicht der Gefolgschaftsführer.

Nach einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts gehört es zur  
Fürsorgepflicht eines Gefolgschaftsführers, den Gefolgschafts-  
mitgliedern die Einsicht in etwaige Änderungen von tariflichen  
Bestimmungen zu ermöglichen. Zur Vermeidung von Schadensersatz-  
ansprüchen bitte ich, diesem Erfordernis künftig in geeigneter  
Weise etwa durch Anschlag oder Umlauf der Amtsblätter oder  
durch einen Hinweis auf diese und die Stelle, an der sie einge-  
sehen werden können, zu genügen.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffent-  
licht.

Im Auftrage  
gez. Graf zu Rantzau.



Beglaubigt:

*[Signature]*

Verwaltungssekretär.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
- einschl. Österreich -,  
den Herrn Reichsstatthalter in Hamburg,  
den Herrn Reichskommissar für das Saar-  
land in Saarbrücken,  
den Herrn Reichskommissar für die sudeten-  
deutschen Gebiete,
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preussischen Dienststellen.

1. Befehlungen sind in  
Angelegenheit mit Befehlungen  
bekannt gegeben.

1. J. H.

Berlin, den 17. Februar 1939  
Dr. L. H. H.  
i. d. H.

*G. G. G. v. O. v. K.*

*[Signature]*

unleserlich



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 4628/38

92  
Berlin W8, den 2. Februar 1939  
Postfach

Die "Deutsche Verwaltung".

*W. Kunisch*  
Zur Förderung der nationalsozialistischen Zielsetzung in Staat und Verwaltung ist es erwünscht, daß die Dienststellen meiner Verwaltung die Zeitschrift "Deutsche Verwaltung" (Organ der Rechtswahrer der Verwaltung des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes; Verlag W. Kohlhammer, Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 19) beziehen und bei ihren Beamten in Umlauf setzen. Die "Deutsche Verwaltung" ist als Zeitschrift der Reichsrechtsführung von allen Zeitschriften des allgemeinen Staats- und Verwaltungsrechts die einzige nationalsozialistische Parteizeitschrift und hat sich als die größte Zeitschrift auf dem Gebiet des allgemeinen Staats- und Verwaltungsrechts überall durchgesetzt und bei allen maßgebenden Verwaltungen Anerkennung gefunden. Sie gibt den Überblick über das gesamte Staats- und Verwaltungswesen und ist daher gerade für den spezialistisch arbeitenden Beamten besonders wertvoll, weil er dadurch den Zusammenhang mit dem gesamten Geschehen der Neuordnung behält.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. Kunisch.



Beglaubigt:

*W. Kunisch*  
Verwaltungssekretär.

An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preußischen Dienststel-  
len.

*U.* *Gen. d. 17.2.39*

*Von dem Abzug der Dienstreise ist abgesehen.*

*Idell.*

*v. S.*

*Gen. d. 17.2.39*  
*W. Kunisch*  
*W. Kunisch*



Berlin, den 1. Februar 1939

Betr.: Geschäftsgang

Akademiedirektor  
 H. 10110 ✓ *W. F. R.*

Im Interesse der Aufrechterhaltung eines ordnungsmässigen Geschäftsganges bitte ich, das Büro der Akademie zu ermächtigen,

sämtliche an die Akademie bzw. den Senat, Abteilung für Musik, sowie an den Herrn Vorsitzenden der Abteilung für Musik gerichteten Eingänge, Briefe und Notensendungen usw., auch dann zu öffnen und in den regulären Geschäftsgang zu geben, wenn diese Sendungen zusätzlich mit den Namen von Herrn Professor Schumann oder Herrn von Wolfurt bezeichnet sind.

Sollte diesem Antrag nicht stattgegeben werden können, so würde ich mich genötigt sehen, alsdann die Verantwortung für die ordnungsmässige und rechtzeitige Vorlage aller solcher Eingänge an die zuständigen Herren ausdrücklich und in vollem Umfange abzulehnen.

Ich darf mir erlauben zur Erklärung noch hinzuzufügen, dass ich mich zur Stellung dieses Antrages für verpflichtet halte, da nach meinen Erfahrungen rd. 50 v. H. aller Eingänge an die Musikabteilung namentlich adressiert werden (sofern sie nicht überhaupt, wie z.B. ein grosser Teil des Schriftwechsels bzgl. des Griechischen Konzertes in Form einer privaten Korrespondenz gehalten sind) und ich für Zwischenfälle, die sich in letzter Zeit mit solchen Eingängen

An den  
Herrn Präsidenten der Preussischen Akademie der Künste

B e r l i n C 2

91



Gn. Fräuf. v. Alw. v. Rumpf



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 194

Berlin W 13, Jägerstr. 22/23, Januar 1939  
Postfach

№ 0129 \* 30. JAN. 1939  
Anl.

Betrifft: Aushang des Befehls des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht über den Reichstreubund.

Am 25. Oktober 1938 hat der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht über den Mitgliederkreis und die Aufgaben des Reichstreubundes einen Befehl erlassen, der in Plakatform gedruckt, von der Reichstreubund ehem. Berufssoldaten versandt wird. Der Befehl ist in den Diensträumen an geeigneter Stelle zum Aushang zu bringen. Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. K u n i s c h

Beglaubigt:



Erhaltungsschreiber.

U. d. 12. 39

Wird bei Edusatz ausgehängt werden.

Zusätzl. Fol. A.

D. R.

Am.

An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Berliner Reichs- und preußischen  
Dienststellen.

H. Präs. d. Akademie der Künste

Gy 1



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 628, Z I (b)

96  
Berlin W 8 den 5. März 1937.  
- Postfach -

Akademie Minister

1937

Kreiman

Grundsätze für die Führung von Personalakten.

Zur Erleichterung der Bearbeitung von Personalakten der Beamten (einschließlich der Lehrer) ordne ich hinsichtlich der Führung von Personalakten für meinen Geschäftsbereich folgendes an:

I. Allgemeine Grundsätze.

1. Die Personalakten, die jederzeit vollständig sein müssen, sind der Zeitfolge nach zu heften und durchlaufend vor vorn nach hinten mit Blattnummern zu versehen. Um das Nachschlagen bestimmter Vorgänge ohne größeren Zeitaufwand zu ermöglichen, ist jedem Personalaktenstück ein Inhaltsverzeichnis vorzulegen, das zweckmäßig in folgende Spalten einzuteilen ist:

- a) Lfd. Nr.,
- b) des Schriftstücks Datum,
- c) Gesch.-Nr.,
- d) kurze Inhaltsangabe,
- e) Blatt-Nr.,
- f) Bemerkungen.

In ein zweites Verzeichnis sind sämtliche Beiaktenstücke einzutragen.

2. Zu dem Hauptaktenstück gehören

- a) allgemein: eine Personalausweisung, ein Lebenslauf, der Fragebogen nach dem BBG. einschließlich des förmlichen Nachweises der arischen Abstammung des Beamten, gegebenenfalls auch seiner Ehefrau (Formblatt 1 und 2), die Logenerklärung, die Erklärung über Zugehörigkeit zu Beamtenvereinigungen, bei Mitgliedern der Partei und ihrer Gliederungen eine Bescheinigung über den Zeitpunkt des Beitritts unter Angabe der Mitgliedsnummer, eine Bescheinigung

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen. ✓

Präsident d. Akademie d. Wissenschaften

Berlin W 8



eine Bescheinigung über die Teilnahme am Arbeitsdienst oder einer Wehrsportorganisation oder die Bescheinigung über die abgeleistete Militärdienstzeit, ein polizeiliches Führungszeugnis, ein amtsärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand, aus dem insbesondere zu ersehen ist, ob der Antragsteller frei von körperlichen Gebrechen ist, gegebenenfalls auch eine Erklärung, daß der Beamte die deutsche Einheitskurzschrift beherrscht, beglaubigte Abschriften von vorhandenen Zeugnissen (z.B. letztes Schulzeugnis, Reifezeugnis, Zeugnisse über wissenschaftliche Prüfungen - wegen der Studienassessoren vgl. Abschnitt II Nr. 2 - usw.), das Doktordiplom, die Urkunden, die als Nachweis für die Befähigung zu einem Amt oder Nebenamt dienen, die Beurteilungen des Beamten durch den Leiter seiner jeweiligen Dienststelle (Qualifikation), der Vereidigungsnachweis, alle Vorgänge, die sich auf Ernennungen, Versetzungen, Beförderungen und Stelleneinweisungen sowie die Entlassung beziehen, Festsetzungen des Diätendienstalters, des Besoldungsdienstalters sowie die Anweisung der Dienstbezüge usw., die Feststellung der Dienstzeiten für die Berechnung des Ruhegehalts, Verfügungen über Ordnungsstrafen und Rügen, Abschriften von Eröffnungsbeschlüssen und Endurteilen von förmlichen Disziplinarverfahren;

b) bei außerplanmäßigen Beamten des höheren Dienstes, die ab 1. Februar 1935 in die Verwaltung eingetreten sind, außerdem: ein Lichtbild, eine Bescheinigung über die Leistung der ersten juristischen und der Großen Staatsprüfung bzw. die entsprechenden Zeugnissen und Nachweise der speziellen Fachausbildung (wegen der Studienassessoren vgl. Abschnitt II Nr. 2).

3. Es ist Bedacht darauf zu nehmen, daß die Hauptakten durch ihren Umfang nicht an Übersichtlichkeit einbüßen und daß Vorgänge von untergeordneter Bedeutung zu den Beiakten genommen werden.

4. Als Beiakten werden die Prüfungsakten, die Zeugnisse der Ausbildungs-Dienststellenleiter, die Anweisung von Unterhaltszuschüssen (bzw. bei den angehenden Hochschullehrern: Beihilfen aus Stipendien sowie Vergütungen für Lehraufträge) und die übrigen Aktenvorgänge bis zur Einstellung des Beamten in

in den Dienst der Verwaltung oder der erstmaligen Verwendung in Schuldienst, späterhin solche Unterlagen, die sich auf den normalen Jahresurlaub beziehen, sich häufende Anträge auf Gewährung von Notstandsbeihilfen und Unterstützungen sowie Disziplinarvorgänge nach Bedarf zu führen sein. Die Beiakten können in die Personalakten eingelegt oder besonders aufbewahrt werden. Sie sind bei der Anforderung von Personalakten mit vorzulegen.

5. Zur Bearbeitung von Ernennungsvorschlägen ist es erforderlich, daß die Personalakten auch hinsichtlich der Militärverhältnisse und der politischen Betätigung der Beamten auf dem laufenden gehalten werden. Die Beamten sind daher zu veranlassen, ihrer Dienstbehörde bei Änderungen ihres Militärverhältnisses fortlaufend Meldung zu erstatten und auch ihre Betätigung in der Partei und deren Gliederungen, insbesondere die Übernahme oder Niederlegung von Ämtern, ihren Dienstrang, ihre Führerstelle in der SA., SS., NSKK., HJ., unter Angabe des Sturmes usw. und eintretende Änderungen hierzu zwecks Ergänzung der Personalakten anzuzeigen.

6. Bei der Versetzung von Beamten sind die Personalakten mit den zugehörigen Beiakten der neuen Dienststelle zu übersenden. Hier müssen die Personalakten weitergeführt werden.

7. Bei der Versetzung von Beamten in den Ruhestand, bei der Entlassung von Beamten usw. sind die Personalakten bei der letzten Dienstbehörde aufzubewahren.

## II. Besondere Bestimmungen.

1. Für Hochschullehrer gilt außerdem folgendes:

a) Als Beiakten sind ferner zu führen: die von anderen Universitäten usw. übersandten Personalakten von wegberufenen oder versetzten Hochschullehrern (vgl. meinen Runderlaß vom 14. August 1935 - W I a 1408 -) und etwa vorhandene Vorakten als wissenschaftlicher Assistent.

b) Im Hauptaktenstück ist hinter das Verzeichnis der Beiaktenstücke das den Unterrichtsverwaltungen der Länder und den nachgeordneten Dienststellen der preußischen Hochschulverwaltung mit Runderlaß vom 13. Dezember 1934 - R U I 64 , B - mitgeteilte Personalblatt zu heften.

c) Anschließend sind die reinen Personalpapiere in der in Abschnitt I 2 a genannten Reihenfolge aufzunehmen (die Vorgänge über die Ernennung zum Dr. habil. und die Verleihung der Dozentur sind hinter

das



das Doktordiplom zu heften); bei jüngeren Hochschullehrern ferner: ein Schriftenverzeichnis, die Zeugnisse über Ableistung des Dienstes im Gemeinschaftslager und in der Dozentenakademie.

d) Als Hochschullehrer im Sinne dieser Anweisung gelten: beamtete ordentliche und außerordentliche Professoren, nichtbeamtete Professoren, Honorarprofessoren, Dozenten, Lehrbeauftragte, Oberassistenten, Oberingenieure und Oberärzte sowie beamtete Dozenten an Hochschulen für Lehrerbildung.

e) Für Lektoren und wissenschaftliche Assistenten sowie für beauftragte Dozenten an Hochschulen für Lehrerbildung sind Personalakten in der für Hochschullehrer vorgeschriebenen Form nur dann anzulegen, wenn ein Bedürfnis hierzu besteht.

f) Die Anweisung findet auch auf die beamteten und die vollbeschäftigten nichtbeamteten Professoren und sonstigen Lehrkräfte der Kunsthochschulen (einschließlich Stellenverwalter) sinngemäß Anwendung.

2. Für die Lehrer usw. an höheren Schulen gilt außer dem unter Abschnitt I Gesagtem folgendes:

a) Die auf die praktische Ausbildung (Vorbereitungszeit) bezüglichen Schriftstücke, wie Gutachten der ausbildenden Lehrer und der Direktoren, sind in den Personalakten unterzubringen. Die nach dem ersten Vorbereitungsjahr anzufertigende schriftliche Arbeit ist in die Beiakten zu nehmen. Dafür ist aber das Thema der Arbeit und das Urteil auf einem besonderen Blatt in die Personalakten aufzunehmen.

b) Die Vorgänge über die Pädagogische Prüfung (die Meldung, die schriftliche Arbeit, die Entwürfe der Lehrproben, die Prüfungsniederschrift, der Zeugnisentwurf usw.) bleiben bei den Akten des Pädagogischen Prüfungsamts. Die Prüfungsämter haben einen Durchschlag der Reinschrift des Pädagogischen Prüfungszeugnisses dem Oberpräsidenten mitzuteilen und etwa in Urschrift eingereichte Gutachten der ausbildenden Lehrer für die Personalakten zurückzugeben.

c) Im Hauptaktenstück ist hinter das Verzeichnis der Beiaktenstücke das (Zusatz für die Oberpräsidenten und den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin, Abteilung für höheres Schulwesen, mit Runderlaß vom 30. April 1924 - U II 511 - eingeführte) Personalblatt zu heften und stets auf dem laufenden zu halten

An-

Anschließend folgen dann die Personalpapiere in der in Abschnitt I 2 a genannten Reihenfolge und dann die weiteren Vorgänge.

d) Die späteren Berichte der Anstaltsleiter über Studienassessoren sind wie bisher auf dem vorgeschriebenen Vordruck zu erstatten und ebenso wie die Gutachten der Oberschulräte über den Unterrichtsbesuch von Lehrern, auf besonderem Vordruck in Schreibmaschinenschrift geschrieben, in der Zeitfolge in die Personalakten zu nehmen.

e) In die Beiakten sind Urteile über die Lehrer nicht aufzunehmen.

f) Auch für die an den privaten höheren Schulen auf Lebenszeit angestellten Lehrer sind Personalakten zu führen.

g) Die Berichte der Direktoren der höheren Schulen an die Oberpräsidenten sind in Zukunft nur auf Din-Format zu erstatten. Ferner sind in Zukunft wegen des besseren Überblicks für alle Entwürfe der Oberpräsidenten besondere Bogen in Din-Format mit einem entsprechenden breiten Rand für Hinweise usw. zu verwenden.

3. Für die Lehrer usw. an Volks- und mittleren Schulen gilt folgendes:

a) (Wie 1 unter Abschnitt I).

b) Als Beiakten werden in der Regel die Dienststrafakten zu führen sein. Werden die Hauptakten zu umfangreich, können auch die Prüfungsarbeiten der 2. Lehrerprüfung, die Vorgänge, betreffend Beurlaubungen, Gewährung von Notstandsbeihilfen und Unterstützungen, Beschwerden und sonstige Vorgänge (z. B. Zahlungsbefehle, Gehaltspfändungen usw.) in besonderen Beiakten untergebracht werden.

c) Die bei den Hochschulen für Lehrerbildung angelegten Akten sind von den Regierungen als Personalakten weiterzuführen.

d) In die Hauptakten gehören: eine Personalmachweisung (über deren Einführung besonderer Erlass ergeht) ein Lebenslauf, der Fragebogen nach dem BEG. einschließlich des förmlichen Nachweises der arischen Abstammung des Lehrers, gegebenenfalls auch seiner Ehefrau (Formblatt 1 und 2) die Logenklärung, die Erklärung über Zugehörigkeit zu Beamtenvereinen, das Lehramtszeugnis, Abschriften sonstiger Zeugnisse, bei Mitgliedern der Partei und ihrer Gliederungen eine Bescheinigung über den Zeitpunkt des Beitritts unter Angabe der Mitgliedsnummer, eine Bescheinigung über die Teilnahme am Arbeitsdienst oder einer Wehrsportorganisation oder

die



die Bescheinigung über die abgeleistete Militärdienstzeit, ein  
amtsärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand, aus dem ins-  
besondere zu ersehen ist, ob der Antragsteller frei von körper-  
lichen Gebrechen ist, die Einberufung in den Schuldienst, der Ver-  
eidigungsnachweis, das Prüfungsergebnis der 2. Lehrerprüfung (außer  
den Prüfungsarbeiten, siehe oben II 3 b), alle Vorgänge, die sich  
auf die Anstellung im Schuldienst, Ernennungen, Versetzungen, Be-  
förderungen, Stelleneinweisungen und die Entlassung beziehen,  
die einzelnen Besichtigungsvermerke der Kreis- sowie der Regie-  
rungs- und Schulräte, die Festsetzung des Vergütungs- und des  
Besoldungsdienstalters, die Anweisung der <sup>Dienst-</sup>Bezüge usw., die Ver-  
fügungen über Ordnungsstrafen und Rügen, Abschriften von Eröff-  
nungsbeschlüssen und Endurteilen von förmlichen Dienststraf-  
verfahren usw.

4. Für die Lehrer an den Berufs- und Fachschulen so-  
wie den landwirtschaftlichen und sozialen Bildungsanstalten  
gilt das unter Abschnitt II Nr.3 Gesagte sinngemäß.

Zu II 2 - 4: Sämtliche neu anzulegenden Personalakten sind nach diesen Grundsätzen zu führen. Für die bereits vorhandenen Personalakten will ich im Hinblick auf die damit verbundene Arbeit davon absehen, ihre Neuanlage anzuordnen; auf gelegentliche Umstellung ist aber Bedacht zu nehmen. Bei der Weiterführung der bestehenden Personalakten sind diese Grundsätze zu berücksichtigen.

Die Personalakten, die mir vorgelegt werden, sind jedoch vor der Vorlage nach diesen Grundsätzen zu ordnen und anzulegen.

Dieser Erlass wird auch im RMinAmtsblDtschWiss.veröffentlicht.

In Vertretung

Aminger

1. Privilege as to personal  
attitude as to the Executive-  
ministration of the Government  
the matter of organization.

1. *Z. h.*

Exh. A. 19. Jan 1949

Dr. Fisher.

J. E. R.

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 11. Januar 1939  
-Postfach-

Z II a 4956/38 (b)

A b s c h r i f t .

Ministerpräsident Generalfeldmarschall

G ö r i n g

Beauftragter für den Vierjahresplan.

St. M. Bev. 8772.

Berlin, den 14. Dezember 1938

An

die Obersten Reichsbehörden.

Zur Sicherstellung der notwendigen Einheitlichkeit in der Behandlung der Judenfrage, welche auf stärkste die gesamten Wirtschaftsbelange berührt, bitte ich, alle Verordnungen und sonstigen wichtigen Anordnungen, durch die die Judenfrage berührt wird, mir vor ihrem Erlass zuzuleiten und mein Einverständnis einzuholen. Alle zu Ihrem Dienstbereich gehörenden Dienststellen und Behörden bitte ich dahin zu unterrichten, daß jegliche selbständige Aktion in der Judenfrage zu unterbleiben hat.

gez. G ö r i n g .

Abschrift zur Beachtung. Von einer Veröffentlichung dieses Erlasses ist abzusehen.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

In Vertretung

gez. Z s c h i n t z s c h.

Beglaubigt:

*Lickmann*  
Verwaltungsassistent.



An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preußischen Dienststellen.

Herrn Präsidenten d. Akademie d. Künste

4.  
M.  
Berlin den 19. Januar 1929  
Dr. Fiebig  
H. G.  
Am

9.



Preis. d. Wadawia d. Sinsup  
Zu. - W 8.



Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme sowie mit dem Ersuchen, mir einen etwaigen Bedarf an Dienstwagen bis zum 15. Januar 1939 unverbindlich anzumelden, sofern die erforderlichen Haushaltsmittel verfügbar sind. Die eingehenden Meldungen werde ich an das Volkswagenwerk weiterleiten.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Kunisch



Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*

Verwaltungssekretär.

*[Handwritten notes:]*  
H.  
J.H.  
Berlin, den 19. Januar 1939  
H. F. [illegible]  
J. K.  
*[Large handwritten signature]*

Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 4790

Berlin W 8, den 20. Dezember 1938  
-Postfach-

*[Handwritten stamp:]* Akademie der Künste  
15.11.1938

Der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat darauf hingewiesen, daß sich in den letzten Jahren in Partei und Staat die Unsitte herausgebildet habe, daß aus Anlaß des Weihnachts- und Neujahrsfestes ganze Stapel von faksimilierten Glückwunschscheiben und gleichlautenden Telegrammen gewechselt werden, die weniger der persönlichen Bekanntschaft und Freundschaft als der dienstlichen Eigenschaft des Empfängers gelten.

Da derartige Telegramme und Glückwunschscheiben gerade in den Feiertagen eine unnötige Belastung bedeuten und außerdem meistens die Etats, die für andere Zwecke dringend gebraucht werden, merklich beanspruchen, hat der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda dringend gebeten, von der Massenversendung derartiger Glückwünsche abzusehen und Telegramme und Glückwunschscheiben, wenn überhaupt, nur zwischen wirklich bekannten und befreundeten Persönlichkeiten zu wechseln.

Ich mache mir diesen Wunsch des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda zu eigen und bitte, entsprechend zu verfahren.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage  
gez. Kunisch.



Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*

Verwaltungssekretär.

*[Handwritten notes:]*  
H.  
J.H.  
Berlin, den 4. Januar 1939  
H. F. [illegible]  
J. K.  
*[Large handwritten signature]*

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (einschl. Österreich),  
den Herrn Reichsstatthalter (Staatsverwaltung) in Hamburg und  
den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen.

Herrn Präsidenten der Akademie der Künste

*[Handwritten mark:]* 97



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 4752, W (b)

102  
Berlin W 8, den 22. Dezember 1938  
Postfach

Vertraulich !

Schriftverkehr mit den Auslandsdienststellen der NSDAP.

Ich habe Veranlassung, meinen vertraulichen Runderlaß vom 9. November 1935 - Z II a 3271, W III, M - in Erinnerung zu bringen und noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß jeglicher unmittelbarer Briefverkehr mit den Politischen Leitern und den Dienststellen der NSDAP. im Ausland unter allen Umständen unterbleiben muß. Jeglicher Briefverkehr mit ihnen ist stets über die Leitung der Auslandsorganisation der NSDAP., Berlin W 35, Tiergartenstr.4a, zu leiten.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.



Beglaubigt:

*[Signature]*  
Verwaltungssekretär.

An

1. die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen.
2. die Unterrichtsverwaltungen der Länder (einschl. Österreich),  
den Herrn Reichsstatthalter in Hamburg  
-Staatsverwaltung- und  
den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken.

Zu 2.: Abschrift zur vertraulichen Kenntnis mit dem Ersuchen um gleichmäßige Beachtung.

Herrn Präsidenten der Akademie der Künste

*[Handwritten notes and signatures]*  
Berlin, den 4. Januar 1939  
Dr. Lippert  
i. b.  
*[Signature]*



# Girokontor der Reichshauptbank · Berlin

Niederwallstraße 18-20

Postanschrift: Girokontor der Reichshauptbank, Berlin 100111 (Ohne Straßenangabe)    Telegrammanschrift: Reichsbank giro Berlin    Postscheckkonto: Berlin Nr. 8    Fernruf: Sammel-Nr. A 6 Merkur Nr. 4051    Geschäftszeit: von 8 1/2 bis 14 Uhr    Sonnabends von 8 1/2 bis 13 Uhr

An den

Herrn Präsidenten der Preussischen Akademie der Künste

Eigenhändig!

Berlin C 2

Unter den Linden 3

*Handwritten signature and stamp*

Ihr Zeichen    Ihre Nachricht vom    Unser Zeichen **Si/Ro. Tag 23.12.38.**

Betr. Reichsbankgirokonto: Kasse der Preussischen Akademie der Künste. Unterschriften im Giroverkehr.

Nach Nr.3 der "Bestimmungen über den Giroverkehr mit der Reichsbank" bleiben die bei der Reichsbank niedergelegten Unterschriften so lange in Kraft, bis sie von dem Girokontoinhaber der Reichsbank gegenüber "schriftlich" widerrufen werden.

Wir übersenden Ihnen endstehend eine Aufstellung der für Ihr Girokonto zurzeit unterschreibungsberechtigten Personen zur gefl. Kenntnisnahme und Nachprüfung. Sollten sich Abweichungen ergeben, so bitten wir um sofortige Mitteilung, andernfalls wir annehmen, dass Sie mit unseren Angaben übereinstimmen.

Im Falle des Widerrufs einer Unterschrift ist die Angabe erwünscht, ob diese Unterschrift auch bei einer anderen Abteilung der Reichshauptbank vorliegt und dort ebenfalls gelöscht werden soll.

Girokontor der Reichshauptbank

*Handwritten signature*

Namen der Zeichnungsberechtigten:

Rentmeister **Streiter**  
Kassensekretär **Karl Hedderich**  
Kassengehilfe **Meilinger**

*Handwritten notes and signatures*

G.K. Vordr. 703  
14.12.38

G.-K. Vordr. Nr. 84  
10. 9. 36

*Handwritten mark*



Preußische Akademie der Künste

Berlin C 2, den 23. Dezember 1938  
Unter den Linden 3

Am 27. , 28. und 29. Dezember 1938

ist Sonntagsdienst festgesetzt d. h. es muß in der Zeit  
von 9 - 1 Uhr ein Beamter in der Akademie anwesend sein.

Es übernehmen den Dienst am

27. Dezember	Herr Hedderich
28. Dezember	Herr Wahn
29. Dezember	Herr Körber

Der Präsident

In Vertretung

gez. S c h u m a n n

Zum Umlauf bei den beteiligten Beamten

*Gefdg/ptt.*  
*Carallien*  
*P. P. P.*  
*Poplarski*  
*Vranjic*  
*Djild*  
*Murungu*  
*Finkler*

*gelesen.*  
*Hedderich 12/12.*  
*Wahn 27/12.*  
*Körber*  
*g.*  
*Am*  
*Noch*  
*Boothman*



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 10371

706  
705  
Berlin W 8, den 5. Dezember 1938  
-Postfach-

Akademie d. Künste

№ 1453 12 DEZ 1938

Fernsprechverbindung von Berlin zum Reichskommissar  
für die sudetendeutschen Gebiete in Reichenberg.

Der Sonderbeauftragte des Herrn Reichspostministers  
beim Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete in  
Reichenberg hat darum gebeten, die Berliner Dienststellen  
darauf hinzuweisen, daß sie bei der Anmeldung von Fernge-  
sprächen mit der Behörde des Reichskommissars stets angeben  
"über Sonderplatz Fernamt Berlin". Diese Maßnahme dient  
zur Entlastung des Fernamts Reichenberg in ankommender Rich-  
tung.

Ich ersuche um entsprechende Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. ver-  
öffentlicht.

Im Auftrage  
gez. K u n i s c h .

Beglaubigt:



Verwaltungssekretär.

An  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Großberliner Reichs- und preußischen  
Dienststellen.

g. Prof. J. Oskar J. Rumpf



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 4292, Z I

Auswärtiges Amt  
Pers.M (BD) 465

706  
Berlin W.8, den 18. November 1938  
- Postfach - demed. Kunstst.

Abschrift.

Berlin, den 7. November 1938

Die in steigendem Maße in Anspruch genommene Beförderung des Schriftwechsels der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden mit Personen und Behörden im Auslande durch Vermittlung der zuständigen deutschen Auslandsvertretungen unter Benutzung des Kurierweges wird durch die ungleichmäßige Behandlung der Übersendung solcher Schriftstücke an das Auswärtige Amt erheblich erschwert.

Ich bitte daher, fortan nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

1. Einzelsendungen sind ohne Anschreiben an die Kurierabfertigung des Auswärtigen Amtes zu richten. Auf dem Umschlag und auf dem Schriftstück selbst ist die Anschrift der in Anspruch genommenen Auslandsbehörde anzugeben, z.B. "für die Deutsche Gesandtschaft in Prag". Ein doppelter Umschlag ist also nicht erforderlich.

2. Massensendungen sind ebenfalls ohne Anschreiben in einem Umschlag an die Kurierabfertigung des Auswärtigen Amtes zu richten, jedoch sind diese Sendungen getrennt nach den einzelnen Auslandsbehörden in je einem Umschlag gesammelt einzureichen. Die inneren Umschläge und die Schreiben selbst tragen die Anschrift der in Anspruch genommenen Auslandsbehörden, z.B. "für die Deutsche Botschaft in Brüssel". Die Sendungen müssen unverschlossen und unfrankiert aufgeliefert werden.

Ich bitte, diese Richtlinien den nachgeordneten Behörden zur genauen Beachtung bekannt zu geben.

Im Auftrag

gez. Prüfer.

An das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Abschrift übersende ich mit dem Ersuchen um genaue Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Im Auftrage

gez. Graf zu Rantzau.

An

Beglaubigt:

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder (einschl. Österreich) und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,  
b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen



Verwaltungssekretär

G. Frick  
Abt. d. Dr. Frick  
Berlin

Berlin, den 18. November 1938  
Dr. Frick  
Graf zu Rantzau



Wm.  
Berlin, Jr. to Mrs. Wm. Berlin  
S. P. 1844  
A



Preußische Akademie der Künste

J.Nr. 975

Berlin C 2, den 30. August 1938  
Unter den Linden 3

1.) An die Herren Professoren Kanoldt, Meid,  
Scheibe, Zaeper

Vertraulich!

Der Herr Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung hat durch Erlaß vom 17. August d. Js.  
- W R 2263/38, ZII a, EII a, EIIa, EIIId(b) mitgeteilt,  
nische Stellen in Rom von der Verteilung von Kärtchen in  
deutschen Schulen, in dem das Gebiet von Bozen als zu  
Deutschland gehörig eingezeichnet und auch die alten öster-  
reichischen Grenzen einschließlich Trient und Triest mit  
roten Punkten angegeben seien, Kenntnis erhalten. Es wird  
vermutet, daß es sich um Material handelt, das vom VDA  
herausgegeben ist.

Wir bringen die strengste Beachtung des durch unser  
Schreiben vom 30. Juni d. Js. - J.Nr. 640 II.- mitgeteilten  
Erlasses vom 3. Juni 1938 - W R 1648, Z II a(b) in Er-  
innerung.

Der Präsident  
Jn Vertretung

2.) Zum Umlauf bei den Beamten der Akademie

Amersdorffer . . .	Streiter . . .	Rubin . . .
Körber . . .	Hedderich . . .	Rubin . . .
Wahn . . .	Danneberg . . .	

Der Präsident  
Jm Auftrage

G1

*[Handwritten signature]*



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
W R 2263/38, ZIIa, EIIa, EIIId(b)

708  
Berlin W8, den 17. August 1938  
Postfach

N 90975 21 AUG 1938

Im Anschluß an meinen Runderlaß vom 3. Juni 1938 - WR 1648/38 -  
Z II a -, betreffend Unterbindung von Veröffentlichungen über  
"Südtirol".

-----  
Nach Mitteilung eines Vertrauensmannes sind an italienische  
Stellen in Rom Berichte gelangt des Inhaltes, daß in deutschen  
Schulen Kärtchen verteilt würden, in denen das Gebiet von Bozen  
als zu Deutschland gehörig eingezeichnet und auch die alten öster-  
reichischen Grenzen einschließlich Trient und Triest mit roten  
Punkten angegeben seien. Es wird vermutet, daß es sich um Material  
handelt, das vom VDA. herausgegeben ist.

Unter Hinweis auf den obigen Runderlaß, dessen strengste Beach-  
tung ich in Erinnerung bringe, ersuche ich, die Angelegenheit  
in den unterstellten Schulen nachzuprüfen, gegebenenfalls sofort  
durchgreifende Anordnungen zu treffen und mir zu berichten.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.

Beglaubigt:



Verwaltungssekretär.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
und den Herrn Reichskommissar für das  
Saarland in Saarbrücken,
  - b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preussischen Dienststellen,
  - c) den Reichsbeauftragten Herrn Staatssekretär  
K e p p l e r in Wien.
- Zu c): Abschrift zur gefl. Kenntnis.

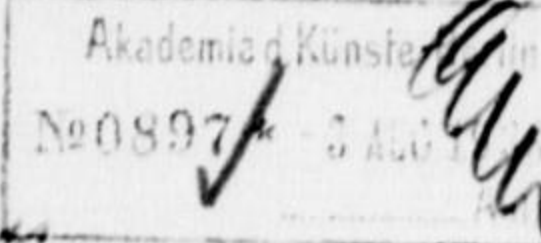
Off 1  
J. Frick, v. M. v. S. Frick



Der Reichsminister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 2747

Berlin W8, den 26. Juli 1938  
Postfach

Abschrift



Abschrift I b 1964/38 - 5170 -.  
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Der Stellvertreter des Führers

München, den 14. Juni 1938

S t a b

III/09 - Ag. 1105/175-.

An den Herrn Reichsminister des Innern in Berlin.

Betrifft: Inanspruchnahme von Rechtsanwälten im Ausland.

Das Reichsrechtsamt der NSDAP. hat mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, daß durch den Gauführer des Gau's Ausland des NS.-Rechtswahrerbundes, Berlin W 35, Tiergartenstr. 3 a, eine Weltkartei zuverlässiger arischer Rechts- und Patentanwälte geführt wird, die jetzt einer gründlichen Prüfung unterzogen ist und die es ermöglicht, in allen wichtigen Fällen zur Vertretung deutscher Interessen im Ausland geeignete Anwälte zu benennen. Das Reichsrechtsamt und die Auslandsorganisation der NSDAP. würden es begrüßen, wenn Sie alle staatlichen Behörden, die in die Lage kommen, im Ausland Anwälte in Anspruch nehmen zu müssen, auf diese Stelle hinweisen und ihnen ihre Inanspruchnahme bei gegebener Veranlassung empfehlen würden. Ich gebe Ihnen anheim, das Entsprechende zu veranlassen.

Heil Hitler!  
Unterschrift.

Der Reichsminister des Innern  
I b 1964/38 - 5170 -.

Berlin, den 7. Juli 1938

Abdruck übersende ich zur gefl. Kenntnis.  
Ich stelle ergebenst anheim, die in Frage kommenden Dienststellen Ihres Geschäftsbereichs entsprechend anzuweisen.  
Von einer Veröffentlichung bitte ich abzusehen.

Im Auftrag  
gez. Hering.

An die Obersten Reichsbehörden.

Abschrift zur Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.  
Im Auftrage.

gez. Kühnhold.

Beglaubigt:

- An
- die Unterrichtsverwaltungen der Länder - einschl. Österreich - und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
  - die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen.



*Kuppelreis*  
Verwaltungssekretär

*H. Frap. v. Oltow. v. Kimpf*



Preußische  
Akademie der Künste

Es wird gebeten, Antwortschreiben nur an die  
Behörde und nicht persönlich zu adressieren

K o n z e p t  
für Wachsplatte

Berlin W 8, den  
Pariser Platz 4  
Fernspr.: R 1 0282

jetzt Berlin C 2  
Unter den Linden 3

A u s w e i s

Der Inhaber dieses Ausweises

ist bei der Preussischen Akademie der Künste, Berlin C 2 -  
Unter den Linden 3 beschäftigt. Es wird gebeten den  
Zutritt zu dem Dienstgebäude zu gestatten.

Der Präsident

Im Auftrage

*Alm.*

91



2. August 1938

J.Nr. 890

ab/w 4/7

Im Nachgang zu meiner Verfügung vom 1. Februar 1936 bestimme ich hiermit, daß in der genannten Verfügung der Akademieinspektor (jetztige Akademieoberinspektor) K ö r b e r als der für die laufende Prüfung der Kassengeschäfte zuständige Beamte zu streichen ist. An seine Stelle tritt mit Wirkung vom 18. Mai 1937 der Akademieinspektor ( bis 31. Oktober 1937 Regierungsinspektor ) W a h n .

Der Präsident

In Vertretung

*[Handwritten signature]*

An

die Kasse der Preußischen  
Akademie der Künste  
B e r l i n C 2

041



2. August 1938

elwa 4/8

J.Nr. 889

Im Nachgange zu meiner Verfügung vom 30. Januar 1936 bestimme ich hiermit, daß an Stelle des ausgeschiedenen Lohnempfängers H o e f s, der aus der genannten Verfügung zu streichen ist, zu Botendiensten für die Kasse in dem in der genannten Verfügung bezeichneten Umfange vom 1. August 1938 ab der Lohnempfänger W a l t e r heran gezogen werden kann, der bei Quittungsleistung wie folgt zeichnen wird: *Walter.*

Der Präsident  
In Vertretung

*Wittmann*

An  
die Kasse der Preußischen  
Akademie der Künste  
B e r l i n C 2

Gf 9



Postamt 2  
- IX -  
Postfachkonto:  
Berlin Nr 14210

1 Anlage

Berlin C 2, den 15. JUNI 1933 193  
(Königstr. 61)

16. JUN. 1933

An

*Akademie d. Kunst*

Berlin C 2

*u. d. Kunst 3*

Postfache

Anliegend erhalten Sie einen Bezugsschein über die  
bisher von Ihnen bezogenen Zeitungen und Zeitschriften  
mit der Bitte, den Gesamtbetrag auf unser Postfachkonto  
zu überweisen oder am Schalter unter Vorlegung des Be-  
zugsscheins einzuzahlen. Bei der Überweisung auf Post-  
fachkonto wäre im Fall einer Abänderung des Bezugsscheins  
gleichzeitig eine Mitteilung darüber erforderlich.

Sir bitten, den Zeitungsbezug bis spätestens zum  
23. dieses Monats zu erneuern, damit in der Lieferung  
der Zeitungen keine Unterbrechung eintritt.

*S. A.*  
*Hintemann*



660'4 - 165  
 28 19  
 66 183

22.4 = 18  
 26

Postamt 7  
 Lindenwalder S

18  
 2. Aufl.

8054 37

28

beginnt  
 sp. sehr

galt

Blaf. Garbaffaff  
 wog beim Umzug.  
 Hat mindestens eine  
 fackeln -

97

37/38 zu sein  
 21/5

3. 36. 400 St. Schwantes

48. Kus 38 114

28. MAI 1938 115 7

günstigste Einflüsse  
 in Wirtschaftlichkeitsvergleich abgelesen  
 aufgeführt

ob die in der Anlage  
 Frank wof. Holzgüter  
 kann

7.8.  
 Güntermeier



An

Nr

8 20 74

Nachsendung

116

vom — bis —

vom 24. 5. 38. an auf ein Jahr

Name Gruppensprecher der veranl. Mitgl. der Akademie

Bisherige Wohnung der Empfänger, Aktiv für die bildenden Künste

Neue Anschrift

Paris Platz 4  
ab 1.6.38 L 2 Unter den Linden 3

Nachzusenden sind\*):

1. Briefsendungen (ausschl. Wbf und N)
2. D. und Zinn, Wbf und Abf. Sendungen
3. Pakete
4. Telegramme — brieflich — telegraphisch

Postamt Berlin

Nr. des Zustellbezirks

\*) Nichtzutreffendes streichen.

(4.34)

1. Ba 1

RPD 504 Din 476 A 6



I E 1.                      p. 77 Nr. 39. Din A 5, 6 e 60.



*W. A. Ruffel*

Kurse Beurlaubungen können durch den Oberinspektor er-

91



folgen.

5.

Bei sämtlichen Sitzungen der Akademie hat der Pedell anwesend zu sein, die Garderobe der Mitglieder entgegenzunehmen, auf diese zu achten, Aufträge der Sitzungsleiter dem Büro zu übermitteln und nach Schluss der Sitzungen etwa gebrauchte Akten und andere Beratungsgegenstände nach dem Büro zurückzuschaffen. Schliesslich hat er in sämtlichen während der Sitzungen benutzten Räumen das Licht zu löschen.

6.

Bei Sitzungen oder sonst zurückgelassene Gegenstände sind ausnahmslos dem Oberinspektor zu übergeben.

7.

Bei Ausstellungen der Akademie der Künste hat der Pedell je nach Bedarf Aufsichts- oder Kontrolldienste zu versehen, und bei dem Auf- und Abbau der Ausstellungen auf Bestimmung Hilfe zu leisten.

8.

Der Pedell ist verpflichtet, auch ausserhalb der Dienststunden zur Verfügung des Präsidiums der Akademie und des Büros zu stehen.

9.

Der Pedell ist verpflichtet, über sämtliche ihm bekannt werdende Dienst-Angelegenheiten Stillschweigen



- 3 -

zu wahren. Im Ubrigen wird auf den von ihm abgeleisteten Dienstleid verwiesen.

Berlin, den 21. Juli 1938

Der Präsident

In Vertretung

*Greg. Kottmann*

1. Ein Betrag von ...
2. Die Meister ...

Der Präsident



Zum Umlauf und zur Notiz

Die Reichs- und Preussischen Minister führen von jetzt ab  
die Bezeichnung

" R e i c h s m i n i s t e r "

es muß heißen: an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft,  
Erziehung und Volksbildung

get. 7.7.38

Poplanski  
Ewelien

Water

Herrn  
Herrn  
Heiligung.  
Kübin.

g.



Jch bitte von diesem Sachverhalt Kenntnis zu nehmen und wäre dankbar, wenn sämtliche beteiligten Sachbearbeiter sowie unterstellten Dienststellen, Institute usw. entsprechend angewiesen würden.

gez. Ribbentrop.

An den Stellvertreter des Führers,  
den Herrn Reichs- und Preussischen Minister des Innern,  
den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung u. Propaganda,  
den Herrn Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,  
den Herrn Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister,  
den Herrn Reichs- und Preussischen Minister für Ernährung und Landwirtschaft,  
den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht  
der Volksdeutschen Mittelstelle.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und Beachtung.

Dieser Erlass wird nicht im Reichsministerialamtsblatt Deutsche Wissenschaft veröffentlicht und ist auch sonst nicht zur Veröffentlichung geeignet.

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.

Beglaubigt



*[Handwritten signature]*  
Verwaltungssekretär.

Preussische Akademie der Künste

Berlin C 2, den 30. Juni 1938  
Unter den Linden 3

J. Nr. 640

V.

1. Zum Umlauf bei den Beamten der Akademie

Amersdorffer *gel. 1. 7. 38*

Streiter *Stiller*

Rubin *Rubin 2. 7. 38*

Körber *gel. 1. 7. 38*

Hedderich *gel. 1. 7. 38*

Wahn *Wahn 7. 7. 38*

Danneberg *Stammberg 30. 6. 38*

2. Die Meisterateliervorsteher in Beamtenstellung Kauld, Meid, Scheibe und Zaeper haben schriftliche Mitteilung erhalten.

3. Z. d. A.

Der Präsident  
im Auftrage

*[Handwritten signature]*

*G 1*



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

W R 1648, Z II a (b)

Abschrift

Auswärtiges Amt  
Kult A 1920/38

Berlin W 8, den 3. Juni 1938.  
-Postfach-  
Akademie d. Künste Berlin

Nr 0640

10 JUN 1938

Berlin, den 14. Mai 1938.

Unerwünschte Veröffentlichungen über Südtirol am Vorabend der Reise des Führers und Reichskanzlers nach Italien haben gezeigt, daß die Erfordernisse der Außenpolitik der Reichsregierung bezüglich Südtirols noch immer nicht ausreichend berücksichtigt werden. Trotz der vielfachen Warnungen von Seiten des Auswärtigen Amtes, des Propagandaministeriums sowie anderer Staats- und Parteistellen wird das Thema "Südtirol" in offener und versteckter Form immer wieder vor die Öffentlichkeit gebracht. Dies hat sich gerade in letzter Zeit sowohl während der Lösung der österreichischen Frage wie auch vor der Abreise des Führers und Reichskanzlers nach Rom ungünstig ausgewirkt. Die Veröffentlichungen sind teilweise auf einen an sich löblichen Eifer zurückzuführen, teilweise aber auch gehen Nachrichten und Ausstreuungen in dieser Frage auf ausländische Einflüsse zurück, die der Reichsregierung Hindernisse und Schwierigkeiten bereiten wollen.

Angesichts dieser ernstesten Sachlage habe es sich als notwendig erwiesen, in Zukunft ohne Rücksicht auf die zugrunde liegenden Motive gegen die Urheber aller solcher Veröffentlichungen, die Südtirol berühren, mit den schärfsten Mitteln, erforderlichenfalls unter Heranziehung der Geheimen Staatspolizei, vorzugehen. Die Veröffentlichungen (Aufsätze und Karten) am Vorabend der Führerreise sind bereits in der angegebenen Weise geahndet worden.

Nachdem der Führer und Reichskanzler die Grenze endgültig anerkannt hat, ist das Thema "Südtirol" für uns abgeschlossen und jegliches Aufgreifen in irgendeiner Form (Veröffentlichungen, Karten, Statistiken, drahtlose Sendungen usw.) hat daher zu unterbleiben. Die Befriedung Südtirols und die Verbesserung des Loses der dortigen deutschen Bevölkerung muß sich aus der deutsch-italienischen Freundschaft ergeben. Während der Rom-Reise ist die weitere Lebensgestaltung der Südtiroler eingehend besprochen worden, und es werden demnächst entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Jch

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen,
- c) den Reichsbeauftragten Herrn Staatssekretär Keppler in Wien,
- d) den Volksbund für das Deutschtum im Auslande in Berlin.

zu c und d: Abdruck übersende ich zur gefl. Kenntnis.

H. Präsidenten d. Akademie d. Künste, Berlin

Preussische Akademie der Künste

Berlin C 2, den 30. Juni 1938  
Unter den Linden 3

J. Nr. 640 II

Vertraulich!

Der Herr Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat durch Erlass vom 3. Juni d. Js. - W R 1648, Z II a (b) - mitgeteilt, dass Veröffentlichungen über das Thema "Südtirol" nicht erwünscht sind, da sie unter Umständen die Außenpolitik der Reichsregierung bezüglich Südtirols gefährden. Angesichts dieser ernstesten Sachlage hat es sich als notwendig erwiesen in Zukunft ohne Rücksicht auf zugrunde liegende Motive gegen die Urheber aller solcher Veröffentlichungen, die Südtirol berühren, mit den schärfsten Mitteln, erforderlichenfalls unter Heranziehung der Geheimen Staatspolizei, vorzugehen.

Vorstehendes teilen wir mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme und Beachtung mit,

Der Präsident

In Vertretung

*Kühn*

An die

Herren Professoren

Kanoldt / Meid  
Scheibe / Zaeper



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 2181 (b)

Berlin W 8, den 8. Juni 1938  
-Postfach-

Akademie der Künste

Nr 0674 16 JUN 1938

Der Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP. hat darauf hin-  
gewiesen, daß häufig Eingaben, die von Volksgenossen oft in höch-  
ster Not und vertrauensvoll an den Führer gerichtet und die zu-  
ständigkeitshalber an Behörden des Reichs oder der Länder abgege-  
ben wurden, von untergeordneten Beamten in einer Form abgelehnt  
werden, die geeignet ist, das Vertrauen der Massen zum Führer zu  
beinträchtigen.

Es ist der Wunsch des Führers, daß an ihn gerichtete Gesuche  
eine bevorzugte Behandlung erfahren.

Ich ersuche daher, in Zukunft derartige von der Kanzlei des  
Führers der NSDAP. abgegebene Gesuche wohlwollend zu prüfen und,  
falls eine Berücksichtigung sachlich nicht möglich erscheint, bei  
der Ablehnung eine angemessene Form zu wählen.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffent-  
licht.

In Vertretung  
gez. Z s c h i n t z s c h.



Beglaubigt:

*[Signature]*  
Verwaltungssekretär.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
und  
den Herrn Reichskommissar für das  
Saarland in Saarbrücken,
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preussischen Dienststellen.

*Dr. Prof. Dr. Oskar v. Simpfendorfer*

*Dr. Prof. Dr. Oskar v. Simpfendorfer*  
*Berlin, den 17. Juni 1938*  
*Dr. Prof. Dr. Oskar v. Simpfendorfer*  
*Dr. Prof. Dr. Oskar v. Simpfendorfer*





# U. W. Hann's Erben

Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung ♦ Berlin und Potsdam

Berlin SW 68, den 13. Juni 1938  
Zimmerstraße 29

14 JUN 1938

Telefon: 17 14 72 und 17 14 73  
Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 46 69  
Bankkonto: Commerz- und Privat-  
Bank A. G., Berlin W 8  
Zahlungsort und Erfüllungsort ist  
Berlin-Mitte  
Beauftragungen können nur berück-  
sichtigt werden, wenn sie sofort nach  
Empfang der Rechnung angebracht  
werden

Rechnung für die Preussische Akademie der Künste, Berlin C 2

Duplikat

1.000 Drucksachenkarten, 2 Seiten  
"Die Preussische Akademie der Künste  
beehrt sich usw."

2185.2  
4350

Angenommen bei 17/38

RM	RM
	21,85
	44
	21 41

H. H. 7







Der Reichs- und Preußische Arbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsminister des Innern durch Verordnung vom 26.II.1938 (R.G.Bl.I S.228) mit Wirkung vom 1. April 1938 die Errichtung des Reichstreuhänders für den öffentlichen Dienst angeordnet.

Die Dienststelle des Reichstreuhänders für den öffentlichen Dienst ist eine dem Reichs- und Preußischen Arbeitsminister unmittelbar nachgeordnete höhere Reichsbehörde mit dem Dienstsitz in Berlin NW 40, Fürst-Bismarck-Str.2 (Fernsprecher: 12 2544/45).

Der Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst hat die Aufgabe, eine einheitliche Betreuung des Arbeitslebens im öffentlichen Dienst zu sichern. Ihm sind im Bereich der öffentlichen Hand alle Befugnisse und Obliegenheiten übertragen, die für die private Wirtschaft den Reichstreuhändern der Arbeit zustehen. Seine Zuständigkeit umfaßt das Gebiet des Deutschen Reiches.

Dem Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Bildung und Geschäftsführung der Vertrauensräte zu überwachen und Berufungen und Abberufungen von Vertrauensmännern vorzunehmen,
- b) die Arbeitsbedingungen der Gefolgschaftsmitglieder durch Richtlinien und Tarifordnungen zu regeln und deren Durchführung zu überwachen,
- c) bei der Durchführung der sozialen Ehrengerichtsbarkeit mitzuwirken.

Zur Unterstützung des Reichstreuhänders sind in den Wirtschaftsgebieten bei den Reichstreuhändern der Arbeit Sachbearbeiter des Reichstreuhänders für den öffentlichen Dienst bestellt worden.

Die vom Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst erlassenen allgemeinen Anordnungen sind dort unter Strafschutz gestellt, wo die Dienstaufsicht einer Reichsverwaltung nicht gegeben ist.



21. Mai 1938

*W 5 R*

Wir benachrichtigen Sie, dass die Preussische Akademie der Künste - Berlin N W 7, Schadowstr. 6/7 - vom 1. Juni d. Js. ab ihren Amtssitz nach Berlin C 2, Unter den Linden 3 ( ehemaliges Kronprinzenpalais ) verlegt. Wir bitten die von den Postämtern Berlin W 8 bzw. Berlin N W 7 eingehenden, für die Akademie bestimmten Postsachen nach Unter den Linden 3 zustellen zu lassen.

Der Präsident  
Im Auftrage

*Am*

An das

Postamt

Berlin C 2

*G 1*



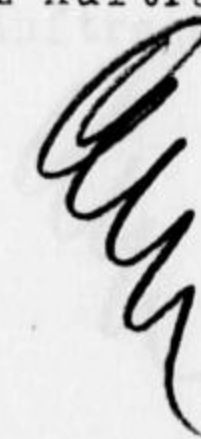
21. Mai 1938

W 5 2

Wir geben hiervon Kenntnis, dass die Preussische Akademie der Künste vom 1. Juni d. Js. ab ihren Amtssitz von dem Hause Schadowstr. 6/7 nach dem ehemaligen Kronprinzenpalais Unter den Linden 3 verlegt. Dort eingehende ev. noch nach Pariser Platz 4 gerichtete Postsachen bitten wir nach Unter den Linden 3 zustellen zu lassen.

Der Präsident

Im Auftrage



An das  
Postamt

Berlin NW 7





21. Mai 1938

W 15/4  
25

Wir benachrichtigen Sie, dass die Preussische Akademie der Künste - Berlin N W 7, Schadowstr. 6/7 - vom 1. Juni d. Js. ab ihren Amtssitz nach Berlin C 2, Unter den Linden 3 ( ehemaliges Kronprinzenpalais ) verlegt. Wir bitten die ev. dort noch eingehenden nach Pariser Platz 4 gerichteten Postsachen der Akademie nach dem Postamt Berlin C 2 weiterleiten zu wollen.

Der Präsident  
Im Auftrage



An das  
Postamt

Berlin W 8

21



Preussische Akademie der Künste

Berlin N W 7, den 12. Mai 1938  
Schadowstr. 6/7

J. Nr. 442

Der Herr Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat durch Runderlass vom 15. Februar 1938 - Z II a 462 W ( abgedruckt im Reichsministerialamtsblatt: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Heft 5 Seite 104 ) Richtlinien für den amtlichen Verkehr der mittleren und unteren Verwaltungsbehörden der inneren Verwaltung und der Gemeinden nach dem Ausland und mit ausländischen Dienststellen im Inland aufgestellt. Unter Abschnitt A Nr. 1 ist über den Schriftverkehr mit fremden Staatsangehörigen im Ausland angeordnet, dass dieser mit fremden Staatsangehörigen, die sich im Ausland aufhalten, auch soweit sie Angehörige deutscher Volksgruppen sind, unter Ausschaltung der deutschen konsularischen Vertretungen grundsätzlich nicht zulässig ist. Den fremden Staatsangehörigen stehen im Sinne dieser Richtlinien die Staatenlosen gleich. Diese Bestimmung

An die  
in Deutschland lebenden  
Mitglieder der Preussischen Akademie der Künste

941



ist durch Erlass des Herrn Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 22. April d. Js. - Z II a 1085, W V (b) - dahin abgeändert worden, dass die in den Richtlinien angeordnete Inanspruchnahme der deutschen konsularischen Vertretungen nicht zu befolgen ist, wenn sich dieser Verkehr auf rein wissenschaftliche, künstlerische und Studienangelegenheiten von nicht grundsätzlicher oder politischer Bedeutung beschränkt. Hierbei ist der Begriff "politisch" weit auszulegen. Es genügt, wenn in dem Schriftverkehr irgendeine Frage politischen oder kirchenpolitischen Einschlags berührt wird oder eine solche im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen, künstlerischen oder Studienangelegenheiten steht, um den unmittelbaren Verkehr mit den deutschen konsularischen Vertretungen auszuschliessen. In Zweifels- oder Grenzfällen ist die Entscheidung des Herrn Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung einzuholen.

Vorstehende Anordnung des Herrn Ministers wird zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung mitgeteilt.

Der Präsident  
In Vertretung

*Stamm* *Ally*

Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 1085, W, V (b)

Berlin W 8, den 22. April 1938.

Postfach

Akademie d. Künste

Nr 0442 28 APR 1938

Schriftverkehr mit fremden Staatsangehörigen im Auslande.

Von der in Abschnitt A Nr. 1 der mit Runderlaß vom 15. Februar 1938 - Z II a 462, W - (RMinAmtsbldtschWiss. S. 104) mitgeteilten Richtlinien angeordneten Inanspruchnahme der deutschen konsularischen Vertretungen kann dann abgesehen werden, wenn sich dieser Verkehr auf rein wissenschaftliche, künstlerische und Studienangelegenheiten von nicht grundsätzlicher oder politischer Bedeutung beschränkt. Hierbei ist der Begriff "politisch" weit auszulegen. Es genügt, wenn in dem Schriftverkehr irgend eine Frage politischen, auch kirchenpolitischen Einschlags berührt wird oder eine solche im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen, künstlerischen oder Studienangelegenheiten steht, um den unmittelbaren Verkehr auszuschliessen. In Zweifels- oder Grenzfällen ist meine Entscheidung einzuholen.

Die Dienststellenleiter mache ich persönlich für die genaueste Beachtung dieser Anordnung verantwortlich.

Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsbldtschWiss. veröffentlicht.

In Vertretung

gez. Zschintzsch.



Beglaubigt

*Glogner*  
Ministerialsekretär.

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
  - b) die nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen der Wissenschaft und Kunstverwaltung

H. Präsidenten d. Akademie d. Künste, Berlin



M i t g l i e d e r  
der Deutschen Akademie der Dichtung

- ✓1. Benn, Gottfried, Dr. med., Hannover, Arnswalderstr. 3
- ✓2. Beumelburg, Werner, Berlin NW 87, Brückenallee 9
- ✓3. Binding, Rudolf G. Dr. h. c., Starnberg Obb., Herzog Wilhelmstr. 3
- ✓4. Blunck, Hans Friedrich, Dr., Hamburg 37, Parkallee 35
- ✓5. Claudius, Hermann, Hamburg-Fuhlsbüttel, Primelweg 8
- ✓6. Dörfler, Peter, Dr., München, Romanstr. 12
- ✓7. Frenssen, Gustav, Barlt 1/Holstein
- ✓8. Griese, Friedrich, Rethus, Markower Mühle bei Parchim in Mecklenburg
- ✓9. Grimm, Hans, Dr., Lippoldsberg (Weser), Klosterhaus
- ✓10. Halbe, Max, Dr., München, Wilhelmstr. 2
- ✓11. Handel-Mazzetti, Eurica, Frein von, Linz a/ Donau Spittelwiese 15
- ✓12. Hauptmann, Gerhart, Dr., Agnetendorf (Riesengebirge)
- ✓13. Huch, Rudolf, Bad Harzburg, Bismarckstr. 33 a
- ✓14. Johst, Hanns, Oberallmannshausen, Oberbayern, Am Starnberger See
- ✓15. Kolbenheyer, Erwin Guido, Dr., Solln b/München
- ✓16. Kurz, Isolde, Frau Dr., München, Ainmillerstr. 18 III
- ✓17. Loerke, Oskar, Bln-Frohnau, Kreuzritterstr. 8
- ✓18. Mell, Max, Dr., Wien XIII, Auhofstr. 244
- ✓19. Miegel, Agnes, Frau, Dr., Königsberg i/Pr. Hornstr. 7
- ✓20. Molo, Ritter Walter von, Murnau a/Staffelsee, Obb.
- ✓21. Münchhausen, Börries, Dr., Freiherr von, Schloss Windischleuba b/Altenburg
- ✓22. Ponten, Josef, Dr., München 25, Martiusstr. 7
- ✓23. Schaffner, Jakob, Bln-Wilmersdorf, Ravensbergerstr. 7
- ✓24. Schäfer, Wilhelm, Dr., Ludwigshafen a/Bodensee, Sommerhalde
- ✓25. Schlaf, Johannes, Weimar, Berkaerstr. 3 pt.
- ✓26. Schmidtbonn, Wilhelm, Dr. h. c., Locarno, Schweiz, Via del Teatro Casa Sasselli
- ✓27. Scholz, Wilhelm Dr. von, Konstanz, Postfach 152
- ✓28. Schönherr, Karl, Dr. med., Wien IX, Severingasse 5
- ✓29. Seidel, Ina, Frau, Starnberg a/ See, Ottostr. 16
- ✓30. Stehr, Hermann, Dr. h. c., Oberschreiberhau (Riesengebirge) Faberhaus
- ✓31. Strauss, Emil, Dr., Freiburg i/Br., Sandstr. 46
- ✓32. Vesper, Will, Meissen, Badgasse 2
- ✓33. Wehner, Josef Magnus, München, Giselastr. 22

33x4 15/11



M i t g l i e d e r  
der Abteilung für M u s i k

Ordentliche Mitglieder		Senatoren	
Berlin und Potsdam	auswärts	Beamtete Senatoren	Wahl- senatoren
✓ Butting	✓ Bittner	Amersdorffer	v. Reznicek
✓ Graener	✓ Haas	Graener	Schumann
✓ Hindemith	✓ Hausegger	v. Keussler	_____
✓ Kempff	Juon	Trapp	2
✓ von Keussler	✓ Klose		
✓ von Reznicek	✓ v. Othegraven	von Staa	
✓ Schumann	✓ Pfitzner	Bieder	
✓ Tiessen	✓ Strauss	Seiffert	
✓ Trapp	✓ Thiel	Stein	
_____	✓ Weismann	Tietjen	
9	✓ Wolf-Ferrari	_____	
	✓ Woyrsch	9	
	_____		
	12		

insgesamt 21 ordentliche  
Mitglieder

Ausserordentliche Mitglieder

Sibelius  
Sinding  
Strawinsky  
\_\_\_\_\_  
3

*20 x Wb 15 May*

April 1937



M i t g l i e d e r  
der Abteilung für die bildenden Künste

Ordentliche Mitglieder			Senatoren	
Berlin	auswärts	Ausland	Beamtete Senatoren	Wahl- Senatoren
<hr/>				
<del>Behrens</del>	<del>Albiker</del>	Bernoulli	Amersdorffer	Dettmann
<del>Belling</del>	<del>Bantzer</del>	Geyger	Behrens	Gessner
<del>Blunck</del>	<del>Barlach</del>	Kirchner	Kanoldt	Herrmann
<del>Bräuning</del>	<del>Bestelmeyer</del>	Stahl	Meid	Hofer
<del>Dettmann</del>	<del>Dieber</del>	Walser	Scheibe	Jansen
<del>Eichhorst</del>	<del>Blecker</del>		Tessenow	Kampf
<del>Franck</del>	<del>Bonatz</del>		Zaeper	Klimsch
<del>Gerstel</del>	<del>Brütt</del>			Pfannschmidt
<del>Gessner</del>	<del>Cauer, Ludw.</del>	5	von Stau	Starck
<del>Gis</del>	<del>Cauer, Stan.</del>		Hanfstaengl	
<del>Herrmann</del>	<del>Engel</del>		Kutschmann	
<del>Hertlein</del>	<del>Feddersen</del>		Kümmel	
<del>Hofer</del>	<del>Fischer</del>		Zimbal	9
<del>Hosaeus</del>	<del>v. Gosen</del>		Kampf	
<del>Jaekel</del>	<del>Grässel</del>			
<del>Jansen</del>	<del>Gulbransson</del>			
<del>Kampf</del>	<del>Hahn</del>		12	
<del>Klimsch</del>	<del>Hoffmann, Jos.</del>			
<del>Kolbe</del>	<del>v. Hofmann, Ludw.</del>			
<del>Kruse</del>	<del>Koheschke</del>			
<del>Lechter</del>	<del>Kreis</del>			
<del>Lederer</del>	<del>Kubin</del>			
<del>Meid</del>	<del>Pankok</del>			
<del>Mies v. d. Rohe</del>	<del>Rehls</del>			
<del>Nelde</del>	<del>Scharff</del>			
<del>Paul</del>	<del>Schmittthener</del>			
<del>Pochstein</del>	<del>Schultze-Naumburg</del>			
<del>Pfannschmidt</del>	<del>Wackerle</del>			
<del>Plontke</del>	<del>Wolff</del>			
<del>Furrmann</del>	<del>v. Zügel</del>			
<del>Schuster-Woldan</del>				
<del>Starck</del>				
<del>Straumer</del>				
<del>Tessenow</del>	30			
<del>Weiss</del>				
35				

insgesamt 70 ordentliche Mitglieder

Ausserordentliche Mit-  
glieder

Brangwyn
Eugen, Prinz v. Schweden
Liljefors
Munch
Oestberg
Sotomayor y Zaragosa
Tengbom
Wright
8

57 x 116

*[Handwritten signature]*



Der Reichs- und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 12. April 1938  
Postfach

Z II a Nr. 1420(b)

Nicht für eine Veröffentlichung  
bestimmt!

Der Reichsminister und Chef  
der Reichskanzlei

Berlin W 8, den 5. April 1938

Rk. 4839 B

An  
die Obersten Reichsbehörden,  
den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten,  
den Herrn Preußischen Finanzminister.

Betr. Beantwortung von Gesuchen an den Führer und Reichskanzler.

Unmittelbar an den Führer gerichtete Gesuche, die Beschwerden über Verfügungen oder Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und Gerichte enthalten, werden in der Regel im Auftrage des Führers und Reichskanzlers von mir, vielfach auch von dem Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP. oder der Adjutantur des Führers den zuständigen Obersten Reichs- oder Landesbehörden zum weiteren Befinden übermittelt. Die Obersten Reichs- und Landesbehörden beauftragen, was nicht zu beanstanden ist, ihrerseits meist nachgeordnete Stellen mit der Beantwortung der Eingaben. Solche Beantwortungen gelangen im Wege der erneuten Beschwerde häufig an den Führer. Dabei hat sich ergeben, daß einzelne dieser Bescheide im Hinblick auf das Verhältnis der Behördenzuständigkeit zur Person des Führers so gefaßt waren, daß sie sowohl mit Recht im Volke Anstoß erregt als auch das Mißfallen des Führers ausgelöst haben. So beliebten es z.B. Verwaltungsbehörden und Gerichte - in einem Falle sogar mit den Worten "Der Führer ist nicht befugt", in einem anderen mit der Bemerkung: "Es ist nicht Sache des Führers" - ihre eigene ausschließliche Zuständigkeit auch im Verhältnis zum Führer und Reichskanzler in einer Form zu betonen, die den Eindruck erwecken mußte, als wollten sie dem Führer das Recht bestreiten, sich um Angelegenheiten zu kümmern, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Selbstverständlich greift der Führer und Reichskanzler im allgemeinen nicht in Einzelfällen in die Verwaltung oder Rechtsprechung ein und überläßt gerade deswegen in aller Regel die Entscheidung über Beschwerden den zuständigen Behörden. Es geht aber nicht an, daß die Behörden daraus folgern und es mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck zu bringen versuchen, der Führer und Reichskanzler könne und dürfe in die von ihnen bearbeiteten Angelegenheiten nicht eingreifen. Solche Begründungen von Bescheiden verletzen das Ansehen der Person des Führers und sind geeignet, das Vertrauen zur Führung des Staates zu gefährden. Ich darf daher im Auftrage des Führers und Reichskanzlers ergebenst bitten, die nachgeordneten Behörden hierauf hinzuweisen.

gez. Dr. Lammers.

Abschrift übersende ich mit dem Ersuchen um Beachtung.  
Dieser Erlass wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss.veröffentlicht.

- In Vertretung  
gez. Zschintzsch
- An  
a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und  
den Herrn Reichskomm. für das Saarland in  
b) die Herren Vorsteher der nachgeordn. Reichs- und  
preuß. Dienststellen.



Ministerialkanzlei-  
sekretär.

Präs. d. Akad. d. Künste



Preussische Akademie der Künste

Berlin N W 7, den 11. April 1938  
Schadowstr. 6/7

Auf Anordnung des Herrn Ministers ist am Sonn-  
abend vor dem diesjährigen Osterfest der Dienst wie an  
Sonntagen zu regeln, der 16. April ist daher dienstfrei.

Zum Umlauf bei sämtlichen Beamten, Angestellten  
und Lohnempfängern zwecks Kenntnissnahme.

Der Präsident

Im Auftrage

*H. Gumboldt*

*Erreichte gemeinsam*

*17/4*  
*18/4*

*Mr 13/4 38.*  
*St 13.14.38*  
*Fi 13.4.38*  
*h 13.4.38.*  
*Döb. 13.4.38.*  
*P. 13.4.38.*  
*Mali 13.4.38*

*No. 13. IV*  
*Polanski 13./4.*  
*Levitsky 13/4*  
*Ottomberg 13.4.38*  
*Zang 11 4 1*  
*Holzmüller 1 1*  
*Kistner 4 4 9*

*41*



## Preußische Akademie der Künste

Berlin NW 7, den 1. April 1938  
Schadowstr. 6-7

An alle Mitglieder  
der Akademie

U. d. Kunstbeiträge

Den Mitgliedern der Akademie teile ich ergebenst mit, daß auf höhere Anordnung das Gebäude der Akademie (einschließlich Ausstellungsräume) an den Herrn Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt abgegeben werden mußte. Der Akademie ist für ihre Büros und für die künftigen Ausstellungen von dem Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und dem Herrn Preußischen Finanzminister das ehemalige Kronprinzen-Palais Unter den Linden 3 überwiesen worden, das zurzeit für die Zwecke der Akademie eingerichtet wird. Der Sitz der Akademie ist vorläufig deren Bürohaus Berlin NW 7, Schadowstr. 6-7, das <sup>die</sup> ~~die~~ Akademie seit dem 1. Januar d. Js. innehat.

Wenn wir auch die Aufgabe des Gebäudes am Pariser Platz, in dem die Akademie über 30 Jahre lang so viele denkwürdige Ausstellungen veranstaltet hat, beklagen, so sind wir den beteiligten Ministerien für die Überweisung des ehemaligen Kronprinzen-Palais doch sehr dankbar, weil dessen Lage für die Ausstellungen der Akademie <sup>sehr dankbar</sup> ~~glänzend~~ und noch ~~günstiger~~ günstiger als die Lage des Hauses am Pariser Platz ist und weil Vorsorge getroffen wurde, die Ausstellungsräume in dem Palais in ~~besonders~~ schöner und würdiger Weise für die Zwecke der Akademie auszugestalten. Die Akademie rückt durch diese Verlegung wieder in die unmittelbare Nähe zu ihrer Geburts-  
stätte

91



stätte, des einstigen Kgl. Marstallgebäudes ( heutige Staatsbibliothek ), in dem sie über 200 Jahre lang ihren Sitz hatte.

Das sehr schön eingerichtete Bürohaus der Akademie Schadowstr. 6-7 ( früheres Klubhaus der Deutschen Gesellschaft ), das die Akademie bei der endgültigen Übersiedlung in das Kronprinzen-Palais <sup>nicht</sup> verlassen wird, empfehlen wir der gelegentlichen Besichtigung durch die Mitglieder.

Heil Hitler !

Der Präsident

In Vertretung



1  
Preussische Akademie der Künste  
-----

Berlin NW 7, den 1. April 1938  
Schadowstr. 6-7

Den Mitgliedern der Akademie teile ich ergebenst mit, daß auf höhere Anordnung das Gebäude der Akademie am Pariser Platz ( einschließlich Ausstellungsräume ) an den Herrn Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt abgegeben werden mußte. Der Akademie ist für ihre Büros und für die künftigen Ausstellungen von dem Herrn Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und dem Herrn Preussischen Finanzminister das ehemalige Kronprinzen-Palais Unter den Linden 3 überwiesen worden, das zurzeit für die Zwecke der Akademie eingerichtet wird. Der Sitz der Akademie ist vorläufig deren Bürohaus Berlin NW 7, Schadowstr. 6-7, das sie seit dem 1. Januar d. Js. innehat.

Wenn wir auch die Aufgabe des Gebäudes am Pariser Platz, in dem die Akademie über 30 Jahre lang so viele denkwürdige Ausstellungen veranstaltet hat, beklagen, so sind wir den beteiligten Ministerien für die Überweisung des ehemaligen Kronprinzen-Palais doch sehr dankbar, weil dessen Lage für die Ausstellungen der Akademie die denkbar beste und noch günstiger als die Lage des Hauses

am



am Pariser Platz ist und weil Vorsorge getroffen wurde, die Ausstellungsräume in dem Palais in schöner und würdiger Weise für die Zwecke der Akademie auszugestalten. Die Akademie rückt durch diese Verlegung wieder in die unmittelbare Nähe zu ihrer Geburtsstätte, des einstigen Kgl. Marstallgebäudes ( heutige Staatsbibliothek), in dem sie über 200 Jahre lang ihren Sitz hatte.

Das sehr schön eingerichtete Bürohaus der Akademie Schadowstr. 6-7 ( früheres Klubhaus der Deutschen Gesellschaft), das die Akademie bei der endgültigen Übersiedlung in das Kronprinzen-Palais wieder verlassen wird, empfehlen wir der gelegentlichen Besichtigung durch die Mitglieder -

Heil Hitler !

Der Präsident

Jn Vertretung

*Paul Anton*



Preußische Akademie der Künste

Berlin NW 7, den 30. März 1938  
Schadowstr. 6-7

*Ausdruck*

*W. H. M.*

Presse notiz

Verlegung der Preussischen Akademie der Künste, Berlin

Die Räume der Preussischen Akademie der Künste am Pariser Platz sind dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt zur Verfügung gestellt worden. Der Akademie ist von dem Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und von dem Preussischen Finanzminister das ehemalige Kronprinzen-Palais überwiesen worden, das gegenwärtig für die Büros und die Ausstellungen der Akademie eingerichtet wird. Bis zur Fertigstellung dieser Einrichtung ist der Sitz der Akademie deren Bürohaus Berlin NW 7, Schadowstr. 6-7.

././.

././.

Um Aufnahme vorstehender Notiz in Ihr geschätztes Blatt wird ergebenst gebeten.

Der Präsident

In Vertretung

*Reinhold* *Alte*

81



142  
Preußische Akademie der Künste  
-----

Berlin NW 7, den 30. März 1938  
Schadowstr. 6-7

P r e s s e n o t i z

Verlegung der Preußischen Akademie der Künste, Berlin

Die Räume der Preußischen Akademie der Künste am Pariser Platz sind dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt zur Verfügung gestellt worden. Der Akademie ist von dem Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und von dem Preußischen Finanzminister das ehemalige Kronprinzen-Palais überwiesen worden, das gegenwärtig für die Büros und die Ausstellungen der Akademie eingerichtet wird. Bis zur Fertigstellung dieser Einrichtung ist der Sitz der Akademie deren Bürohaus Berlin NW 7, Schadowstr. 6-7 .

.//.

.//.

Um Aufnahme vorstehender Notiz in Ihr geschätztes Blatt wird ergebenst gebeten .

Ihr Präsident

In Vertretung

*Paul Anton*



143  
Preussische Akademie der Künste  
-----

Berlin NW 7, den 30. März 1938  
Schadowstr. 6-7

P r e s s e n o t i z

Verlegung der Preussischen Akademie der Künste, Berlin

Die Räume der Preussischen Akademie der Künste am Pariser Platz sind dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt zur Verfügung gestellt worden. Der Akademie ist von dem Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und von dem Preussischen Finanzminister das ehemalige Kronprinzen-Palais überwiesen worden, das gegenwärtig für die Büros und die Ausstellungen der Akademie eingerichtet wird. Bis zur Fertigstellung dieser Einrichtung ist der Sitz der Akademie deren Bürohaus Berlin NW 7, Schadowstr. 6-7 .

.//.

.//.

Um Aufnahme vorstehender Notiz in Ihr geschätztes Blatt wird ergebenst gebeten .

Ihr Präsident

In Vertretung

*Paul Arndt*



144  
Preussische Akademie der Künste  
-----

Berlin NW 7, den 30. März 1938  
Schadowstr. 6-7

P r e s s e n o t i z

Verlegung der Preussischen Akademie der Künste, Berlin

Die Räume der Preussischen Akademie der Künste am Pariser Platz sind dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt zur Verfügung gestellt worden. Der Akademie ist von dem Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und von dem Preussischen Finanzminister das ehemalige Kronprinzen-Palais überwiesen worden, das gegenwärtig für die Büros und die Ausstellungen der Akademie eingerichtet wird. Bis zur Fertigstellung dieser Einrichtung ist der Sitz der Akademie deren Bürohaus Berlin NW 7, Schadowstr. 6-7 .

Der Präsident

Jn Vertretung

*Paul Anton*



23. März 1938

*W 5 m*

Wir geben hiervon Kenntnis, dass die Diensträume der Preussischen Akademie der Künste - Berlin W 8, Pariser Platz 4 - vom 25. d. Mts. ab nach dem Hause Schadowstrasse 6/7 verlegt werden. Wir bitten alle für die Akademie bestimmten Postsachen, die nach Pariser Platz 4 gerichtet sind, nach dem Postamt N W 7 weiterleiten zu wollen.

Der Präsident  
Im Auftrage

*Alu*

An das Postamt  
Berlin NW 7  
Postamt  
Berlin W 8

*97*



23. März 1938

ab 15 Uhr

Wir benachrichtigen Sie, dass die Diensträume der Preussischen Akademie der Künste - Berlin W 8, Pariser Platz 4 - vom 25. d. Mts. ab nach dem Hause Schadowstrasse 6/7 verlegt werden. Wir bitten die dort eingehenden ev. noch nach Pariser Platz 4 gerichteten Post-sachen der Akademie nach Schadowstr. 6/7 zustellen zu lassen.

Der Präsident  
Im Auftrage

*Qu*

An das Postamt

Berlin NW 7

1

ab 12 Uhr

Wir geben hiermit bekannt, dass die Diensträume der Preussischen Akademie der Künste - Berlin W 8, Pariser Platz 4 - vom 25. d. Mts. ab nach dem Hause Schadowstrasse 6/7 verlegt werden. Wir bitten die dort eingehenden ev. noch nach Pariser Platz 4 gerichteten Post-sachen der Akademie nach Schadowstr. 6/7 zustellen zu lassen.

Der Präsident  
Im Auftrage

*Qu*

An das  
Postamt  
Berlin W 8

1



W. H. H. H.

W. H. H. H.

Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a Nr. 747

Berlin W 8, den 4. März 1938.  
Postfach

147

20. MRZ 1938

Gebrauch von Abkürzungen für die Nationalpolitischen Erziehungs-  
anstalten.

Die Landesverwaltung der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten  
in Preußen hat am 4. Februar 1938 den Nationalpolitischen Erziehungs-  
anstalten folgendes mitgeteilt:

"Es wird hiermit untersagt, in Zukunft für die Bezeichnung "Na-  
tionalpolitische Erziehungsanstalten" irgendeine Abkürzung Anstalts-  
fremden gegenüber zu gebrauchen.

Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß in einem wichtigen offi-  
ziellen Bericht einer englischen Studienkommission nicht die National-  
politischen Erziehungsanstalten, sondern die deutschen "Napoli-Schu-  
len" erschienen sind. In einem anderen Fall ist durch die Abkürzung  
"Napola" bei einer Zeitung der Eindruck entstanden, es handelte sich  
um

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und  
den Herrn Reichskommissar für das Saarland  
in S a a r b r ü c k e n ,
  - b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preussischen Dienststellen.

H. Mas. d. H. H. H. H.

41



um italienische Schulen. Es liegt auf der Hand, daß Beides und evtl. weitere Fälle dieser Art nicht im Interesse der Sache liegt.

Es ist also mit allem Ernst und aller Sorgfalt daran zu arbeiten, daß diese häßliche Unsitte ausgerottet wird.

Wenn im inneramtlichen Verkehr und in Entwürfen die Abkürzung "N.P.E.A." für Nationalpolitische Erziehungsanstalt gebraucht wird, so ist dagegen nichts einzuwenden."

Jch ersuche um entsprechende Beachtung.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

Jm Auftrage

*hmm*  
Grl.  
Berlin, den 12. Mai 1938  
An Präsid.  
J. G.  
A. W.

Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
ZIIa 66, WJ, WL, EIV (b)

Berlin W 8, den 12. Februar 1938.  
-Postfach-

Auf das Schreiben vom 6. Dezember 1937 - Nr. 4946 Dr. Sch./Fz. I  
20117 - wegen der Siegelführung.

Jch habe davon Kenntnis genommen, daß Sie die Entscheidung des Führers, wonach der Kopf des Adlers im Hoheitszeichen der NSDAP. nach links (vom Beschauer gesehen nach rechts) gewendet ist, bei Neuanschaffungen von Dienststempeln beachten und durch allmähliche Ersetzung der alten Siegel durch die Parteisiegel den Beanstandungen Rechnung tragen.

Unterschrift.

An den Reichsstudentenführer Herrn Dr. S c h e e l, München 2,  
Karlstr. 16.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis. Die mir in dieser Angelegenheit vorliegenden Berichte finden hiermit ihre Erledigung.

Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.  
(Zusatz für die Empfänger des Runderlasses v. 20.10.37  
-E IV 10545/37, W, ZIIa -):

Auf meinen Runderlaß vom 20. Oktober 1937 - E IV 10545/37,  
W, ZIIa - nehme ich hierbei Bezug.

Jn Vertretung  
gez. Zschintzsch.

Beglaubigt

Krupp-Prattis  
Verwaltungssekretär.



- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
  - b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen.

Herrn Präsidenten d. Akademie d. Künste, Berlin

Grl.  
Berlin, den 12. Mai 1938  
An Präsid.  
J. G.  
A. W.



Der Reichs- und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a Nr. 329

Berlin W 8, den 5. Februar 1938  
Postfach

Nicht für die Veröffentlichung  
bestimmt!

Abschrift

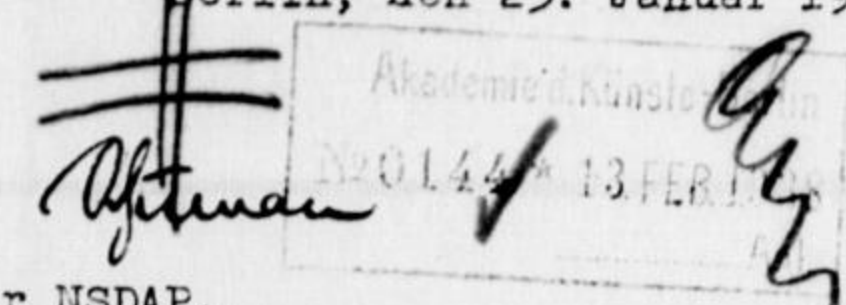
Der Reichsminister und Chef  
der Reichskanzlei

Rk. 1355 B

An

die Obersten Reichsbehörden,  
den Herrn Reichspressechef der NSDAP.

Berlin, den 25. Januar 1938



Betr. Formulierung der Begriffe "Deutschtum im Ausland,  
Auslandsdeutscher und Volksdeutscher".

In einer Rede, die Gauleiter Bohle am 24. Januar 1938 in  
Budapest gehalten hat, ist eine genaue Terminologie der Begriffe  
"Deutschtum im Ausland, Auslandsdeutscher und Volksdeutscher" ge-  
geben. Die betreffende Stelle der Rede lautet folgendermaßen:

"Wenn wir generell vom Deutschtum im Ausland sprechen,  
so verstehen wir darunter sowohl die Auslandsdeut-  
schen wie auch die Volksdeutschen. Wir wissen aber  
ganz klar zu unterscheiden zwischen den Auslandsdeut-  
schen, d.h. den Reichsdeutschen im Ausland, und den  
Volksdeutschen, die in Sprache und Kultur deutschen  
Stammes sind, nicht aber als Bürger zum Deutschen  
Reich gehören".

Diese Formulierung der genannten Begriffe hat der Führer und Reichs-  
kanzler selbst vorgeschlagen.

Der Führer und Reichskanzler wünscht, daß künftig die Be-  
griffe "Deutschtum im Ausland, Auslandsdeutscher und Volksdeut-  
scher" in allen offiziellen Verlautbarungen in diesem Sinne ange-  
wandt werden.

Von einer besonderen Veröffentlichung dieser Terminologie  
soll vorerst abgesehen werden.

gez. Dr. Lammers.

Abschrift übersende ich mit dem Ersuchen um genaueste Be-  
achtung.

Von einer Veröffentlichung dieses Runderlasses ist abzuse-  
hen. Eine Veröffentlichung im RMinAmtsbldtschWiss. erfolgt nicht.

Im Auftrage  
gez. Kunisch.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder  
und  
den Herrn Reichskommissar für das Saarland  
in Saarbrücken
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preuß. Dienststellen.

Beglaubigt



Verwaltungssekretär

L. Präs. d. Akad. d. Künste

Handwritten signature and date '14.2.38'.



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a Nr. 5170

150  
Berlin W 8, den 7. Dezember 1937.  
Postfach

Abschrift.

Der Reichsminister der Finanzen

A 1340 - 130 I

Berlin W 8, den 22. November 1937.  
Wilhelmplatz 1/2

Betrifft: Aushang von Kernsprüchen in Diensträumen.

Von Gaupropagandaleitungen der NSDAP werden gedruckte Kernsprüche des Führers herausgegeben und vertrieben. Diese Wochensprüche sollen u.a. in Dienststellen mit starkem Publikumsverkehr aufgehängt werden, um das Gedankengut der Bewegung und die Ideen des Führers dem breiten Publikum näherzubringen.

Die Anschaffung der Rahmen und Kernsprüche für alle Reichs- und Länderverwaltungen würde, wie ich den mir zugegangenen Mitteilungen einiger Reichsministerien entnehme, bei den geforderten Preisen in der Gesamtheit sehr beträchtliche Aufwendungen erfordern, die aus bereiten Haushaltsmitteln nicht bestritten werden können. Angesichts des sonstigen Finanzbedarfs sehe ich mich leider auch nicht in der Lage, für diesen Zweck Mittel besonders zur Verfügung zu stellen.

Die Bestrebungen der Gaupropagandaleitungen müssen selbstverständlich im übrigen auf jede geeignete Weise unterstützt werden.

Jm Auftrage  
(Unterschrift).

31 An die obersten Reichsbehörden.

An  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten  
Reichs- und preussischen Dienststellen.

Abschrift

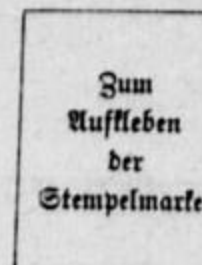


Abschrift übersende ich zur Kenntnis.  
Dieser Erlaß wird nicht im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.  
Im Auftrage

*Münch*

*Y.  
Joh.  
Berlin, 10. August 1937  
A. Frick  
A. Frick*

*Ste.*



*Alb. 17*

# Vollmacht

Berlin W 8, den 24. Juli 1937

Kraft nachstehender, der Deutschen Reichspost gegenüber abgegebenen Erklärung bevollmächtigt Unterzeichneter hierdurch

(Vor- und Name,  
Stand, Wohnung der  
Bevollmächtigten)

1. den Regierungsinspektor W a h n

2. ~~den~~

jeden für sich  
gemeinschaftlich

a) für unbeschränkte Zeitdauer bis auf Widerruf

b) für den Zeitraum vom 26. Juli 1937

bis 11. August 1937

alle bei der Postanstalt ~~in~~ für:

die Preussische Akademie der Künste

in Berlin W 8, Pariser Platz 4

~~Straße Nr.~~

eingehenden gewöhnlichen Briefsendungen jeder Art, Paketkarten zu gewöhnlichen Paketen und die Pakete selbst, Ablieferungsscheine oder Paketkarten zu Einschreibsendungen, Wertbriefen und Wertpaketen, sowie Postanweisungen, Zahlungsanweisungen der Postfischämter und Anlagen der Postaufträge zur Geldeinzahlung und der Postprotestaufträge in Empfang zu nehmen sowie den Empfang der Sendungen selbst und der baren Geldebeträge vollgültig zu bescheinigen.

Die Sendungen usw. sollen an den Bevollmächtigte ~~in der Wohnung~~ im Geschäftsraum, zur Zeit Berlin W 8, Pariser Platz 4, abgegeben werden.

Für den Fall meines Ablebens soll die Vollmacht so lange gelten, bis sie von meinen Erben widerrufen wird.

Preussische Akademie der Künste  
Der Präsident

Berlin, den 24. Juli 1937

Daß Herr

vorstehende Vollmacht eigenhändig unterschrieben hat, wird unter Beidrückung des Dienstfieglers beglaubigt.

Die vorstehende Unterschrift des Vollmachtgebers ist dem Unterzeichneten genau bekannt, eine Beglaubigung ist daher nicht nötig.

, den 19

Post

Bitte Rückseite beachten.

C 141 zu 2 Din A3, 6c 60  
V. 1. 1. 38



## Bemerkungen

1. Ob zu den Vollmachten und den Beglaubigungen ein Stempel verwendet werden muß, richtet sich nach den Landesgesetzen.

Im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes (preussisches Staatsgebiet ausschließlich der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland) sind die Vollmachten stempelpflichtig. Die Beglaubigung der Unterschrift ist stempelfrei. Der Vollmachtstempel ist im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes durch die Steuerbehörden und Stempelverteiler oder durch die Postanstalten zu entwerfen, wenn der Vollmachtgeber nicht selbst zur Entwertung berechtigt ist. Beglaubigt ein Notar die Unterschrift, so ist auch dieser befugt, den Vollmachtstempel zu verwenden und zu entwerfen. Die Verstemplung muß spätestens binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung der Vollmacht erfolgen. Wird diese Frist versäumt, so tritt die gesetzliche Strafe ein (§ 17 des Stempelsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1924, Preussische Gesetzsammlung S. 627).

2. Postvollmacht kann im allgemeinen nur an wirkliche (physische) Personen, nicht aber an Firmen erteilt werden. Werden mehrere Personen gleichzeitig bevollmächtigt, so ist anzugeben, ob sie gemeinschaftlich oder jede für sich zur Empfangnahme usw. berechtigt sein sollen. Die Bevollmächtigung mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen Empfangnahme usw. ist nur dann zulässig, wenn der Empfänger Abholungserklärung hinterlegt hat oder sicherstellt, daß die Bevollmächtigten von den Zustellern in demselben Raume zusammen angetroffen werden.

Im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes wird zu einer Vollmacht, durch die jemand mehrere Personen in der Weise bevollmächtigt, daß jede einzelne für sich zur Empfangnahme von Postsendungen berechtigt sein soll, der Vollmachtstempel so oft erhoben, als einzelne Bevollmächtigte vorhanden sind. Werden gleichzeitig mehrere Personen in der Weise bevollmächtigt, daß je zwei oder mehrere von ihnen gemeinschaftlich zur Empfangnahme von Postsendungen berechtigt sein sollen, so wird der Vollmachtstempel so oft erhoben, als Vollmachtsverhältnisse, jedoch nicht öfter als bevollmächtigte Personen vorhanden sind.

3. Eingetragene Firmen haben als Anschrift den

### Wortlaut der handelsgerichtlichen Eintragung

der Firma anzugeben.

4. Vollmachten minderjähriger Personen gelten nur, wenn sie von dem Inhaber der elterlichen Gewalt (gegebenenfalls unter Zuziehung des etwa gerichtlich bestellten Beistands) oder von dem Vormund und, falls ein Gegenvormund bestellt ist, auch von diesem vollzogen werden.
5. Die Beglaubigung der Unterschrift muß, wenn sie erforderlich ist, von einem zur Führung eines amtlichen Siegels berechtigten Beamten oder von einer zur Führung eines Siegels berechtigten Handelskammer oder Handwerkskammer unter Beidrückung des Siegels vorgenommen werden. Der Beglaubigungsvermerk einer Handelskammer usw. muß unter ihrem Namen von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter vollzogen sein; als Stellvertreter des Vorsitzenden kann auch der von der Handelskammer bezeichnete geschäftsführende Beamte (Handelskammersekretär) den Beglaubigungsvermerk vollziehen. Postbeamte sind zur Beglaubigung nicht befugt. Handzeichen von Personen, die nicht schreiben können oder durch körperliche Gebrechen verhindert sind, sind gerichtlich oder notariell zu beglaubigen. In der Beglaubigung der Unterschrift sind Vor- und Zuname und Stand der Personen anzugeben, die die Vollmacht unterzeichnet haben; die bloße Wiederholung der Firma genügt nicht.
6. Das Erlöschen einer Postvollmacht ist der Zustellpostanstalt sofort mitzuteilen. Zur Aufhebung einer Vollmacht sind außer dem Vollmachtgeber etwaige Mitinhaber oder Prokuristen der Firma, deren Rechtsnachfolger und im Falle des Todes die Erben des Vollmachtgebers berechtigt.

Die Streichung des Schlusssatzes der Vollmacht „Für den Fall meines Ablebens usw.“ ist zulässig, wenn die Vollmacht von einer Gesellschafts- oder Genossenschaft oder einem Verein ausgeht. Ist dagegen der Vollmachtgeber eine Einzelfirma oder Einzelperson, so darf der Schlusssatz nicht gestrichen werden.

Telegramm an Prof. Dr. Hermann Müller Sohn Dr.

Leipzig.

Gutes Glück, die künftige Zukunft hat alle

besten Prospekten.

Hermann Müller Sohn

152

77

99



PREUSSISCHE AKADEMIE DER KÜNSTE

Berlin W 8  
Pariser Platz 4



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
Z II a 2366, E Ib, E II a, E III c (J),  
E IV, W, V (b)

Berlin W 8, den 12. Juni 1937  
Postfach

Akademie der Künste

Betrifft: Siegelführung.

In § 3 des Erlasses über die Reichssiegel vom 16. März 1937 (RGBl. I S. 307) sind unter den zur Führung des Reichssiegels berechtigten Stellen auch die Leiter der öffentlichen Schulen und Hochschulen aufgeführt. Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichs- und Preussischen Minister des Innern bestimme ich für meinen Geschäftsbereich folgendes:

I. Volks-, mittlere-, höhere-, Berufs- und Fachschulen.

1) Die Schulleiter dürfen das kleine Reichssiegel nur bei Schulhoheitsakten verwenden. Als solche kommen in Betracht:

- a) die Erteilung von Zeugnissen jeder Art, einschl. der Dienstzeugnisse für Lehrer,
- b) die Beglaubigung der Abschriften von Zeugnissen und anderen Schriftstücken des amtlichen Schriftverkehrs des Schulleiters,
- c) amtliche Schreiben, in denen wichtige Schulhoheitsakte, z. B. Schulstrafen, Verweisungen und dergl. mitgeteilt werden, Strafanträge wegen Schulversäumnis nach § 8 des Pr. Schulpflichtgesetzes.
- d) die Ausstellung von Ausweisen gegenüber der Reichsbahn zur Erlangung von Fahrpreisermäßigungen für die Schüler u. ä.

2) Die Abgangszeugnisse und insbesondere die Reifezeugnisse müssen das kleine Reichssiegel tragen. Andere Zeugnisse sollen mit dem Siegel nur versehen werden, wenn ein besonderes Bedürfnis hierfür besteht.

3) Die Verwendung des kleinen Reichssiegels in Angelegenheiten der Schulunterhaltung sowie bei dem Abschluß von Anstellungsverträgen mit nichtbeamteten Hilfskräften ist unzulässig, auch soweit diese Angelegenheiten zur Zuständigkeit des Schulleiters gehören.

4) Das kleine Reichssiegel ist von den Schulleitern nur als Farbdruckstempel (vergl. Muster 2 b der Anlage zu dem Erlaß über die Reichssiegel) zu verwenden.

5) Die Umschrift hat (beispielsweise) zu lauten:

"Der Direktor des Arndt-Gymnasiums in X", "Der Direktor der Oberschule in Y", "Der Rektor der Volksschule III in Z".

Bei einer Schule, deren Leiter keine besondere Amtsbezeichnung führt, lautet die Umschrift: "Der Leiter der ..... Schule in X".

6) Die Beschaffung des Siegels ist Sache des Unterhaltsträgers.

II. Wissenschaftliche Hochschulen.

Leiter des Hochschulen im Sinne des Erlasses über die Reichssiegel vom 16. März 1937 sind außer dem Rektor nur die Dekane der Fakultäten.

- An
- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
  - b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen.

G. Frick, v. d. W. v. d. W.  
Frick

91

12. Juni 1937  
Akademie der Künste  
V. d. W. v. d. W.  
Frick



täten. Sie führen das kleine Reichssiegel. Die Umschrift hat zu lauten: "Der Rektor der ..... Universität in X", "Der Dekan der Juristischen Fakultät der Universität in Y". Die Anwendung des Siegels ist auf die Fälle zu beschränken, in denen ein wirkliches Bedürfnis hierzu besteht. Im allgemeinen wird in diesen Fällen die Benutzung als Farbdruckstempel ausreichen.

Mit Rücksicht darauf, daß das kleine Reichssiegel im Durchmesser von 3/2 cm für manche feierliche Beurkundungen der Hochschulen nicht voll geeignet ist, und zur Erhaltung der historischen Siegel gestatte ich den Rektoren und Dekanen die Verwendung des den Hochschulen und Fakultäten verliehenen besonderen - historischen - Siegels als Schmuckwappen bei der Verleihung von akademischen Würden und Graden, wie der Ernennung zum Ehrensator oder Ehrenbürger, der Promotion, der Verleihung des Dr.habil., der Ehrenpromotion usw. Das historische Siegel soll als Schmuckwappen am Kopf der Urkunde verwendet werden. Für den eigentlichen Beurkundungsakt kommt allein das kleine Reichssiegel in Betracht, das neben den Namen des Rektors oder des Dekans zu setzen ist.

Die Beibehaltung der historischen Siegel als Schmuckwappen in der vorbezeichneten Weise bedarf meiner Genehmigung. Über die Art der beabsichtigten Verwendung sind mir binnen 4 Wochen geeignete Vorschläge zu machen. Dem Bericht ist ein Abdruck der beizubehaltenden historischen Siegel der Hochschulen und der Fakultäten beizufügen.

Bei den Hochschulen und Fakultäten, die bisher zur Führung eines besonderen Siegels nicht berechtigt waren, kommt nur die Führung des kleinen Reichssiegels in Betracht.

Soweit die Einrichtungen der Hochschulen zur Führung des kleinen Reichssiegels nicht berechtigt sind, darf nur ein reiner Schriftstempel verwendet werden.

Siegel mit dem früheren Reichsadler oder einem Landeswappen, auch in Begleitung oder Verbindung mit anderen Zeichen und Sinnbildern, dürfen nicht mehr verwendet werden.

### III. Kunsthochschulen.

Zur Führung des kleinen Reichssiegels sind grundsätzlich nur die Leiter der staatlichen Kunsthochschulen berechtigt, die Leiter anderer Ausbildungsanstalten auf dem Gebiete der Kunst nur dann, wenn die Führung eines eigenen Dienstsiegels durch die Satzung oder durch besonderen Erlaß von mir ausdrücklich genehmigt worden ist. Das kleine Reichssiegel darf nur verwendet werden bei öffentlichen Beurkundungen der Hochschulen (Zeugnissen, amtlichen Bescheinigungen, Verträgen und sonstigen Schriftstücken urkundlicher Art).

Dieser Erlaß wird auch im RMinAmtsblDtschWiss. veröffentlicht.

In Vertretung

gez. Zschintzsch.



Beglaubigt:

*Handwritten signature: Zschintzsch*  
Verwaltungssekretär.



## Vollmacht

Berlin W 8, den 13. April 1937

Kraft nachstehender, der Deutschen Reichspost gegenüber abgegebenen Erklärung bevollmächtigt Unterzeichnete hierdurch

1. <sup>ich</sup> ~~den~~ Akademie-Oberinspektor Alfred Körber

2. b

a) für unbeschränkte Zeitdauer bis auf Widerruf jeden für sich

b) für den Zeitraum vom 19

bis 19

alle bei der Postanstalt in für:

in Berlin W 8, Pariser Platz 4

eingehenden gewöhnlichen Brieffendungen jeder Art, Paketarten zu gewöhnlichen Paketen und die Pakete selbst, Ablieferungsscheine oder Paketkarten zu Einschreibsendungen, Wertbriefen und Wertpaketen, sowie Postanweisungen, Zahlungsanweisungen der Postfischämter und Anlagen der Postaufträge zur Geldeinzahlung und der Postprotestaufträge in Empfang zu nehmen sowie den Empfang der Sendungen selbst und der baren Geldbeträge vollgültig zu bescheinigen.

Die Sendungen usw. sollen an den Bevollmächtigte ~~in der Wohnung~~ im Geschäftsraum, zur Zeit ~~abgegeben~~ werden ~~abgeholt~~ werden.

Für den Fall meines Ablebens soll die Vollmacht so lange gelten, bis sie von meinen Erben widerrufen wird.

Preussische Akademie der Künste

Der Präsident

Berlin, den 13. April 1937

Daß Herr

vorstehende Vollmacht eigenhändig unterschrieben hat, wird unter Beidrückung des Dienstsiegels beglaubigt.

Die vorstehende Unterschrift des Vollmachtgebers ist dem Unterzeichneten genau bekannt, eine Beglaubigung ist daher nicht nötig.

Post

Bitte Rückseite beachten.

C 141 zu 2 Din A3, 6c 60  
V. 1 f 25



### Bemerkungen

1. Ob zu den Vollmachten und den Beglaubigungen ein Stempel verwendet werden muß, richtet sich nach den Landesgesetzen.

Im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes (preussisches Staatsgebiet ausschließlich der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland) sind die Vollmachten stempelpflichtig. Die Beglaubigung der Unterschrift ist stempelfrei. Der Vollmachtstempel ist im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes durch die Steuerbehörden und Stempelverteiler oder durch die Postanstalten zu entwerfen, wenn der Vollmachtgeber nicht selbst zur Entwertung berechtigt ist. Beglaubigt ein Notar die Unterschrift, so ist auch dieser befugt, den Vollmachtstempel zu verwenden und zu entwerfen. Die Verstempelung muß spätestens binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung der Vollmacht erfolgen. Wird diese Frist veräumt, so tritt die gesetzliche Strafe ein (§ 17 des Stempelsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1924, Preussische Gesetzsammlung S. 627).

2. Postvollmacht kann im allgemeinen nur an wirkliche (physische) Personen, nicht aber an Firmen erteilt werden. Werden mehrere Personen gleichzeitig bevollmächtigt, so ist anzugeben, ob sie gemeinschaftlich oder jede für sich zur Empfangnahme usw. berechtigt sein sollen. Die Bevollmächtigung mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen Empfangnahme usw. ist nur dann zulässig, wenn der Empfänger Abholungserklärung hinterlegt hat oder sicherstellt, daß die Bevollmächtigten von den Zustellern in demselben Räume zusammen angetroffen werden.

Im Geltungsbereich des preussischen Stempelsteuergesetzes wird zu einer Vollmacht, durch die jemand mehrere Personen in der Weise bevollmächtigt, daß jede einzelne für sich zur Empfangnahme von Postsendungen berechtigt sein soll, der Vollmachtstempel so oft erhoben, als einzelne Bevollmächtigte vorhanden sind. Werden gleichzeitig mehrere Personen in der Weise bevollmächtigt, daß je zwei oder mehrere von ihnen gemeinschaftlich zur Empfangnahme von Postsendungen berechtigt sein sollen, so wird der Vollmachtstempel so oft erhoben, als Vollmachtsverhältnisse, jedoch nicht öfter als bevollmächtigte Personen vorhanden sind.

3. Eingetragene Firmen haben als Anschrift den

#### Wortlaut der handelsgerichtlichen Eintragung

der Firma anzugeben.

4. Vollmachten minderjähriger Personen gelten nur, wenn sie von dem Inhaber der elterlichen Gewalt (gegebenenfalls unter Zuziehung des etwa gerichtlich bestellten Beistands) oder von dem Vormund und, falls ein Gegenvormund bestellt ist, auch von diesem vollzogen werden.
5. Die Beglaubigung der Unterschrift muß, wenn sie erforderlich ist, von einem zur Führung eines amtlichen Siegels berechtigten Beamten oder von einer zur Führung eines Siegels berechtigten Handelskammer oder Handwerkskammer unter Beidrückung des Siegels vorgenommen werden. Der Beglaubigungsvermerk einer Handelskammer usw. muß unter ihrem Namen von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter vollzogen sein; als Stellvertreter des Vorsitzenden kann auch der von der Handelskammer bezeichnete geschäftsführende Beamte (Handelskammersekretär) den Beglaubigungsvermerk vollziehen. Postbeamte sind zur Beglaubigung nicht befugt. Handzeichen von Personen, die nicht schreiben können oder durch körperliche Gebrechen verhindert sind, sind gerichtlich oder notariell zu beglaubigen. In der Beglaubigung der Unterschrift sind Vor- und Zuname und Stand der Personen anzugeben, die die Vollmacht unterzeichnet haben; die bloße Wiederholung der Firma genügt nicht.
6. Das Erlöschen einer Postvollmacht ist der Zustellpostanstalt sofort mitzuteilen. Zur Aufhebung einer Vollmacht sind außer dem Vollmachtgeber etwaige Mitinhaber oder Prokuristen der Firma, deren Rechtsnachfolger und im Falle des Todes die Erben des Vollmachtgebers berechtigt.

Die Streichung des Schlusssatzes der Vollmacht »Für den Fall meines Ablebens usw.« ist zulässig, wenn die Vollmacht von einer Gesellschaftsform, einer Genossenschaft oder einem Verein ausgeht. Ist dagegen der Vollmachtgeber eine Einzelfirma oder Einzelperson, so darf der Schlusssatz nicht gestrichen werden.

Berlin W 8, den 3. April 1937  
Pariser Platz 4

W 534

Der Akademie-Oberinspektor Willy R u l f ist durch seine Ernennung zum Amtmann bei den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst mit dem 31. März d. Js. aus seinem Amt ausgeschieden. Die Unterschriftsberechtigung ist somit für ihn erloschen.

Der Präsident

Im Auftrage

*Alu.*

An

die Kasse der Preuss.

Akademie der Künste

Berlin W 8

91



Preussische Akademie der Künste

J. Nr. 272

Berlin W 8, den 24. März 1937  
Pariser Platz 4

Auf Anordnung des Herrn Ministers ist am Sonn-  
abend vor dem diesjährigen Osterfest der Dienst wie an  
Sonntagen zu regeln, der 27. März ist daher dienstfrei.

Zum Umlauf bei sämtlichen Beamten, Angestellten  
und Lohnempfängern zwecks Kenntnisnahme.

Der Präsident

Im Auftrage

*Limburg*

*Wm*

*24/3*

*24/3*

*Genl*

*24.3.37*

*Minist.*

*h*

*Fi*

*R.*

*Ki*

*D.*

*Leg*

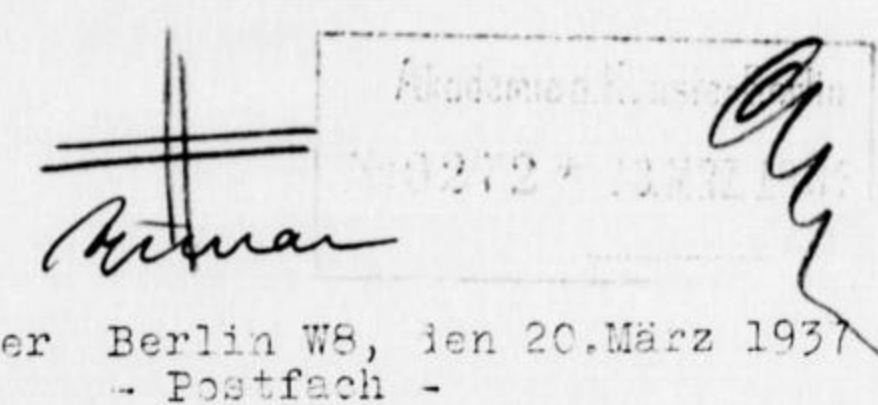
*St.*

*H.*

*Döbel*

*Limburg*





Der Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Berlin W8, den 20. März 1937 - Postfach -

Z II a 1106

Dienst am 27. März 1937.

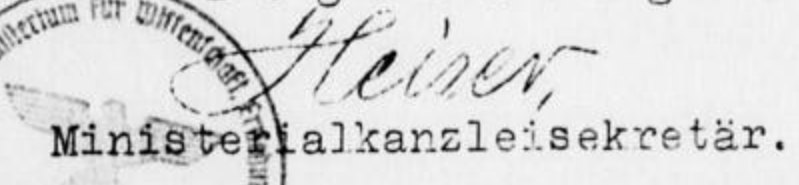
Auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts ist der Dienst der Behörden am Sonnabend vor Ostern (27. März 1937) nach den Vorschriften über den Sonntagsdienst zu regeln.

An Im Auftrage  
 gez. Kühnhold

Beglaubigt:

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen.





H. Präs. d. Akademie der Künste

*Handwritten notes:*  
 Hauptph  
 am 27

91



16. Februar 1937

M. H. 12

Ein Teil des Büros der Preussischen Akademie  
der Künste, insbesondere die Kasse, ist von Pariser Platz 4  
einstweilen nach Jn den Zelten 9 a II. und III. Stock ver-  
legt worden. Wir bitten die nach „Jn den Zelten 9 a“ gerich-  
teten Briefe nicht nach Pariser Platz 4 Postamt W 8 wei-  
terzuleiten, sondern in dem Haus Jn den Zelten 9 a zuzu-  
stellen.

Der Präsident

Jm Auftrage



An

das Postamt

B e r l i n NW 40

-----  
Jnvalidenstr. 79

51



Der Reichs- und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
Z II a 3719

Berlin, W8, den 10. Dezember 1936.

- Postfach -

Akademie der Künste

1185 \* 1707

Pünktliche Erledigung der festgesetzten Termine.

In der letzten Zeit habe ich in zunehmendem Maße die Beobachtung machen müssen, daß die in meinen Erlassen -insbesondere geheimen Runderlassen - gesetzten Termine nicht innegehalten werden. Nahezu regelmäßig stehen nach Ablauf der gesetzten Frist noch etwa 25 v. H. Berichte von denjenigen Stellen aus, die zur Berichterstattung aufgefordert worden sind. Auch Fristberichte gelangen häufig nicht zur Vorlage. Selbst Erinnerungen werden vielfach nicht oder zu spät beantwortet. Durch diese Nachlässigkeit wird die Arbeit des Ministeriums außerordentlich erschwert. Ich sehe mich daher veranlaßt, die genaueste Innehaltung der in meinen Erlassen festgesetzten Fristen bzw. die Anzeige der Hinderungsgründe den Herren Vorstehern der mir nachgeordneten Dienststellen zur Pflicht zu machen. Ich erwarte, daß mir künftig keine Veranlassung gegeben wird, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Auch ist mir aufgefallen, daß verschiedentlich Anfragen an mich gerichtet werden, die bereits durch einen im Reichsministerialamtsblatt "Deutsche Wissenschaft usw." veröffentlichten Runderlaß geklärt sind. Ich ersuche, Vorsorge zu treffen, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederholen.

In Vertretung

*Handwritten signature: L. v. Wolff*

An  
1.) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preußischen Dienststellen,

2.) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und

den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken.

Zu 2: Abschrift zur Kenntnis und gleichmäßigen Beachtung

H. Präs. der Akademie der Künste

*Handwritten notes:*  
H. v. Wolff und  
H. v. Wolff  
Präsident d. Preuss. Akademie  
der Künste  
Zu 2.  
Zu 3.  
Zu 4.  
Zu 5.  
Zu 6.  
Zu 7.  
Zu 8.  
Zu 9.  
Zu 10.



Der Reichs-  
und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung

W I L 4138

Berlin W 8, den 28. Dezember 1936.  
-Postfach-

Jch habe wiederholt beobachtet, daß Dienststellen die  
Hochschulen für Lehrerbildung noch als "Pädagogische Akademien"  
bezeichnen. Jch mache darauf aufmerksam, daß die "Pädagogischen  
Akademien" seit dem Jahre 1933 in "Hochschulen für Lehrer- bzw.  
Lehrerinnenbildung" umgewandelt sind und ersuche, dies künftig zu  
beachten.

Im Auftrage

*Barth*

An

die Unterrichtsverwaltungen der Länder,  
den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken und  
die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preußischen  
Dienststellen

51 *by Prof. Dr. Akademie der Künste*  
*Berlin*

*Handwritten notes and signatures:*  
- *Handwritten signature*  
- *Handwritten signature*  
- *Handwritten signature*  
- *Handwritten signature*  
- *Handwritten signature*



Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 29. Dezember 1936  
Pariser Platz 4

Abschrift!

Dienst am 2. Januar 1937

Auf Grund eines Beschlusses der Reichsregierung  
ist der Dienst am 2. Januar 1937 nach den Vorschriften  
über den Sonntagsdienst zu regeln.

Zum Umlauf

bei den Beamten, Angestellten und Lohnempfängern  
zur Kenntnis.

*R. Arnold*

*Gelesen:*  
*Prof*  
*Heide*  
*Fischer*  
*Meininger*  
*Von der*  
*Dübel*  
*Kisio*  
*Wagner*  
*Lanz*  
*Winkel*  
*Wunder*  
*Lorin*  
*Gewinn*  
*91*

*zum fortsetzen  
für die Empfänger*

*9. Jan. 5. (Helen nicht vorhanden)*



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung.

Z II a 3961.

Berlin W8, den 7. Dezember 1936.

- Postfach  
Akademie der Künste -

№ 1133 \* 10. DEZ 1936

Abschrift.

Der Preussische Finanzminister.

L o 819.

Berlin C 2, den 28. November 1936

Weihnachtsgratifikation.

Die Frage der Gewährung von Weihnachtsgratifikation an die im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter kann vor Inkrafttreten der Tarifordnungen für den öffentlichen Dienst nicht einheitlich geregelt werden. Es muß deshalb im laufenden Jahre wie in früheren Jahren verfahren werden. Hiernach können Weihnachtsgratifikationen an die im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter nur gezahlt werden, soweit sie bisher üblich waren und auch für das laufende Jahr Mittel hierfür verfügbar sind.

Von einer Veröffentlichung bitte ich abzusehen.

In Vertretung

gez. L a n d f r i e d .

1. a) die Herren Oberpräsidenten,  
b) den Herrn Staatskommissar der Hauptstadt Berlin in Berlin,  
c) die Herren Regierungspräsidenten,  
d) den Herrn Präsidenten der Preuß. Bau- und Finanzdirektion,  
e) den Herrn Präsidenten der Pr. Staatsbank (einschl. Preuß. Landesrentenbank),  
f) den Herrn Präsidenten der Preussisch-Süddeutschen Staatslotterie,  
g) den Herrn Münzdirektor,  
h) den Herrn Präsidenten der Stiftung Preußenhaus;  
2. a) den Herrn Preussischen Ministerpräsidenten und die Herren Preussischen Staatsminister,  
b) den Herrn Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer,  
Zu 2 a): Ich bitte die nachgeordneten Dienststellen mit entsprechender Weisung zu versehen.  
3. die Herren Haushaltsreferenten und Haushaltsexpedienten,  
Zu 3): Abschrift zur Kenntnis und gegebenenfalls zur weiteren Veranlassung.

Abschrift übersende ich zur gleichmäßigen Beachtung.

Im Auftrage

gez. K n i s c h .



B e g l a u b i g t :

Verwaltungssekretär.

An

die Herren Vorsteher der nachgeordneten preussischen Dienststellen.

H. Präs. d. Akademie der Künste .

unleserlich



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung  
Z II a 3625

163  
Berlin W 8, den 19. November 1936.  
Postfach-

Akademie der Künste

1068 \* 29 NOV 1936

Abschrift.

Der Reichsminister der Finanzen  
A 1302-18 I C/O 2162-36 III

Berlin W 8, den 29. Oktober 1936.

Wie mir mitgeteilt worden ist, haben die örtlichen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront in Ostpreußen mit einem Rundschreiben des Gauwalters den Betriebsleitern einen Fragebogen übersandt, in dem Auskünfte über die seit Januar 1933 durchgeführten Betriebsverbesserungen verlangt werden. Dieser Fragebogen, der für Zwecke des Amtes für "Schönheit der Arbeit" bestimmt ist, ist auch den Behördenvorständen der Reichsjustizverwaltung und, wie ich annehme, auch den Vorständen der übrigen Reichs- und Preussischen Staatsbehörden zur Ausfüllung zugegangen.

Nach meiner Ansicht hat die Beantwortung des Fragebogens, der nach seinem Inhalt auf Unternehmungen zugeschnitten ist, für Behörden zum großen Teil aber nicht paßt, durch die Behördenvorstände auch für die Zwecke der Deutschen Arbeitsfront nur sehr geringen Wert, zumal es an einheitlichen Richtlinien für die Beantwortung der gestellten Fragen fehlt. Da die Behördenvorstände in den Ausgaben für Betriebsverbesserungen nicht frei, sondern an die Bewilligung der Mittel durch den Haushalt und die Zuteilung durch die übergeordneten Dienststellen gebunden sind, können auch aus den Antworten des Fragebogens keine Schlüsse auf eine größere oder geringere Tätigkeit der Behördenvorstände für Betriebsverbesserungen in ihren Dienstgebäuden gezogen werden.

Mit Rücksicht hierauf bitte ich die Gauverwaltung Ostpreußen und gegebenenfalls auch die übrigen Gauverwaltungen zu veranlassen, auf die Ausfüllung der Fragebogen durch Dienststellen der öffentlichen Verwaltung zu verzichten. Den obersten Reichsbehörden, den Länderregierungen usw. habe ich Abschrift dieses Schreibens mit dem Ersuchen zugehen lassen, ihre nachgeordneten Dienststellen anzuweisen, von einer Beantwortung dieser Fragebogen, die eine erhebliche Belastung der Verwaltungsbehörden bedeutet, zunächst abzusehen.

Jm Auftrage

gez. Dr. Olscher.

An die Deutsche Arbeitsfront, Berlin, Potsdamer Str. 75.

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder und  
den Herrn Reichskommissar für das Saarland  
in Saarbrücken.  
b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs-  
und preussischen Dienststellen.

Abdruck

G<sub>1</sub> Lge. Präsi. der Akad. der Künste  
Berlin



Abdruck übersende ich zur Kenntnis mit der Bitte  
um entsprechende Veranlassung.

Jm Auftrage  
gez. Dr. Olscher.

An die obersten Reichsbehörden,  
die Reichsschuldenverwaltung,  
den Herrn Präsidenten des Reichsfinanzhofs, München,  
die Herren Präsidenten der Landesfinanzämter,  
den Herrn Präsidenten des Reichsmonopolamts für Branntwein,  
die Reichsbaudirektion.

=====

Abschrift übersende ich zur Beachtung.

Jm Auftrage

*Minis*

Preussische Akademie der Künste

-----

22. Okt. 1936

Auf Anordnung des Oberinspektors R u l f habe  
ich von Hausinspektor Danneberg einen Hausschlüssel  
von dem Gebäude der Preussischen Akademie der Künste  
erhalten.

Berlin, den 21. Oktober 1936.

*Ernst Rabin.*  
Pedell.

*z. H.*



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Akademie d. Künste Berlin

Z I Nr. 1545

Berlin W 8, den 25. September 1936.

- Postfach -

Infolge neuer Nummerierung der Straße Unter den Linden  
in Berlin führt das Dienstgebäude des mir unterstellten Mini-  
steriums nunmehr die Bezeichnung  
Unter den Linden 69.

Im Auftrage

- a) die Obersten Reichsbehörden,
- b) den Herrn Preussischen Minister-  
präsidenten,
- c) den Herrn Preussischen Finanzminister,  
die Unterrichtsverwaltungen der Länder,
- e) den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
- f) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preuß. Dienststellen.

G, *Grasse Präsidium der Akad. d. Künste*  
*Ministerium Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung*  
*Berlin*



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
Z II a 3072.

Berlin W 8 den 21. September 1936

- Postfach -

Akademie der Künste

Abschrift!

859 \* 29 SEP 1936

Der Staatssekretär und Chef  
der Reichskanzlei  
Rk. 11692.

z.Zt. Nürnberg, Grand-Hotel  
den 11. September 1936.

*[Handwritten signature]*

An

die Herren Reichsminister,  
die Herren Reichsstatthalter,  
die Landesregierungen.

Der Führer und Reichskanzler hat zum Ausdruck gebracht, daß  
er an Orten, die er in seiner Eigenschaft als Oberster Befehlshaber  
der Wehrmacht bei Manövern, Besichtigungen usw. besucht, lediglich  
die Meldungen der militärischen Führer erwartet. Meldungen von Ver-  
tretern der Behörden und der Partei sollen nach dem Wunsch des Füh-  
rers bei derartigen Anlässen unterbleiben, es sei denn, daß der  
Führer und Reichskanzler eine solche Meldung ausdrücklich verlangt.

Ich bitte ergebenst, alle in Frage kommenden Stellen des Staa-  
tes zu verständigen. Die Dienststellen der Partei werden entsprechen-  
de Anweisung vom Stellvertreter des Führers erhalten.

gez. Dr. Lammers.

Abschrift zur Beachtung.

In Vertretung

*[Handwritten signature: Lammers]*

An

die Herren Vorsteher der nach-  
geordneten Reichs- und preußi-  
schen Dienststellen.

Akademie der Künste hier

*[Handwritten mark]*

*[Handwritten mark]*

*[Handwritten notes and signatures on right margin]*

XIV. 9. 2. I. (Holen nicht vorhanden)



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
Z II a 3115.

Berlin W 8 den 26. September 1936

- Postfach -

Akademie der Künste

Ne 0884 \* - 40 KT 1936

A b s c h r i f t

Der Reichsminister der Finanzen  
O 4440 - 1759 I B Lie

Berlin W 8, 15. September 1936

Betr. Vermietung von Wohnungen des Westvermögens an Juden.  
Zum Schreiben vom 16. Mai 1936 - K 2714 - .

Bei der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken oder Grundstücksteilen des Westvermögens wolle die Deutsche Bau- und Grundstücks-A.G. nach folgenden Grundsätzen verfahren:

1.) Bestehende Miet- oder Pachtverträge mit Juden sind -soweit dies nach den gesetzlichen Mieterschutzbestimmungen zulässig ist- unter Beachtung der vertraglichen Vereinbarungen dann zu kündigen, wenn dies zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs von Volksgenossen geboten ist, also bei bestehendem Wohnungsmangel, und wenn die alsbaldige anderweitige Vermietung der Wohnung gewährleistet ist.

2.) Grundstücke oder Grundstücksteile dürfen an Juden nur dann neu- vermietet oder -verpachtet werden, wenn nicht damit gerechnet werden kann, daß sie in absehbarer Zeit zu den ortsüblichen Bedingungen an Volksgenossen vermietet oder verpachtet werden können. Hierbei ist eine angemessene kurze Kündigungsfrist zu vereinbaren, so daß im Bedarfsfall stets die Möglichkeit besteht, den Mietgegenstand für einen Volksgenossen freizumachen.

gez. Graf Schwerin von Krosigk.

An den Herrn Reichskommissar bei der Deutschen Bau- und Grundstücks-  
Aktiengesellschaft B e r l i n .

Abschrift übersende ich mit dem Ersuchen, bei der Vermietung reichseigener oder vom Reich ermieteter Grundstücke nach den gleichen Grundsätzen zu verfahren.

gez. Graf Schwerin von Krosigk.

An die Herren Präsidenten der Landesfinanzämter.

Abschrift übersende ich mit der Bitte, für den dortigen Bereich die gleiche Anordnung zu treffen.

gez. Graf Schwerin von Krosigk.

An sämtliche Reichsressorts.

Abschrift zur Kenntnis und Beachtung.

An  
die Unterrichtsverwaltungen der  
Länder -außer Preußen - u. den  
Herrn Reichskommissar für das Saar-  
land sowie an die Herren Vorsteher  
der nachgeordneten Reichs- und  
preussischen Dienststellen.

Im Auftrage

*[Handwritten signature]*

*Präs. d. Ak. d. Künste*  
*Blm.*  
*9217*

*[Handwritten notes and signatures]*



Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Berlin W 8, den 25. Sept. 1936

- Postfach -

Z II a Nr. 3168

S o f o r t !

Schnellbrief

Abschrift.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern

Berlin NW 40, den

24. Sept. 1936

I A 11883/4140

Funkspruch

an

- a) die Reichsstatthalter
- b) die Landesregierungen
- c) den Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken
- d) die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin

Hiermit ordne ich für die am 28. September 1936 um 16.30 stattfindende Übertragung der Führerrede von der 4. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsfront auf dem Reichsparteitag in Nürnberg Gemeinschaftsempfang an und ersuche, für Ihren Geschäftsbereich das Weitere zu veranlassen.

Berlin, den 24. September 1936.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnis und mit der Bitte, für Ihren Geschäftsbereich eine gleiche Anordnung zu treffen.

In Vertretung des Staatssekretärs  
gez. Dr. Stuckart.

- An a) die Obersten Reichsbehörden
- b) den Herrn Staatskommissar der Hauptstadt Berlin in Berlin
- c) die dem Reichsministerium nachgeordneten Ämter usw.

Abschrift zur Kenntnisnahme und entsprechenden weiteren Veranlassung.

Im Auftrage  
gez. Kuntze

Beglaubigt:

Verwaltungssekretär

An die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preuß. Dienststellen

Herrn Präsidenten der Mark  
Der Wünsche Berlin





4. Sept. 1936

Der Akademie-Oberinspektor R u l f ist vom  
5. bis 12. September beurlaubt. Für diese Zeit geht die  
Postvollmacht auf den Akademieinspektor K ö r b e r  
über, dessen Unterschriftsprobe von uns am 20. Juni d.  
Js. mitgeteilt worden ist.

Der Präsident

Im Auftrage



An das

Postamt

B e r l i n W 8



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
Z II a 2667.

Berlin W 8 den 11. August 1936  
- Postfach -

V e r t r a u l i c h !

Ausführungsfristen bei öffentlichen Aufträgen.

In der Anlage übersende ich Abschrift eines Schreibens der  
Herren R.u.Pr. Arbeitsminister und R.u.Pr. Wirtschaftsminister  
vom 29. Juli 1936 unter Bezugnahme auf meinen Runderlaß vom 22.  
April 1936 - Z II a 1252 - zur Kenntnis und Beachtung.

An  
die Herren Vorsteher der nachge-  
ordneten Reichs- und preussischen  
Dienststellen. ✓

Im Auftrage

*Minister*

*Präsident der  
Akademie d. Wissenschaften*

*91*

*im Jln. d. 8.*

*3. 12. 36  
J. 12. 36  
V. 12. 36  
✓*

An das  
Postamt  
Berlin W 8



771  
Abschrift zu Z II a 2667.

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister Berlin, den 29. Juli 1936.

II c 3541/36

Der Reichs- und Preussische Wirtschaftsminister

IV 22 559/36

An

- a) die obersten Reichsbehörden
  - b) die Landesregierungen (außer Preußen)
  - c) den Herrn Reichskommissar für das Saarland
- Nachrichtlich
- a) den Herrn Reichsstatthaltern
  - b) dem Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront
  - c) der Reichswirtschaftskammer.

Betrifft: Ausführungsfristen bei öffentlichen Aufträgen.

Die Klagen über zu knappe Bemessung der Ausführungsfristen bei der Vergebung öffentlicher Aufträge nehmen neuerdings immer mehr zu. Wir sehen uns daher veranlaßt, alle beteiligten Stellen auf die mannigfaltigen nachteiligen Auswirkungen unzureichender Ausführungsfristen eindringlichst hinzuweisen.

Bei der gegenwärtigen Arbeitslage ist es in vielen Fällen nicht mehr möglich, zur Einhaltung knapp bemessener Lieferfristen neue Arbeitslose einzustellen, entweder weil geeignete Kräfte unter diesen nicht mehr vorhanden sind und auch in der kurzen Zeitspanne nicht angelernt werden können oder weil die Arbeiterplatzkapazität des Betriebes bereits voll ausgenutzt ist. Die kurzen Fristen führen dann mit Notwendigkeit zu Erscheinungen, die vom Standpunkt des Arbeitseinsatzes und des Arbeiterschutzes sehr bedenklich sind, indem nämlich die Unternehmer versuchen, Arbeitskräfte aus anderen Betrieben fortzuholen, oder aber die Arbeitszeit in unerwünschtem Ausmaße verlängern. Außerdem erschweren die lohnpolitischen Folgen, die erfahrungsgemäß hiermit verbunden sind, die Durchführung der uns vom Führer übertragenen Aufgabe, das Lohn- und Preisgefüge der deutschen Wirtschaft stabil zu erhalten.

Ferner ist zu bedenken, daß zu kurze Ausführungsfristen den Betrieben häufig Mehrkosten verursachen werden, während eine gleichmäßigere zeitliche Verteilung der Aufträge ihnen die Möglichkeit gibt, wirtschaftlicher zu arbeiten; das verdient auch vom fiskalischen Standpunkt Beachtung. Eine überhastete Arbeitsweise kann auch dazu führen, daß die vergebenen Lieferungen und Leistungen nicht in der vorgeschriebenen Güte ausgeführt werden und infolgedessen neben finanziellen und sonstigen volkswirtschaftlichen Verlusten auch noch eine Gefährdung der mit der Ausführung der Arbeiten beschäftigten Volksgenossen oder der späteren Benutzer der geschaffenen Einrichtungen eintritt. Vertraulich weisen wir darauf hin, daß uns aus neuerer Zeit mehrere Fälle bekanntgeworden sind, in denen sich gerade aus diesem Grunde bei wichtigen Vergabungen nachträglich schwere Material- oder Konstruktionsfehler herausgestellt haben. Auch arbeitspolitisch ist eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Betriebe dringend notwendig, weil sie andernfalls nach kurzen Zeiten starker Überbeschäftigung häufig infolge Arbeitsmangel zu Entlassungen von Gefolgschaftsmitgliedern schreiten müssen.

Insbesondere dürfen kurz befristete öffentliche Aufträge den Unter-



Unternehmungen nicht gerade in der Jahreszeit erteilt werden, in der sie erfahrungsgemäß auch durch Privataufträge am stärksten beschäftigt sind. Vielmehr müssen die öffentlichen Aufträge zur Herbeiführung eines Saisonausgleichs nach Möglichkeit in die arbeitsstillen Zeiten des betreffenden Wirtschaftszweiges gelegt werden; wir behalten uns vor, hierauf noch besonders zurückzukommen.

"Unter allen Umständen muß eine Verlängerung der Lieferfristen für öffentliche Aufträge erfolgen, wenn andernfalls die Ausführung von Ausfuhraufträgen unmöglich gemacht wird. Es wird verstärkt darüber Klage geführt, daß in verschiedenen besonders exportintensiven Zweigen der Industrie Auslandsaufträge nicht fristgemäß ausgeführt oder gar nicht angenommen werden können, weil die betreffenden Firmen mit öffentlichen Aufträgen, insbesondere mit Wehrmachtsaufträgen, überlastet sind oder diese binnen so kurzer Fristen ausführen müssen, daß auch die für das Auslandsgeschäft reservierte Kapazität ihres Betriebes für die Ausführung der öffentlichen Aufträge herangezogen werden muß.

Hierdurch gehen der deutschen Volkswirtschaft zahlreiche Auslandsgeschäfte verloren, deren Erlös für die Sicherstellung der deutschen Rohstoffversorgung unbedingt benötigt wird.

Diesem Mißstand muß dringend abgeholfen werden.

Ich, der mitunterzeichnete Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister, habe die öffentlichen Auftraggeber bereits des öfteren gebeten, die ihnen unterstellten Beschaffungsstellen anzuweisen, bei der Festsetzung der Lieferfristen auf das Auslandsgeschäft ihrer Auftragnehmer und deren Unterlieferanten weitestgehend Rücksicht zu nehmen und eine entsprechende Bestimmung wegen etwaiger Verlängerung der Lieferfristen bei Vorliegen eiliger Auslandsaufträge in die Lieferverträge aufzunehmen.

Es gibt jedoch immer noch Beschaffungsstellen, welche für die Wichtigkeit des Auslandsgeschäfts ihrer Lieferanten nicht das genügende Verständnis aufbringen. Ich nehme daher auf mein letztes Schreiben vom 7. April 1936 (E 1/10765/36) erneut Bezug".

Aus den vorgenannten Gründen bitten wir Sie dringend, bei Ihren Vergabungen auf eine reichliche Bemessung der Ausführungsfristen besonders zu achten und ferner auch den Dienststellen Ihres Geschäftsbereichs unter Hinweis auf unsere vorstehenden Ausführungen die Notwendigkeit einer möglichst genauen Beachtung des § 13 (Teil A) der Verdingungsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) und des § 11 (Teil A) der Verdingungsordnung für Bauleistungen nachdrücklichst nahezu legen. Dabei würde sich auch ein Hinweis empfehlen, daß sinngemäß auch für die Abgabe der Angebote eine angemessene Frist gesetzt werden muß, um den Bewerbern eine ausreichende Durcharbeitung der Angebotsunterlagen und eine zuverlässige Kalkulation zu ermöglichen. (Vgl. A § 19 VOL, A § 18 VOB.)

Wir sind uns im übrigen darüber klar, daß bestimmte Arten von öffentlichen Aufträgen wegen ihrer Dringlichkeit keinen Aufschub vertragen und daß hier auch Unzuträglichkeiten, die sich dabei ergeben, in Kauf genommen werden müssen. Im Hinblick auf die von uns zu vertretenden arbeits- und wirtschaftspolitischen Belange wären wir aber dankbar, wenn Vergabungen mit übermäßig kurzen Ausführungsfristen ausschließlich auf die Fälle beschränkt blieben, in denen sie aus zwingenden Gründen unabweisbar nötig sind.

Zugleich für den Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister

Der Reichs- und Preußische Arbeitsminister  
In Vertretung des Staatssekretärs

gez. Dr. Engel.

Der Reichs- und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

V a Nr. 1712, WIIIb

Berlin W 8, den 22. Juli 1936.  
-Postfach-

Ab schrift.

Berlin, den 9. März 1936.

W III b 5560/36, WI, WII, M

Ich habe festgestellt, daß trotz des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbunde immer noch einzelne deutsche Wissenschaftler mit Institutionen des Völkerbundes zusammen arbeiten und von dort an die gelangende Anfragen usw. beantworten.

Nach

1. den Herrn Generaldirektor der Staatlichen Museen in Berlin,
2. den Herrn Direktor der Nationalgalerie und des Rauch-Schinkel-Museums in Berlin,
3. den Herrn Oberpräsidenten in Kassel  
(für die Staatlichen Sammlungen, das Landesmuseum und die Gemäldegalerie daselbst),
4. den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste in Berlin  
(zugl. für die Meisterateliers für bildende Künste und die Meisterschulen für musikalische Komposition),
5. den Herrn Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin-Charlottenburg,
6. den Herrn Direktor der Hochschule für Musik in Berlin-Charlottenburg  
(zugl. für Staats- und Domchor),
7. den Herrn Direktor der Hochschule für Musikerziehung und Kirchenmusik in Bln.-Charlottenburg,
8. den Herrn Oberpräsidenten in Königsberg  
(für die Meisterateliers für bildende Künste daselbst),
9. den Herrn Direktor der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf  
(d.d. Herrn Regierungspräsidenten als Kurator),
10. den Herrn Direktor der Staatlichen Hochschule für Kunsterziehung in Berlin-Schöneberg,
11. den Herrn Direktor der Staatlichen Bildstelle in Berlin,
12. den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden  
für das Saalburgmuseum in Homburg v.d.H.
13. den Herrn Direktor der Staatlichen Schlösser und Gärten, Berlin,
14. den Herrn Direktor der Hochschule für Musik in Köln  
(d.d. Herrn Oberpräsidenten in Koblenz),
15. das Staatliche Institut für Deutsche Musikforschung, Berlin.

-mit 1 Mehrabdruck-



Nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde haben sich sämtliche deutschen Mitglieder von Ausschüssen des Völkerbundes bis auf weiteres jeder in Frage kommenden Mitwirkung zu enthalten.

Mit den nachstehend genannten, unmittelbar vom Völkerbunde abhängigen Organisationen, Instituten und Ausschüssen ist jede wissenschaftliche Verbindung abzuberechen:

Ständiger Beratender Heeres-, Marine- und Luftfahrt-ausschuß,  
Studienkommission für die Europäische Union,  
Hygieneorganisation mit ihren 27 Unterausschüssen,  
Wirtschaftsausschuß,  
Beratender Wirtschaftsausschuß,  
Sachverständigenausschuß für Landwirtschaftsfragen,  
Finanzausschuß,  
Internationale Hypothekar-Agrarkreditgesellschaft,  
Komitee von statistischen Sachverständigen,  
Komitee für Steuerfragen,  
Kommission für Geistige Zusammenarbeit,  
Internationales Institut für Geistige Zusammenarbeit,  
Ständige Sachverständigenkomitees,  
Welt-Lehrfilminstitut, Rom,  
Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts, Rom,  
Kommission für Verwaltungsfragen, Mandate, Minderheiten usw.,  
Beratender Ausschuß für den Handel mit Opium und anderen Rauschgiften,  
Beratender Ausschuß für Kinder- u. Jugendschutz,  
Beratende Regierungskommission für das Flüchtlingswesen,  
Kommission für die Verteilung der Völkerbundausgaben,  
Baukomitee.

Hierzu gehören ferner das Internationale Arbeitsamt in Genf und seine Organe.

Etwas dorthin gelangende Anfragen der vorstehend aufgeführten Einrichtungen des Völkerbundes sind mir vorzulegen.

Der Reichs- und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung  
In Vertretung  
gez. K u n i s c h .

- An a) die Herren Rektoren sämtlicher deutscher Hochschulen,  
b) den Herrn Präsidenten des Materialprüfungsamtes, Berlin-Dahlem,  
den Herrn Generaldirektor der Preuß. Staatsbibliothek, Berlin,  
den Herrn Direktor des Geodätischen Instituts in Potsdam,  
den Herrn Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam,  
den Herrn Direktor der Biologischen Anstalt auf Helgoland,  
den Herrn Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a.M.,

den Herrn

Der Reichs- und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8. den 22. Juli 1936.  
-Postfach-

V a Nr. 1712, WIIIb

A b s c h r i f t .

Berlin, den 9. März 1936.

W III b 5560/36, WI, WII, M

Ich habe festgestellt, daß trotz des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbunde immer noch einzelne deutsche Wissenschaftler mit Institutionen des Völkerbundes zusammen arbeiten und von dort an sie gelangende Anfragen usw. beantworten.

Nach

An

1. den Herrn Generaldirektor der Staatlichen Museen in Berlin,
2. den Herrn Direktor der Nationalgalerie und des Rauch-Schinkel-Museums in Berlin,
3. den Herrn Oberpräsidenten in Kassel  
(für die Staatlichen Sammlungen, das Landesmuseum und die Gemäldegalerie daselbst),
4. den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste in Berlin  
(zugl. für die Meisterateliers für bildende Künste und die Meisterschulen für musikalische Komposition),
5. den Herrn Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin-Charlottenburg,
6. den Herrn Direktor der Hochschule für Musik in Berlin-Charlottenburg  
(zugl. für Staats- und Domchor),
7. den Herrn Direktor der Hochschule für Musikerziehung und Kirchenmusik in Bln.-Charlottenburg,
8. den Herrn Oberpräsidenten in Königsberg  
(für die Meisterateliers für bildende Künste daselbst),
9. den Herrn Direktor der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf  
(d.d. Herrn Regierungspräsidenten als Kurator),
10. den Herrn Direktor der Staatlichen Hochschule für Kunsterziehung in Berlin-Schöneberg,
11. den Herrn Direktor der Staatlichen Bildstelle in Berlin,
12. den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden  
für das Saalburgmuseum in Homburg v.d.H.
13. den Herrn Direktor der Staatlichen Schlösser und Gärten, Berlin,
14. den Herrn Direktor der Hochschule für Musik in Köln  
(d.d. Herrn Oberpräsidenten in Koblenz),
15. das Staatliche Institut für Deutsche Musikforschung, Berlin.

-mit 1 Mehrabdruck-



Nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde haben sich sämtliche deutschen Mitglieder von Ausschüssen des Völkerbundes bis auf weiteres jeder in Frage kommenden Mitwirkung zu enthalten.

Mit den nachstehend genannten, unmittelbar vom Völkerbunde abhängigen Organisationen, Instituten und Ausschüssen ist jede wissenschaftliche Verbindung abubrechen:

Ständiger Beratender Heeres-, Marine- und Luftfahrt-  
ausschuß,  
Studienkommission für die Europäische Union,  
Hygieneorganisation mit ihren 27 Unterausschüssen,  
Wirtschaftsausschuß,  
Beratender Wirtschaftsausschuß,  
Sachverständigenausschuß für Landwirtschaftsfragen,  
Finanzausschuß,  
Internationale Hypothekar-Agrarkreditgesellschaft,  
Komitee von statistischen Sachverständigen,  
Komitee für Steuerfragen,  
Kommission für Geistige Zusammenarbeit,  
Internationales Institut für Geistige Zusammenarbeit,  
Ständige Sachverständigenkomitees,  
Welt-Lehrfilminstitut, Rom,  
Internationales Institut für die Vereinheitlichung  
des Privatrechts, Rom,  
Kommission für Verwaltungsfragen, Mandate, Minderheiten  
usw.,  
Beratender Ausschluß für den Handel mit Opium und anderen  
Rauschgiften,  
Beratender Ausschluß für Kinder- u. Jugendschutz,  
Beratende Regierungskommission für das Flüchtlingswesen,  
Kommission für die Verteilung der Völkerbundausgaben,  
Baukomitee.

Hierzu gehören ferner das  
Internationale Arbeitsamt in Genf und seine Organe.  
Etwa dorthin gelangende Anfragen der vorstehend aufgeführ-  
ten Einrichtungen des Völkerbundes sind mir vorzulegen.

Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung  
In Vertretung  
gez. K u n i s c h .

- An a) die Herren Rektoren sämtlicher deutscher Hochschulen,  
b) den Herrn Präsidenten des Materialprüfungsamtes, Berlin-Dahlem,  
den Herrn Generaldirektor der Preuß. Staatsbibliothek, Berlin,  
den Herrn Direktor des Geodätischen Instituts in Potsdam,  
den Herrn Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums in  
Potsdam,  
den Herrn Direktor der Biologischen Anstalt auf Helgoland,  
den Herrn Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in  
Frankfurt a.M.,

den Herrn

den Herrn komm. Direktor des Historischen Instituts in Rom, Berlin,  
die Preuß. Akademie der Wissenschaften, Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung  
der Wissenschaften in Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt  
in Berlin-Charlottenburg,  
den Herrn Direktor der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, Berlin-  
Plötzensee,  
das Archäologische Institut des Deutschen Reiches in Berlin,  
das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta  
Germaniae historica) in Berlin,  
die Reichsanstalt für Erdbettenforschung in Jena,  
c) die Hochschulverwaltungen der Länder (außer Preußen),  
zu c: zur Kenntnisnahme.

Berlin, den 6. Juli 1936.

W III b 11236, Wie, WII, M

Betr. Bezug wissenschaftlicher Zeitschriften von Institutionen des  
Völkerbundes.

Auf Grund verschiedener Rückfragen teile ich im Einvernehmen  
mit dem Auswärtigen Amt in Ergänzung meines Runderlasses vom  
9. März 1936 - W III b 5560/36, WI, WII, M - mit, daß gegen den  
Bezug und Austausch von Druckschriften und Büchern mit Organisatio-  
nen des Völkerbundes keine Bedenken bestehen, wenn sich ein solcher  
Austausch auf einen Verkehr beschränkt, wie er etwa zwischen inter-  
nationalen Bibliotheken üblich ist.

Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung  
In Vertretung  
des Staatssekretärs

gez. K u n i s c h .

- An a) die Herren Rektoren sämtlicher deutscher Hochschulen,  
b) den Herrn Präsidenten des Materialprüfungsamtes, Bln.-Dahlem,  
den Herrn Generaldirektor d. Pr. Staatsbibliothek, Berlin,  
den Herrn Direktor des Geodätischen Instituts in Potsdam,  
den Herrn Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums in  
Potsdam,  
den Herrn Direktor der Biologischen Anstalt auf Helgoland,  
den Herrn Direktor des Instituts für experimentelle Therapie  
in Frankfurt am Main,

den Herrn

(Klein nicht vorhanden)



-4-

den Herrn komm. Direktor des Historischen Instituts in Rom, Berlin,  
die Preuß. Akademie der Wissenschaft, Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg,  
den Herrn Direktor der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, Berlin-Plötzensee,  
das Archäologische Institut des Deutschen Reichs in Berlin,  
das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta Germaniae historica) in Berlin,  
die Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena,  
c) die Hochschulverwaltungen der Länder - außer Preußen -  
zu c: zur Kenntnisnahme.

Abschrift übersende ich zur gleichmäßigen  
Beachtung.

Jm Auftrage

gez. von Staa.



Beglaubigt

Verwaltungsssekretär.

183 7  
175  
-3-

den Herrn komm. Direktor des Historischen Instituts in Rom, Berlin,  
die Preuß. Akademie der Wissenschaften, Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg,  
den Herrn Direktor der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, Berlin-Plötzensee,  
das Archäologische Institut des Deutschen Reichs in Berlin,  
das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta Germaniae historica) in Berlin,  
die Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena,  
c) die Hochschulverwaltungen der Länder (außer Preußen),  
zu c: zur Kenntnisnahme.

Berlin, den 6. Juli 1936.

W III b 11236, Wie, WII, M

Betr. Bezug wissenschaftlicher Zeitschriften von Institutionen des  
Völkerbundes.

Auf Grund verschiedener Rückfragen teile ich im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt in Ergänzung meines Runderlasses vom 9. März 1936 - W III b 5560/36, WI, WII, M - mit, daß gegen den Bezug und Austausch von Druckschriften und Büchern mit Organisationen des Völkerbundes keine Bedenken bestehen, wenn sich ein solcher Austausch auf einen Verkehr beschränkt, wie er etwa zwischen internationalen Bibliotheken üblich ist.

Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung  
In Vertretung  
des Staatssekretärs

gez. K u n i s c h .

- An a) die Herren Rektoren sämtlicher deutschen Hochschulen,  
b) den Herrn Präsidenten des Materialprüfungsamts, Bln.-Dahlem,  
den Herrn Generaldirektor d. Pr. Staatsbibliothek, Berlin,  
den Herrn Direktor des Geodätischen Instituts in Potsdam,  
den Herrn Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam,  
den Herrn Direktor der Biologischen Anstalt auf Helgoland,  
den Herrn Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt am Main,

den Herrn

9. Vol. I. (Klein nicht vorhanden)



-4-

den Herrn komm. Direktor des Historischen Instituts in Rom, Berlin,  
die Preuß. Akademie der Wissenschaft, Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Berlin,  
den Herrn Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg,  
den Herrn Direktor der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, Berlin-Plötzensee,  
das Archäologische Institut des Deutschen Reichs in Berlin,  
das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta Germaniae historica) in Berlin,  
die Reichsanstalt für Erdbettenforschung in Jena,  
e) die Hochschulverwaltungen der Länder - außer Preußen -  
zu c: zur Kenntnisnahme.

Abschrift übersende ich zur gleichmäßigen  
Beachtung.

Im Auftrage  
gez. von Staa.



Beglaubigt

Verwaltungssekretär.

PREUSSISCHE AKADEMIE DER KUNSTE ZU BERLIN

J.Nr. 691

Berlin W 2, den 30. Juli 1936

Zum Umlauf

bei allen Beamten, Angestellten und Arbeitern  
zwecks Kenntnisnahme von dem beiliegenden Erlass des  
Herrn Ministers, wonach am Sonnabend, den 1. August der  
Dienst ausfällt.

Der Präsident

Im Auftrage

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signatures and initials]*  
Rubin  
Ho  
Poplawski  
Kisner  
Czerwiec  
Dranitz  
Döbel  
Hofmann

XIV, 9. Vol. I. (Holen nicht vorhanden)



Der Reichs- und Preussische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung und  
Volksbildung  
Z II a 2599, Z I.

183 7  
m.  
177  
Berlin W 8 den 29. Juli 1936  
- Postfach -

Sofort

Abschrift!

Der Reichs- und Preussische Minister  
des Innern  
III SB. 6461/3843.

Berlin NW 40, den 28. Juli 1936

Schnellbrief

An die Obersten Reichsbehörden,  
den Herrn Preussischen Ministerpräsidenten,  
den Herrn Preussischen Finanzminister,  
die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn,  
das Reichsbahndirektorium,  
den Herrn Oberpräsidenten (Verwaltung des Provinzialver-  
bandes der Provinz Brandenburg) in Berlin.

Um den Angehörigen der Berliner Behörden Gelegenheit zu geben,  
an der Eröffnungsfeier der XI. Olympischen Spiele teilzunehmen,  
habe ich für mein Ministerium angeordnet, daß der Dienst am Sonnabend  
dem 1. August 1936, nach den Vorschriften des Sonntagsdienstes  
zu regeln ist. Ich stelle anheim, eine gleiche Anordnung zu treffen.

Gleichzeitig bitte ich, Behördenangehörigen, die Eintrittskarten  
für die XI. Olympiade besitzen, zwecks Teilnahme an den Veranstal-  
tungen auf ihren Antrag die erforderliche Dienstbefreiung ohne Kür-  
zung der Gebühren zu gewähren.

In Vertretung  
gez. Pfundtner.

Abschrift übersende ich zur gleichmäßigen Beachtung.

Im Auftrage  
gez. Kunisch.



Beglaubigt  
Verwaltungssekretär.

An  
die Herren Vorsteher der nachgeord-  
neten großberliner Reichs- und  
preussischen Dienststellen.

Präsident der  
Künste



*Handwritten signature*

20. Juni 1936

Der Akademieoberinspektor R u l f ist vom 21. Juni bis einschliesslich 12. Juli d. Js. beurlaubt. Für die Dauer seiner Abwesenheit wird die Postvollmacht dem Akademieinspektor Alfred K ö r b e r übertragen, der berechtigt ist über Einschreibsendungen in dem gleichen Umfange wie der Oberinspektor Rulf zu quittieren .

Der Präsident  
Im Auftrage



Unterschriftsprobe des Akademie-Inspektors Körber

*Handwritten signature*

An  
das Postamt  
Berlin W 8



*Handwritten signature*

12. Juni 1936

Der Akademie der Künste gehen häufig Briefe zu, die an die Reichskammer der bildenden Künste gerichtet sind. Wir machen darauf aufmerksam, dass die Reichskammer ihren Sitz Berlin W 35, Blumeshof 6 hat und wir bitten dafür zu sorgen, dass bei der Verteilung der Post derartige Briefe nicht mehr der Akademie zugesandt werden.

Der Präsident

Im Auftrage

*Handwritten signature*

An

das Postamt

Berlin W 8



## Preussische Akademie der Künste

Berlin, den 27. Mai 1936

Mit Rücksicht darauf, dass am Geburtstage des Führers das Büro der Akademie bis nach 5 Uhr infolge der starken Dienstgeschäfte geöffnet bleiben musste, während andere Behörden zum Teil ganz, zum Teil von 1 Uhr ab die Büros an diesem Tage geschlossen hatten, gebe ich den Beamten, Angestellten und Lohnarbeitern der Akademie einen freien Tag, der am Pfingstsonnabend bzw. am 3. Pfingstfeiertag gewählt werden kann. Die Lohnarbeiter, die in der Ausstellung beschäftigt sind, erhalten, da sie dort unabkömmlich sind, einen weiteren Urlaubstag.

Zum Umlauf zwecks Kenntnisnahme.

# Der Präsident

In Vertretung

In Vertretung

G. P. 1  
 W.  
 Ki.  
 Poplowski  
 Lewerlein  
 Heilewig.  
 Döbel  
 Drowitz

51



183 7  
181  
Der Oberbürgermeister

der Stadt Berlin  
Zeichen: Stat/2 Kr  
Anruf: E 2 Kupfergr.0021,  
App.2158

Berlin, den 21. April 1936  
C 25, Alexanderplatz 7 IV

23. April 1936

Zur Vervollständigung unserer Unterlagen über die örtliche Verteilung der Behördenverwaltungen in Berlin und der in ihnen beschäftigten Personen wird um gefällige Ausfüllung und Rücksendung des anliegenden Fragebogens an das Statistische Amt der Stadt Berlin, Berlin C 25, Alexanderplatz 7, gebeten.

Da es bei dieser Umfrage auf die örtliche Verteilung der Verwaltungen und Beschäftigten nach Strassen und Ortsteilen ankommt, ist in den oberen Teil des Fragebogens nur diejenige Zahl der beschäftigten Personen einzutragen, die tatsächlich auf dem nach Strasse, Nummer usw. bezeichneten Verwaltungsgrundstück tätig sind. Die etwa sonst noch vorhandenen, auf anderen Grundstücken untergebrachten Abteilungen oder Dienststellen der dortigen Verwaltung wolle man in dem dafür vorgesehenen unteren Teil des Fragebogens mit genauer Anschrift, soweit möglich auch mit Angabe der Beschäftigtenzahl, aufführen.

I. A.

Dr. Buchner

An

alle Reichs- und Staatsbehörden



91



Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 7. April 1936

Auf Anordnung des Herrn Ministers ist am Sonnabend vor dem diesjährigen Osterfest der Dienst wie an Sonntagen zu regeln, der 11. April ist daher dienstfrei.

#

#

Zum Umlauf bei sämtlichen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern zwecks Kenntnissnahme.

Der Präsident

Im Auftrage

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*Wolff  
Dübel  
König*



187  
184

Preussische Akademie der Künste

J.Nr. 311

Berlin W 8, den 3. April 1936

U m l a u f

bei sämtlichen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern  
der Akademie.

*Präsident zusammen:*  
*Prof*

Im Auftrage des Herrn Ministers weise ich  
darauf hin, dass eine etwa beabsichtigte Teilnahme  
des Führers an einer Veranstaltung der Akademie  
unter allen Umständen geheimgehalten werden muss.  
Sollte einer der Beamten, Angestellten oder Lohn-  
empfänger der Akademie Kenntnis von dem Erschei-  
nen des Führers in der Akademie erhalten, so ist  
er verpflichtet hierüber, ~~jedermann gegenüber~~ auch  
eventuelle <sup>mit</sup> Pressevertretern strengstes Stillschwei-  
gen zu bewahren.

Der Präsident

In Vertretung

*Dr. Hans Reuter*

*W. Reiter*

*Finke*  
*Gröner*  
*Müller*  
*Meiniger*  
*Fischer*  
*Tommydarg*  
*Wesp.*  
*Zübin*  
*Ewerlein*  
*Poppenroth*  
*Kistner*  
*Kranz*  
*Döbel*  
*Lanz*  
*Hofmann*  
*Sand.*

91  
184

9. April (Hörsaal nicht vorhanden)



Der Reichs- und Preussische  
Minister für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Z II a 835/36, M

187  
185  
Berlin, den 23. März 1936.

W 8, Unter den Linden 4

-Postfach-

Abschrift

Der Reichsminister für Volks-  
aufklärung und Propaganda

IV 4001/11.3.36/38-1

Berlin, den 11. März 1936.  
Wilhelmplatz 8/9.

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß über Reisen und Teilnahme des Führers an Veranstaltungen keinerlei Nachrichten an die Presse oder sonst wie ausgegeben werden dürfen. Solche Bekanntmachungen erfolgen ausschließlich durch die Presseabteilung der Reichsregierung über das DNB oder die Reichspressestelle der NSDAP. über die NSK, wenn die Teilnahme des Führers an der geplanten Veranstaltung endgültig feststeht. Eine andere als die vorstehend gekennzeichnete Art der Veröffentlichung ist unzulässig, zumal im Falle des Nichterscheinens des Führers bei unzutreffenden Ankündigungen der Bevölkerung schwere Enttäuschungen bereitet werden.

Ich bitte daher, alle Stellen Ihres Geschäftsbereichs (einschließlich Länder, Gemeinden, Körperschaften) nachdrücklich anzuweisen, daß weder durch die Presse noch auf anderem Wege die beabsichtigte Teilnahme des Führers an einer Veranstaltung bekanntgemacht wird.

Heil Hitler!

In Vertretung

gez. Walther Funk

An die Obersten Reichsbehörden.

Abschrift übersende ich zur genauesten Beachtung.

In Vertretung

*Walther Funk*

An

- a) die Unterrichtsverwaltungen der Länder.
- b) die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und preussischen Dienststellen.

*Akademie D. Künste, Berlin*

18.

XIV, 9. Teil (Holen nicht vorhanden)



Preussische Akademie der Künste  
-----

Durch die vom Herrn Minister unterm 23. Dezember 1935  
- V c 2811/35 Z II - mit sofortiger Wirkung erlassenen Voll-  
zugsbestimmungen zur Preussischen Kassenordnung für die Kasse  
der Akademie der Künste ist eine umfassendere laufende Prüfung  
der Akademiekasse durch einen Rechnungsbeamten angeordnet. Hier-  
durch wird eine Entlastung des mit dieser Prüfung beauftragten  
Akademieinspektors Körber in seinen anderen Arbeiten erforder-  
lich. Mit dem heutigen Tage übertrage ich daher die Führung  
der Registratur der Stenotypistin Fräulein Grothmann und zwar  
zunächst unter Anleitung des Akademieinspektors Körber, der  
auch künftig in besonderen Fällen Auskünfte über Aktenvorgänge  
etc. erteilen wird. Eine weitere Entlastung des Akademieinspek-  
tors Körber behalte ich mir für den Fall vor, dass die Prüfungs-  
arbeiten in der Kasse einen unvorgesehenen Umfang annehmen  
sollten.

Berlin, den 2. Januar 1936

Herrn v. Wolfurt, dem Büro,  
der Kasse und der Kanzlei  
zur Kenntnis.

Der Präsident

In Vertretung

*Graf v. ...*  
*Graf v. ...*  
*" ...*  
*" ...*  
*" ...*  
*" ...*  
*" ...*  
*" ...*

*Graf v. ...*

g 1  
g 1  
Reg. III XIV, 9 Vol. I. (Helen nicht vorhanden)



Berlin, den 4. Juni 1907.

Zur Erlangung eines geregelten Geschäftsverkehrs wird das Folgende bestimmt:

I. Herr Inspektor, Rechnungsrat Schuppli, hat zu erledigen:

1. die Verwaltung der Kasse, worüber ausführliche Bestimmungen erlassen sind, Führung des Kassenjournals, Aufstellung der monatlichen Abschlüsse. Zur rechtzeitigen Fertigstellung des letzteren haben Zahlungen an den beiden letzten Monatstagen bis zur erfolgten Revision nicht zu erfolgen;
2. Aufstellung der Etatsentwürfe; *SP 1887/88 auf 14*
3. die allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten der Akademie und ihrer Körperschaften, Verfassung der Akademie, Präsidium, Senat, Genossenschaft, insbesondere ferner:
  - a) Bauten, Lasten, Abgaben,
  - b) die Verwaltung der Stiftungen und die Angelegenheiten ihrer Statuten,
  - c) die Personalien der Beamten,
4. Aufstellung und jährliche Revision des Hausinventars (die weitere Führung dieses Inventars erfolgt durch den Kastellan);

II. Herr Registrator und Kalkulator Saegert bearbeitet:

1. sämtliche Kalkulatorsachen einschließlich der Prüfung der Kassenabschlüsse und Rechnungen. Die Monatsabschlüsse sind vor der Revision nebst den Belegen (einschließlich der Manuale) zu prüfen:
2. sämtliche Angelegenheiten der akademischen Unterrichtsanstalten wie Lehrplan, Frequenz, Honorare und Matrikeln, die Bureaugeschäfte der Meisterateliers und Meisterschulen, die

XIV 9 bel. I (Holen nicht vorhanden)



die Inventarien derselben; er leistet die im Interesse der beiden letztgenannten Anstalten notwendigen einstweiligen Zahlungen;

3. sämtliche Unterstützungsangelegenheiten von Künstlern und deren Angehörigen;
4. die Konkurrenzen einschließlich der mit diesen in Verbindung stehenden Angelegenheiten wie 'Konkurrenzzoranung' und 'römische Ateliers';
5. die Präsidialbibliothek;
6. Orden, Titel und sonstige Auszeichnungsangelegenheiten.

III. Herrn Registratur-Assistent C. Riegel liegt ob:

1. die Verwaltung der gesamten Registratur, Führung des Terminkalenders, aller mit der Registratur in Verbindung stehenden Listen, Kontrolle der Vorlegungen und Restenzettel;
2. die Erledigung sämtlicher Bureauarbeiten der beiden Musiksektionen der Akademie;
3. Zusammenstellung des Materials für die Chronik und deren Bearbeitung für den Druck von Oktober 1907 an;
4. Aufstellung und Führung des Kunstinventars;

IV. Bureauidiatar Eberhardt hat zu bearbeiten:

1. sämtliche Angelegenheiten der akademischen Ausstellungen, Einrichtung und Abrüstung, Katalog, Ausgabe und Verrechnung der Eintrittskarten, selbständige Kassenführung und Abrechnung exl. der Prüfung der Belege, die durch den Kalkulaturbeamten zu erfolgen hat;
2. die akademischen Feste und Feierlichkeiten, Einladungen hierzu, Abrechnung wie bei 1;
3. Führung der Kassenmanuale, Rechnungslegung (Akademie-Etat und Stiftungsfonds);
4. Expeditionsarbeiten der Kanzlei (soweit erforderlich),

Fräulein

Fräulein Wagner ist zu den Expeditionsarbeiten heranzuziehen.

Bezüglich des Sitzungsdienstes wird angeordnet:

Herr Rechnungsrat Schuppli übernimmt die Sitzungen der Gesamt-Akademie, des Senates und der Genossenschaft beider Sektionen, der Fachausschüsse für Wahlen, für allgemeine und Verwaltungsangelegenheiten,

Herr Saegert die Konkurrenzsitzungen, und die Sitzungen der Unterstützungskommission, des Fachausschusses für Auszeichnungen,

Herr Riegel die Sitzungen der Musiksektionen,

Herr Eberhardt die Sitzungen der Sektionen für die bildenden Künste und des Fachausschusses für das Ausstellungswesen.

Der Präsident.

Johannes Otzen.



Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

**AKTE 867**

**ENDE**